

# ÖKUMENISCHE KONSULTATION

zur sozialen und wirtschaftlichen  
Zukunft der Schweiz

ök 3

Auswertungsbericht

Welch

von Roll

Ev. th.

Departement für Ev. Theologie  
Bibliothek  
Universität Bern

ET

Hg

4

ÖK3

Zukunft wollen wir?

Schweizer Bischofskonferenz (SBK)  
Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK)



Ökumenische Konsultation  
zur sozialen und wirtschaftlichen  
Zukunft der Schweiz:

«Welche Zukunft wollen wir?»

Auswertungsbericht

herausgegeben vom Präsidium  
der Ökumenischen Konsultation

Die Ökumenische Konsultation ist  
ein Projekt des Schweizerischen  
Evangelischen Kirchenbundes und  
der Schweizer Bischofskonferenz

Bern und Fribourg,  
September 2000

OK 1

(Erscheint gleichzeitig in französischer  
Sprache; eine Zusammenfassung in  
italienischer Sprache ist erhältlich)

Alle Rechte vorbehalten  
© 2000 by

**Ökumenische Konsultation zur  
sozialen und wirtschaftlichen  
Zukunft der Schweiz**

Postfach 7442, 3001 Bern  
Tel. 031 382 23 28, Fax 031 381 83 49

**Institut für Sozialethik des SEK**

Sulgenauweg 26, 3007 Bern  
Tel. 031 370 25 50, Fax 031 370 25 59  
E-Mail: sekretariat@lse-ics.ch

**Justitia et Pax**

Postfach 6872, 3001 Bern  
Tel. 031 381 59 55, Fax 031 381 83 49  
E-Mail: jus-pax.ch@bluewin.ch

1. Auflage: September 2000  
Druck: Zollinger AG, 8134 Adliswil

ET Hg 4 (ök3)

**Ökumenische Konsultation  
zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft  
der Schweiz**

**Welche Zukunft wollen wir?**

**Auswertungsbericht**

Departement für Ev. Theologie  
Bibliothek  
Universität Bern

Schweizer Bischofskonferenz (SBK)  
Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK)

A-22 07 299

## Vorwort

Im Januar 1998 lancierten der Schweizerische Evangelische Kirchenbund und die Schweizer Bischofskonferenz die «Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz». Alle Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes waren aufgerufen, ihre Vorstellungen und Überlegungen zur Gestaltung der Zukunft zu formulieren oder auf andere Weise auszudrücken. Diese Stellungnahmen sollten dann ausgewertet und öffentlich zugänglich gemacht werden und als Grundlage für ein «Wort der Kirchen zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz» dienen.

Erfreulicherweise haben sich überraschend viele Personen und Gruppen an dieser Konsultation beteiligt, sei es durch einen inhaltlichen Beitrag, sei es durch die Teilnahme an einer Diskussionsveranstaltung über die Bewältigung und Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Ihnen allen danken wir im Namen der Schweizer Bischofskonferenz und des Rates des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes für ihr Engagement und ihre Mithilfe zum Gelingen des Projekts.

Der vorliegende Auswertungsbericht dokumentiert und erläutert die Ergebnisse der Ökumenischen Konsultation. Die beiden Kirchenleitungen haben sich an einer gemeinsamen Tagung am 9. und 10. Mai 2000 in Villars-sur-Glâne FR eingehend mit diesem Bericht auseinandergesetzt. Die Botschaft des «Wortes der Kirchen», welches der Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und die Schweizer Bischofskonferenz im Herbst 2001 gemeinsam veröffentlichen, wird so wesentlich geprägt sein durch den Dialog mit Menschen, die aus ihrer Sicht einen Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft in unserem Land leisten wollen. Die über 1000 eingesandten Stellungnahmen sind von einer Lesegruppe erfasst und von einer Auswertungsgruppe analysiert worden; sie werden in diesem Bericht systematisiert veröffentlicht. Für die sorgfältige Auswertung der Fülle der Antworten danken wir allen Beteiligten herzlich.

Wir hoffen, dass dieser Auswertungsbericht auf ein breites Interesse stösst und zur Weiterarbeit an wichtigen Themen zur Gestaltung der Zukunft anregt.

Bern und Fribourg, im September 2000

Schweizerischer  
Evangelischer Kirchenbund  
Der Präsident des Rates

Schweizer  
Bischofskonferenz  
Der Präsident

Pfarrer Thomas Wipf

Bischof Amédée Grab

**Inhaltsverzeichnis**

<b>Vorwort</b>	3
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	5
<b>Einleitung</b>	9
1 Methodisches Vorgehen	10
2 Zum Stellenwert dieses Auswertungsberichts	13
3 Die Kapitel und ihre Autorinnen und Autoren	14
<b>Überblick</b>	15
1 Allgemeine Informationen	16
1.1 Erläuterungen zur Auswertung	16
1.2 Die Einsender und Einsenderinnen	17
1.3 Werdegang und Form der Stellungnahmen	19
2 Über die Perspektive der Einsenderinnen und Einsender	20
2.1 «Hat sich Ihre persönliche soziale Lage in den letzten zehn Jahren verändert?»	21
2.2 «Welche sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen machen Ihnen Angst? Welche wecken in Ihnen dagegen Vertrauen und Hoffnung?»	23
2.3 «Die Ökumenische Konsultation geht davon aus, dass die soziale und wirtschaftliche Zukunft schwierig geworden ist. Welches ist Ihre Einschätzung der Situation?»	27
3 Visionen und Zukunftsvorstellungen	30
<b>Gesellschaft</b>	37
1 Die Entwicklung der Bevölkerung	37
2 Die Situation der Familie	38
3 Frauen – Männer – Kinder	41
4 Sozialisation in Familie und Gesellschaft	44
5 Soziale Gruppen in der pluralistischen Gesellschaft	48
6 Soziale Probleme	52
7 Soziale Lösungen	55
8 Bedingungen des sozialen Lebens	60
9 Sozialverhalten	64

<b>Staat</b>	69
1 Christliche Perspektiven	69
2 Normative Grundlagen des Staates	70
3 Soziale Sicherheit	73
3.1 Übergreifendes und Normatives	73
3.2 Das System der sozialen Sicherheit und seine Entwicklung	74
3.3 Die Ängste	77
3.4 Vorschläge	78
4 Staat und Gesellschaft	79
4.1 Übergreifendes und Normatives	79
4.1.1 Der Wandel der Gesellschaft	79
4.1.2 Die Entwicklung der Demokratie	82
4.1.3 Politische Einzelanliegen	84
4.1.4 Die Eigenart der Schweiz	84
4.2 Institutionen und Akteure	85
4.3 Ideologien	86
4.4 Umweltpolitik	86
4.5 Weitere Themen und Anliegen	88
5 Die Schweiz in der Welt	89
5.1 Übergreifendes und Normatives	89
5.2 Internationales und Globales	90
5.3 Der Platz der Schweiz in der Welt	91
5.3.1 Entwicklungspolitik	91
5.3.2 Integrationspolitik	93
<b>Wirtschaft</b>	95
1 Die Wirtschaftsordnung	95
1.1 Grundsätzliches und Normatives	95
1.1.1 Grundsätzliche Aussagen zur Wirtschaft	95
1.1.2 Ordnungspolitik	98
1.1.3 Ethische Perspektiven	100
1.2 Die Entwicklung der Wirtschaft	101
1.2.1 Allgemeine Bemerkungen	101
1.2.2 Die Internationalisierung der Wirtschaft	103
1.2.3 Wirtschaftspolitik	106
1.2.4 Wirtschaft und Umwelt	107

2 Arbeit und Beschäftigung	110
2.1 Arbeit und Arbeitsleben	110
2.2 Erwerbsarbeit, Nichterwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit	114
2.3 Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit	117
2.4 Die Sozialpartner	119
2.5 Erwerbseinkommen	120
3 Geld und Kapital	120
3.1 Finanz- und Steuerpolitik	120
3.2 Der Finanzplatz Schweiz	121
3.3 Gewinn und Reichtum	122
4 Wirtschaft und Gesellschaft	124
4.1 Das gesellschaftliche Umfeld der Wirtschaft	124
4.2 Die Auswirkungen der Wirtschaft auf das gesellschaftliche Leben	124
<b>Kirche</b>	127
1 Christinnen und Christen	127
1.1 Christliches Leben und Glauben	127
1.2 Gebet	128
1.3 Bibel	131
1.4 Reich Gottes	132
2 Der Auftrag der Kirche	133
2.1 Einführung	133
2.2 Leitvorstellungen des kirchlichen Auftrags	134
2.3 Ergänzungen	140
2.3.1 Die Kirche und ihre Zukunft	140
2.3.2 Glaubwürdigkeit der Kirche	141
2.3.3 Katholische Soziallehre	141
2.4 Zusammenfassung	142
<b>Zur Konsultation</b>	145
1 Reaktionen auf die Diskussionsgrundlage	145
1.1 Allgemeine Bemerkungen	145
1.2 Aussagen zu den verschiedenen Teilen der Diskussionsgrundlage	146
1.3 Fehlende oder ungenügend berücksichtigte Themen und Aspekte	153
1.4 Ausklang	153

2 Vom Wort zur Tat: Projekte im Umfeld der Ökumenischen Konsultation als Beitrag zur Gestaltung der Zukunft	154
2.1 Kurz-, mittel- und langfristige (Lebens-) Projekte	155
2.2 Neuer Wein in alte Schläuche: neue, originelle Zugänge zu Gegenwarts- und Zukunftsfragen	155
2.3 Arbeitsmaterialien	156
2.4 Projektideen	156
3 Bemerkungen zum Wort der Kirchen	157
<b>Organisation und Verantwortlichkeiten der Ökumenischen Konsultation</b>	158
<b>Verantwortung für den Auswertungsbericht</b>	159

**Einleitung**

Zur Unterstützung der von den Kirchenleitungen initiierten Debatte über die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz (vgl. *Vorwort*) wurde 1998 eine Diskussionsgrundlage mit dem Titel «Welche Zukunft wollen wir?» vorgelegt. Darin eingestreut finden sich 11 Fragen, die als Hilfe für die Diskussion über die Gestaltung der Zukunft gedacht waren und völlig frei aufgegriffen werden konnten. Ansonsten stellte die Konsultation methodisch ein offenes Interview dar, das jegliche Art von Stellungnahmen in Form von Text und Bild erlaubte.

Bis zum Einsendeschluss des Konsultationsprozesses am 31. Oktober 1999 haben 1046 Einsender und Einsenderinnen ihre Stellungnahme eingeschickt. Dabei stammen 61% der Stellungnahmen von Gruppen und 39% von Einzelpersonen. Nicht mitgezählt sind hier Stellungnahmen von Personen, welche ihre Eingabe auch anonym nicht veröffentlicht haben wollten (aus arbeitstechnischen Gründen konnten wir sie nicht berücksichtigen) oder die Konsultation lediglich als Plattform zu nutzen gedachten für Anliegen, die in keinem erkennbaren Zusammenhang standen mit den hier aufgeworfenen Fragestellungen. Insgesamt fallen diese beiden Gruppen zahlenmässig aber kaum ins Gewicht (weniger als 1% der Gesamtzahl der eingegangenen Stellungnahmen).

Wenn Umfragen gemacht werden, taucht schnell einmal die Frage nach der Repräsentativität der Ergebnisse auf. Es ist uns völlig klar, dass die eingesandten und nun ausgewerteten Stellungnahmen weder für die in der Schweiz lebenden Personen noch für die Christinnen und Christen in diesem Land repräsentativ (im Sinn von statistisch repräsentativ) sind. Sozialwissenschaftlich gesprochen stellen sie eine «natürliche Stichprobenerhebung» dar, welche in diesem Fall die Eingaben der Personen umfasst, welche sich angesprochen fühlten, auf den Aufruf der Kirchen zu reagieren. Schon die gewählte Form, Menschen mittels einer schriftlichen Vorlage (in diesem Fall waren mit der Diskussionsgrundlage rund 30 A4-Seiten zu bewältigen!) zum Nachdenken über die Gestaltung der Zukunft anzuregen, hat einige Personenkreise ausgeschlossen. Dies betrifft etwa lese- und schreibungsgewohnte Personen, Jugendliche, aber auch Ausländerinnen und Ausländer, welchen keine der drei grossen Landessprachen (in diesen lag die Diskussionsgrundlage vor) geläufig ist. Die knappe und dadurch konzentrierte Argumentation in der Diskussionsgrundlage sowie

die Breite der Gesichtspunkte boten eine weitere Schwierigkeit beim Zugang zur Frage, wie die Zukunft unseres Landes in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gestaltet werden könnte. Als schwierig wurde manchmal auch empfunden, eine Diskussion, welche durchaus angeregt sein konnte, nachträglich noch zu Papier zu bringen, um eine Stellungnahme einschicken zu können. Nicht geäußert haben sich weitere Personen oder Gruppierungen, welche Vorbehalte gegen die Kirchen oder einen von ihnen ausgehenden Vorstoss haben oder ganz einfach den Kirchen gegenüber indifferent sind. Vielleicht liegt darin ein Grund, dass es nur wenige direkte Rückmeldungen aus dem politischen und wirtschaftlichen Bereich gibt. Um jedoch keinen falschen Eindruck zu erwecken, sei hier erwähnt, dass sich an vielen im Rahmen der Ökumenischen Konsultation durchgeführten Veranstaltungen auch Personen aus Politik und Wirtschaft beteiligt haben, was aber nicht als «eigene» Stellungnahme sichtbar wird.

## 1 Methodisches Vorgehen

Da aus Gründen der Transparenz eine Publikation der Stellungnahmen vorgesehen war, wurden sie in einem ersten Schritt *elektronisch erfasst* (an dieser Stelle sei den daran beteiligten Personen für ihren Einsatz herzlich gedankt!) und gleichzeitig die Erlaubnis zur namentlichen Veröffentlichung eingeholt.

In einem zweiten Schritt wurden die Stellungnahmen von einer *Lesegruppe* bearbeitet. Die Lesegruppe hatte die Aufgabe, die Stellungnahmen einerseits in *Sinnabschnitte* zu unterteilen und diesen Sinnabschnitten aus einer vorgegebenen Liste *Schlagwörter* (pro Sinnabschnitt maximal fünf) zuzuteilen. Andererseits musste die Lesegruppe auf einem Auswertungsbogen *Daten* wie z. B. Geschlecht, Konfession, Herkunft usw. festhalten, soweit dies aus den Stellungnahmen klar hervorging. Die erwähnte Unterteilung in Sinnabschnitte stellt eine thematische Zuordnung dar, welche einerseits der Auswertungsgruppe für ihre vergleichende Arbeit diente und andererseits den Zugang zu den auf CD-ROM publizierten Stellungnahmen erleichtern sollte. Es zeigte sich allerdings, dass die Abgrenzung der Themen und deren adäquate Benennung eine anspruchsvolle Aufgabe war. Dazu kam für die französischsprachige Equipe eine weitere Schwierigkeit: Sie hatte mit der deutschen Ursprungsversion der Schlagwortliste und deren Übersetzung ins Französische zu arbeiten, was bald

einmal unterschiedliche Verständnisse der Begriffe sichtbar machte und auch bestimmte Begriffe vermissen liess, welche angesichts vorliegender (französischer) Stellungnahmen angepasster gewesen wären. Die mit den genannten Schwierigkeiten verbundenen Fehlerquellen wurden aber durch die Möglichkeit einer mehrfachen Schlagwortvergabe und durch die Art des Vorgehens bei der Auswertungsarbeit (dazu weiter unten) abgedeckt.

Für die Arbeit der Lesegruppe konnten vor allem Studierende (mehrheitlich aus dem Bereich der Theologie) in verschiedenen Gegenden der Schweiz gewonnen werden, welche über einen längeren oder kürzeren Zeitraum hinweg mitgearbeitet haben. Auch ihnen sei für ihre Arbeit, welche gegen Ende des Jahres 1999 unter grossem Zeitdruck geleistet wurde, herzlich gedankt.

Die *Auswertungsgruppe* ging in zwei Auswertungsschritten vor. Im ersten Schritt wurde jede Stellungnahme von Zweierteams als ganze gelesen, im zweiten wurden die verschlagworteten Textabschnitte thematisch bearbeitet.

Im ersten Auswertungsschritt ging es darum, die einzelnen Stellungnahmen zu verstehen, also eine *Interpretation der Texte* zu erstellen. Eine Textinterpretation ist von der Sache her mit möglichen Verkürzungen behaftet; um diese zu minimieren, wurde ein Vorgehen in Zweierteams gewählt. Die Zweierteams mussten aus dem gemeinsam erarbeiteten Verständnis heraus für jede Stellungnahme einen vorliegenden Fragebogen beantworten. Das Anliegen war, die Stossrichtung einer Stellungnahme festzustellen, was bei Stellungnahmen, die sich an den Fragen der Diskussionsgrundlage orientierten, und bei solchen mit vielen Aufzählungen (häufig ohne Gewichtung) eher schwierig, zum Teil kaum eruierbar war. Ebenfalls als schwierig gestaltete sich die Auswertung bei Stellungnahmen, welche sich von der Form her gegen die gewählte Auswertungsart sperren, beispielsweise Zeichnungen und andere bildliche Darstellungen oder Gedichte. Weiter wurde im ersten Auswertungsschritt nach den Zukunftsvorstellungen und Werthaltungen gefragt, welche explizit oder implizit sichtbar wurden. Auch interessierte es uns zu wissen, ob aus einer erklärermassen christlichen Perspektive argumentiert wurde, ob und was von den Kirchen erwartet wurde und ob es Äusserungen zum Konsultationsprozess oder zum geplanten Wort der Kirchen gab. Auf diese Arbeit wurde dann im zweiten Auswertungsschritt zurückgegriffen.

Nebst den Verantwortlichen für den vorliegenden Auswertungsbericht arbeiteten am ersten Auswertungsschritt noch verschiedene andere Personen mit, ohne deren Hilfe die Bewältigung der Arbeit in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit (knapp ein Drittel der Stellungnahmen traf erst kurz vor Ablauf der Eingabefrist ein und musste zuerst noch erfasst werden) nicht möglich gewesen wäre. Auch ihnen sind wir zu Dank verpflichtet.

Im zweiten Auswertungsschritt wurden vor allem die von der Lesegruppe ermittelten Textausschnitte bearbeitet (und, wie schon erwähnt, die Arbeiten des ersten Auswertungsschrittes einbezogen), d. h. eine *vergleichende Analyse der Themen* vorgenommen. Die Themen wurden zuerst einmal den Bereichen «Gesellschaft», «Staat», «Wirtschaft», «Kirche» und «Konsultation» zugeordnet. Auf diese Einteilung hat sich die Auswertungsgruppe angesichts der Thematik der Diskussionsgrundlage geeinigt; sie bildet auch die Grundstruktur des vorliegenden Auswertungsberichtes. Die Auswertungsgruppe hat sich ebenfalls darauf geeinigt, allen Kapiteln (mit Ausnahme von *Überblick* und *Zur Konsultation*) etwa gleich viel Raum zu geben. Als methodisches Vorgehen wurde festgelegt, die grossen Linien und Schwerpunkte in den Eingaben zu erheben, sie, soweit möglich, zu quantifizieren und die Ergebnisse mit der «normalen» öffentlichen Diskussion zu vergleichen. Darstellung finden sollten aber auch interessante «Ausreisser», also Aussagen, die in keiner Weise repräsentativ, jedoch – vielleicht gerade deshalb – interessant sein können. Weiter sollte auf verschiedene Dimensionen geachtet werden, z. B. ob eine weltweite Perspektive eingenommen, das Geschlechterverhältnis bedacht oder die Umwelt einbezogen wurde – Aspekte, von denen die Auswertungsgruppe den Eindruck hatte, dass sie in der Diskussionsgrundlage zu wenig gewichtet wurden.

Da pro gesetztem Textauszug maximal fünf Schlagwörter vergeben werden konnten, führte dies angesichts der ohnehin schon beachtlichen Menge von rund 1150 Eingaben (diese Zahl erklärt sich dadurch, dass von einigen Einsenderinnen und Einsendern mehrere Texte vorliegen) mit durchschnittlich rund sechs Textseiten zu einer noch grösseren Fülle an Material, die erst noch in recht kurzer Zeit zu bearbeiten war. So ist der vorgelegte Auswertungsbericht als erste Übersicht, als erster Einblick in die eingesandten Stellungnahmen zu lesen, dies im Bewusstsein darum, dass sich auf dieser Grundlage ein ganzes Feld von weiteren, mehr ins Detail gehenden Fragestellungen eröffnet, welche es wert wären, ebenfalls bearbeitet zu werden.

## 2 Zum Stellenwert dieses Auswertungsberichts

Die Personen, die mit der Auswertung der Fülle der Texte sehr unterschiedlichen Charakters betraut waren, machten sich von allem Anfang an keine Illusionen über die Risiken ihres Unternehmens: Es ist ausserordentlich heikel, aus Tausenden von Textauszügen einen zuverlässigen Überblick zu erstellen über das, was zur Sprache gebracht wird. Die Mitglieder der Auswertungsgruppe bemühten sich, keine Bewertung anzustellen, auch keine stillschweigende Zensur auszuüben, sondern ein strukturiertes Bild – gleichsam die notwendigerweise vereinfachende Landkarte eines Kontinents – zu zeichnen. Das birgt zumindest zwei Gefahren: Eine Landkarte kann erstens nicht die Schönheiten der Landschaft abbilden, sondern nur dazu einladen, diese selbst zu entdecken. Die Möglichkeit dazu ist gegeben durch die CD-ROM, auf der alle zur Publikation freigegebenen Stellungnahmen archiviert sind.

Eine zweite Gefahr ist tückischer: Jede Auswertungsperson steht immer in Gefahr, ihre eigenen subjektiven Vormeinungen und Werturteile bei der Auswertung fremder Texte unbewusst ins Spiel zu bringen – sei es bei der Auswahl dessen, was dargestellt werden soll, sei es bei der Art und Weise der Darstellung selbst. Hinter diese «Wertbeziehungen» konnten auch die Mitglieder der Auswertungsgruppe nicht zurück zu einer vermeintlichen Objektivität. Die unabhängig voneinander entstandenen einzelnen Kapitel des vorliegenden Berichts, die auf einer gemeinsamen Tagung und in weiteren Einzelkontakten miteinander verglichen wurden, haben aber keine grösseren Differenzen in der Einschätzung zu Tage gefördert. Die Auswertungsgruppe, die insgesamt hinter diesem Bericht steht und ihn zu verantworten hat, geht deshalb davon aus, dass er im Ganzen ein zuverlässiges Bild der Eingaben zeichnet.

Schliesslich noch ein Wort zum Stellenwert dieses Auswertungsberichts innerhalb des ganzen Prozesses der Konsultation: Ebenso wie der Auswertungsbericht unabhängig ist von der ursprünglichen Diskussionsgrundlage, nimmt er in keiner Weise Themen, Wertungen und Gewichtungen des abschliessenden Wortes der Kirchen vorweg. Wir hoffen, der Auswertungsbericht könne allen Interessierten einen Eindruck davon vermitteln, was Menschen in unserem Land umtreibt im Blick auf die Zukunft, und er sei in diesem Sinne *eine* brauchbare Grundlage für die Erarbeitung des Wortes der Kirchen. Wenn der Auswertungsbericht diese beiden – hoch gesteckten! – Ziele erreichen könnte, wäre sein Zweck erfüllt.



### 3 Die Kapitel und ihre Autorinnen und Autoren

Anliegen der Auswertungsgruppe war es, das ganze Material unter verschiedenen Gesichtspunkten zu bearbeiten. Viele Themen kommen aus diesem Grund in mehreren Kapiteln zur Sprache. Ebenso ging es nicht in erster Linie darum, Mehrheitsmeinungen zu eruieren, sondern möglichst viele Aspekte der zur Sprache gebrachten Themen herauszuarbeiten.

Die einzelnen Kapitel wurden von folgenden Personen erarbeitet: die *Einleitung* von Béatrice Bowald und Christian Kissling, der *Überblick* von Béatrice Bowald (Abschnitt 1), Nanette Wälti (Abschnitt 2) und Walter Lüssi (Abschnitt 3), das Kapitel *Gesellschaft* von René Knüsel (wobei hier Vorarbeiten von Walter Lüssi zum Thema Kinder und Jugendliche einfließen), *Staat* und *Wirtschaft* von Christian Kissling, *Kirche* von Gudrun Schlenk-Niederbäumer (Abschnitt 1) und Hans Ulrich Germann (Abschnitt 2) und schliesslich das Kapitel *Zur Konsultation* von Béatrice Bowald (Abschnitt 1), Sonja Kaufmann (Abschnitt 2) und Hans Ulrich Germann (Abschnitt 3). Sybille Borner hat die Auswertung des Themenbereichs «Umwelt» und Françoise Boillat diejenige des Themenbereichs «Menschenrechte – Menschenwürde» besorgt; ihre Arbeit ist in die Kapitel *Gesellschaft*, *Staat*, *Wirtschaft* und *Kirche* integriert worden. Zum Kapitel *Wirtschaft* lagen erste Vorarbeiten von Jean-Pierre Thévenaz vor. Thomas Englberger hat aus seinen aus der Auswertung von knapp einem Viertel aller Stellungnahmen gewonnenen Kenntnissen und aus seinem Fachwissen heraus fast alle Kapitel gegengelesen und dabei wertvolle Hinweise zur Verbesserung und Präzisierung der Aussagen gemacht; wir danken dem Schweizerischen Pastoralsoziologischen Institut (SPI) in St. Gallen, das ihn für diese Aufgabe freigestellte. Christian Kissling und Béatrice Bowald haben die Schlussredaktion des ganzen Berichts besorgt. Die Auswertungsgruppe ist als gesamte verantwortlich für den Auswertungsbericht.

Wir hoffen, dass sich die Einsenderinnen und Einsender in den Auswertungen wiederfinden und dass dieser Bericht im Sinn der Konsultation Anstösse vermitteln kann für weitere Diskussionen zur Gestaltung unserer Zukunft.

### berblick

Um es gleich vorweg zu nehmen: Die Stellungnahmen, die der Ökumenischen Konsultation eingesandt wurden, zeigen vom Inhalt, von der Form und von ihrer Entstehung her eine grosse Vielfalt. Dies ist auf das völlig offene Vorgehen des Konsultationsprozesses (vgl. dazu den einleitenden Brief in der Diskussionsgrundlage<sup>1</sup>) zurückzuführen, das eine freie und breite Beteiligung ermöglichen wollte. Die Vielfalt vermittelt einen illustrativen Eindruck von den verschiedenen Betroffenheiten, Lebenserfahrungen und Denkansätzen in unserer pluralistischen Gesellschaft.

Auf der anderen Seite ist es gerade die Vielfalt, welche eine Auswertung erschwert. Die möglichen gemeinsamen Referenzpunkte, nämlich die Diskussionsgrundlage mit den darin zur Debatte gestellten Themen oder allgemein die Frage nach der Zukunft («Welche Zukunft wollen wir?»), liessen viel Raum zur Auseinandersetzung. Als Folge davon sind nun z. B. Antworten, welche Probleme benennen, mit solchen zusammenzubringen, welche sich argumentativ mit einem oder mehreren Themen beschäftigen (vgl. etwa im Kapitel *Wirtschaft* Abschnitt 1.1.1). Ein Vergleich der Antworten systematisiert nach ausgewählten Gesichtspunkten und führt bei der geschilderten Vielfalt noch mehr dazu, dass notgedrungen viele, auch wertvolle Details unter den Tisch fallen. An dieser Stelle möchten wir aber betonen, dass die Stellungnahmen eine wahre Fundgrube darstellen. Es lohnt sich, darin herumzustöbern. Gerne verweisen wir die Leserinnen und Leser dieses Auswertungsberichts auf die CD-ROM, auf der alle Stellungnahmen dokumentiert sind.<sup>2</sup> Wir möchten alle Interessierten dazu ermuntern, in den Eingaben «herumzuserfen» und sich selber ein Bild über deren Vielfalt zu machen.

In diesem *Überblick* über die Stellungnahmen werden zuerst allgemeine Informationen zu den Stellungnahmen geboten, die einen Eindruck von der angesprochenen Vielfalt vermitteln sollen; in Abschnitt 2 wird danach gefragt, wie die Menschen die soziale und wirtschaftliche Situation erleben und einschätzen (dazu werden die Antworten auf die Fragen 1 bis 3

<sup>1</sup> «Schicken Sie uns bitte Ihre Vorschläge, Ihre Notizen zur Zukunft, Ihre Texte und Stellungnahmen, Ihre Berichte von Diskussionen, Ihre Ideen, Theaterstücke und Filme, Ihre Bilder und Visionen...»

<sup>2</sup> Diese Stellungnahmen wurden von den AutorInnen zur Veröffentlichung freigegeben. Die CD-ROM ist erhältlich bei der Ökumenischen Konsultation in Bern.

der Diskussionsgrundlage ausgewertet); und Abschnitt 3 schliesslich bietet eine Übersicht über die Zukunfts- oder Wertvorstellungen, die in den Antworten sichtbar werden.

## 1 Allgemeine Informationen

### 1.1 Erläuterungen zur Auswertung

*«Bei der Sichtung und Auswertung der eingesandten Kommentare sollte eine ausgewogene Arbeitsgruppe eingesetzt werden, damit auch Stellungnahmen, die eine andere Sicht der Dinge aufzeigen, eine Chance haben, ernst genommen zu werden.»<sup>3</sup>*

Wie schon in der *Einleitung* dargelegt, bestand die Aufgabe der Auswertungsgruppe darin, ein strukturiertes Bild vom Inhalt und bis zu einem gewissen Grad auch von der Menge der eingesandten Stellungnahmen zu vermitteln. Ziel war es, auf diese Weise sicherzustellen, dass alle Meinungen, «wissenschaftliche» wie andere, zum Zug kommen konnten. Konkret hiess das, zum Teil völlig verschiedene Eingaben zusammenzubringen, dabei Grundzüge und Schwerpunkte herauszuarbeiten und gleichzeitig die verschiedenen Stossrichtungen geordnet darzustellen. Eine erste Einordnung stellen sowohl die Festlegung der Kapitel (*Gesellschaft, Staat, Wirtschaft, Kirche* und *Zur Konsultation*) als auch die Gruppierung der Schlagwörter in Abschnitte dar, welche nach einsichtigen und vermuteten Zusammenhängen vorgenommen wurde. Bei der inhaltlichen Systematisierung liessen wir uns von den vorliegenden Antworten leiten. Um diese in einen grösseren Zusammenhang einordnen und insofern besser verstehen zu können, wurden Kommentare in die einzelnen Kapitel eingeflochten. Sie dienen dazu, die Aussagen der Stellungnahmen im Licht einer breiteren gesellschaftlichen Diskussion zu sehen und sie auf diesem Hintergrund besser zur Geltung kommen zu lassen. Die Kommentare stellen keine Bewertung dar – dies sei an dieser Stelle ausdrücklich betont! –, sondern sie wollen lediglich eine Hilfe sein zur besseren Einordnung der Aussagen; sie sind sprachlich kenntlich gemacht.

In der Darstellung dieses Auswertungsberichts sind gewisse Aussagen unter- bzw. überrepräsentiert. Eine Unterrepräsentierung ergibt sich daraus, dass beispielsweise eine Stellungnahme als Ergebnis einer Veranstaltung eingeschickt wurde, an der vielleicht zahlreiche Personen teilgenommen haben, oder dass eine Stellungnahme von verschiedenen Organisa-

tionen und Institutionen unterzeichnet wurde (was am deutlichsten bei der Sammelstellungnahme «Gender» der Fall ist). Überrepräsentiert sind Aussagen, wenn sie z. B. von mehreren kleineren Gruppen stammen, welche in einer bestimmten Gegend zum gleichen Verband gehören. Als überrepräsentiert können aber auch (originelle oder beachtenswerte) Einzelpositionen angesehen werden, denen z. T. mehr Platz bei der Darstellung eingeräumt wird. Soweit möglich wurde dies an entsprechender Stelle angedeutet. Doch sei hier nochmals darauf hingewiesen: Es ging primär darum, Inhalte qualitativ und nicht quantitativ zu erheben. Der Konsultationsprozess versteht sich in dieser Hinsicht nicht als Vernehmlassungsverfahren, welches die Mehrheitsmeinung auszumachen sucht.

Aussagen, welche den Bereichen Umwelt sowie Menschenwürde und Menschenrechte zugeordnet werden konnten, wurden separat ausgewertet und in die Kapitel *Gesellschaft, Staat* (Abschnitte 2 und 4.4), *Wirtschaft* (Abschnitt 1.2.4) und *Kirche* eingearbeitet.

Zur Unterstützung des Konsultationsprozesses lag wie erwähnt eine Diskussionsgrundlage mit dem Titel «Welche Zukunft wollen wir?» vor. Sie hat einige direkte Reaktionen hervorgerufen. Diese werden eigens im Kapitel *Zur Konsultation* dargestellt.

Die im Titel offen formulierte Frage nach der Zukunft hat noch zu ganz anderen Überlegungen angeregt als zu jenen zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen, wie sie in der Diskussionsgrundlage verstanden wurden. Vor allem im Kapitel *Gesellschaft* wird dies deutlich werden.

### 1.2 Die Einsender und Einsenderinnen

39% der Stellungnahmen wurden von Einzelpersonen und 61% von «Gruppen» geschickt. Die Kategorie «Gruppe» umfasst ein buntes Gemisch, angefangen vom Ehepaar bis zu Veranstaltungen mit wenigen oder vielen Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Pfarreien, Kirchgemeinden, Verbände und Gremien im kirchlichen Bereich sowie kleinere oder grössere Gruppen, welche sich ad hoc gebildet haben, haben eine Antwort eingesandt. Daneben gibt es Stellungnahmen von Parteien, wirtschaftlichen Verbänden, Fachstellen und vielen anderen mehr.

Die sprachliche Verteilung sieht folgendermassen aus: 65% der Stellungnahmen sind in deutscher, 33% in französischer und 2% in italienischer Sprache geschrieben. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung (Volkszählung 1990) sind somit französischsprachige Eingaben überrepräsentiert und ita-

<sup>3</sup> Sämtliche eingezogenen Zitate sind aus Stellungnahmen entnommen.

lienischsprachige unterrepräsentiert. Rätoromanische oder anderssprachige Eingaben wurden nicht verzeichnet.

19% der Stellungnahmen wurden von Frauen (einzelne Frauen und «Frauengruppen», z. B. Frauenverbände oder Frauenkommissionen) erarbeitet, während sich der Anteil der Männer (einzeln und wenige Gruppen) auf 28% beläuft. Der grosse Rest von 53% setzt sich etwa hälftig aus gemischtgeschlechtlichen Gruppen zusammen und solchen, bei denen uns hinsichtlich Beteiligung von Frauen und Männern genauere Angaben fehlen (z. B. ist nicht bekannt, wer an bestimmten Anlässen teilgenommen hat, oder es ist aus anonymen Zuschriften nicht zu erkennen).

Da die Konsultation mit keiner statistischen Befragung verbunden war, konnten gewisse Angaben nur eruiert werden, wenn sie deutlich aus der Eingabe hervorgingen oder wenn die AbsenderInnen bekannt waren. Deshalb sind die folgenden Angaben zur Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit mit einiger Vorsicht zu lesen: 13% der Antwortenden sind evangelisch, 29% römisch-katholisch, 19% «christlich» (davon etwa  $\frac{3}{4}$  als ökumenisch ausgewiesen, der Rest klar als christlich, aber nicht weiter spezifizierbar) – darunter erfreulicherweise auch eine Stellungnahme von einer Gruppe von Orthodoxen – und 39% ohne Angabe. Bemerkenswert ist, dass sich vereinzelt auch nicht-christliche Gruppierungen beteiligt haben, so etwa eine schweizerische Organisation von Muslimen und Musliminnen.

Aus welchen Kantonen erreichten uns die Stellungnahmen? Spitzenreiter ist Bern mit 127 Eingaben, gefolgt von Zürich mit 118, Genf mit 82 und Waadt mit 81. Aus Freiburg gibt es 75, aus dem Wallis 70, Luzern 65 und schliesslich aus St. Gallen noch 56 Stellungnahmen. Bei den anderen Kantonen liegt die Zahl der Beiträge jeweils unter 50. Bemerkenswerterweise sind alle Kantone vertreten, was beweist, dass die Ökumenische Konsultation in der ganzen Schweiz Resonanz gefunden hat.

Richtet man den Blick wieder auf die Einsender und Einsenderinnen, zeigt sich, dass es wenig Beiträge von Kindern und Jugendlichen gibt. Auch bei den Ausländerinnen und Ausländern, welche ebenfalls zum Mitmachen eingeladen waren,<sup>4</sup> und etwa bei Erwerbslosen verzeichnen wir eine geringe Beteiligung. Der Konsultationsprozess hatte die Absicht, den Dialog mit politischen und wirtschaftlichen Kreisen zu fördern. Gemessen an

<sup>4</sup> Die Einladung zum Dialog richtete sich explizit an die «Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz» (vgl. den einleitenden Brief in der Diskussionsgrundlage).

den Antworten aus diesen Kreisen stiess die Konsultation auf wenig Echo.<sup>5</sup>

### 1.3 Werdegang und Form der Stellungnahmen

Viele Stellungnahmen, von Einzelpersonen wie von Gruppen, greifen die Fragen auf, die in der Diskussionsgrundlage gestellt wurden.<sup>6</sup> Ihr Anteil wurde für jede einzelne Frage ermittelt und beläuft sich auf 20% bis über 30% der Stellungnahmen. Entweder werden eine, mehrere oder gleich alle Fragen beantwortet, dies in unterschiedlicher Ausführlichkeit. Bei Antworten auf die Frage 2 kommt es ab und zu vor, dass stichwortartig aufgelistet wird, was zur Beunruhigung oder Hoffnung in der gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Situation Anlass gibt. Andere Eingaben setzen sich mit einem oder mehreren Themen auseinander, welche auch in der Diskussionsgrundlage angesprochen sind. Zum Teil erfolgt die Argumentation in Auseinandersetzung mit der Diskussionsgrundlage, indem Widerspruch oder Zustimmung geäussert oder auf fehlende Aspekte (z. B. Familie oder Subsidiarität) hingewiesen wird. Es finden sich auch einige Stellungnahmen, die direkt als Entgegnung zur Diskussionsgrundlage formuliert sind.

Eine ganze Reihe von Stellungnahmen stammt aus einmaligen Diskussionsrunden, welche öffentlich oder in geschlossenem Kreis stattgefunden haben. Dabei ist beispielsweise an Veranstaltungen zu denken, welche mit einem Podiumsgespräch oder Impulsreferat verbunden oder gleich als ganze Tagung konzipiert waren. Unter den internen Diskussionsrunden finden sich z. B. (Kommissions-) Sitzungen oder Weiterbildungsveranstaltungen, welche der Konsultation gewidmet waren.

Beachtenswert ist eine weitere Anzahl von Stellungnahmen, welche sich auf eine längere Auseinandersetzung mit der Frage nach der sozialen und wirtschaftlichen Zukunft beziehen. So gab es etliche öffentliche Veranstaltungsreihen, die nach der Methode «Sehen-Urteilen-Handeln» vorgingen und aufgelistet eingeschickt haben, was von den TeilnehmerInnen jeweils besprochen wurde. Bei anderen Stellungnahmen liegen die Synthese aus oder die Protokolle von mehrmaligen Diskussionen über einen längeren

<sup>5</sup> In diesem Zusammenhang darf aber nicht vergessen werden, dass sich Personen aus Politik und Wirtschaft an Veranstaltungen beteiligt haben oder z. B. in kirchlichen Gemeinden engagiert sind und allfällige Antworten dann unter einem anderen «Etikett» daherkommen.

<sup>6</sup> Die erwähnten Fragen sind in den Text der Diskussionsgrundlage eingestreut und dort auf S. 31 zusammengestellt.

Zeitraum vor. Eine Besonderheit stellen Synthesen dar, die aus internen Umfragen resultierten (z. B. die Kartenaktion des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes, die Umfrage in der Schweizerischen Evangelischen Frauenhilfe oder der Jugendseelsorge Thurgau).

Unter den schriftlichen Antworten ragen einige bezüglich Form oder Inhalt heraus. Die beiden kürzesten Eingaben bestehen aus einer mathematischen Gleichung bzw. aus drei Sätzen, während es die längsten auf über 100 Seiten bringen. Aber auch in der Form sind die Eingaben sehr vielgestaltig: Es finden sich Vorträge (darunter zweimal gesammelt in einem Tagungsband und einmal aus einer Ringvorlesung), wissenschaftliche Arbeiten (z. B. zwei Lizentiatsarbeiten) und Predigten ebenso wie Gedichte, Kurzgeschichten und Projektskizzen. – Selbstredend, dass bei all diesen verschiedenen Zugängen auch die Art der Auseinandersetzung stark differiert ...

Bildliche Beiträge sind ebenfalls unter den Antworten zu finden. Erwähnt seien da eine Reihe von Kinderzeichnungen, welche auf die in der französischsprachigen Fastenagenda von 1999 gestellte Frage nach ihrem Glücklich-Sein reagierten, die Wettbewerbsarbeiten, welche 1999 am Foto- und Diawettbewerb der kirchlichen AV-Medienstelle Zürich teilgenommen haben, oder (Flipchart-) Plakate, auf denen bildlich und in Worten Gedanken zur Zukunft festgehalten sind.

## 2 Über die Perspektive der Einsenderinnen und Einsender

In der Diskussionsgrundlage richtete die Ökumenische Konsultation 11 Fragen an die Leserinnen und Leser. Die drei ersten sprachen die persönliche Situation und die persönliche Sicht der Zukunft der Schweiz an. Zu diesen Fragen nahmen zwischen einem Viertel und einem Drittel aller Antwortenden Stellung, und zwar sowohl Gruppen wie Einzelpersonen. Diese Antworten repräsentieren also nicht das ganze Feld der Eingaben, sind jedoch trotz dieser Einschränkung aufschlussreich, da sie einen groben Überblick über die persönliche Situation derjenigen EinsenderInnen vermitteln, die auf diese Fragen eingegangen sind. Natürlich wurde durch die vorgegebenen Fragestellungen eine gewisse Perspektive auf die Thematik vorgegeben. Trotzdem vermögen die Aussagen die persönliche Sichtweise widerzuspiegeln, aus der heraus die EinsenderInnen die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz einschätzen. Wenn es bei-

spielsweise in den Fragen 2 und 3 um Angst oder Schwierigkeiten geht, kann die folgende Auswertung also nicht als quantitatives Messen dieser Aspekte verstanden werden. Vielmehr geht es hier um die Erkundung dessen, was den Menschen denn genau Sorge bereitet oder zu Hoffnung Anlass gibt.

### 2.1 «Hat sich Ihre persönliche soziale Lage in den letzten zehn Jahren verändert?»

25% aller Einsendungen gehen auf die Frage 1 der Diskussionsgrundlage ein. Diese Stellungnahmen stammen mehrheitlich von Einzelpersonen. Viele EinsenderInnen sind ältere Menschen, die in materiell gesicherten Verhältnissen leben und die heutigen sozialen Veränderungen, von denen sie sprechen (wachsende Armut, Auflösung des Mittelstandes, Ausgrenzung, Veränderungen in der Arbeitswelt usw.), nur vom Hörensagen kennen.

*«Mir selber geht es gut, ich finde es aber alarmierend, dass heute 90% den Gürtel enger schnallen müssen».*

Es wird schwerpunktmässig entweder die persönliche Situation beschrieben oder von allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen (v. a. in der Schweiz) gesprochen. Im ersten Fall ist keine einheitliche Einschätzung auszumachen, ob Veränderungen stattgefunden haben oder nicht, und falls ja, wie diese aufgenommen werden. Wenn über generelle Tendenzen geschrieben wird, herrscht grundsätzlich Übereinstimmung darüber, dass es effektiv zu Veränderungen gekommen ist und dass dies auf Kosten des Wohlstands und des friedlichen, sozialen Zusammenlebens geht.

Es gibt vier unterschiedliche Einschätzungen zur Frage, ob sich die persönliche soziale Lage in den letzten zehn Jahren verändert hat:

1. Eine Gruppe äussert *keine Betroffenheit* von wesentlichen Veränderungen.
2. Eine andere Gruppe spricht von einer einschneidenden Veränderung beim Übergang ins *Rentenalter*. Diese Veränderung wird neutral erwähnt oder in einen weiteren Zusammenhang gestellt. Berichte von finanziellen Einbussen finden sich ebenso wie die Betonung der guten finanziellen Sicherheit und Hinweise auf die Bereicherung, die diese Umstellung gegenüber der Erwerbszeit mit sich brachte (Zeit

- für Freiwilligenarbeit, Enkelkinder, Reisen, Reflexionen usw.). Von dieser Gruppe werden beispielsweise die wirtschaftlichen Veränderungen mit ihren Auswirkungen auf die persönliche soziale Lage in der Arbeitswelt und auf dem Arbeitsmarkt oder die wachsende Geldknappheit sowie deren Auswirkungen auf den sozialen Bereich benannt.
3. Eine weitere Art, über soziale Veränderungen zu sprechen, besteht darin, sie als «normalen» Teil des Lebens zu begreifen und zu akzeptieren, da alles Lebendige durch Wandel gekennzeichnet ist. Für diese Gruppe entsteht die soziale Veränderung gezwungenermassen mit dem Durchlaufen der verschiedenen Lebensabschnitte. Dazu gehören auch mögliche Schicksalsschläge. Rund ein Viertel dieser Antworten beschreibt die Veränderungen neutral, der Rest empfindet die momentane Situation durch diesen Wandel als gereift und positiv. Beispiele zu dieser Sichtweise: Die Ausbildung ist nun abgeschlossen; die Familienexistenz erscheint gesichert; dank Arbeitslosigkeit konnte eine neue Chance ergriffen werden; aufgrund zu starker beruflicher Belastung wurden selbstbestimmte Konsequenzen gezogen (Frühpensionierung, Stellenwechsel etc.).
  4. Eine letzte Gruppe benennt ausdrücklich die allgemeinen sozialen Veränderungen, ohne auf die eigene persönliche Situation einzugehen. Es geht um den Wandel der Arbeitswelt und generell die Entwicklung, die von der Wirtschaft ausgeht und zu Ungunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verläuft. Dieser Wandel wird vor allem als Bürde und nur zum Teil als Chance erlebt, denn er ist so nicht im Lebensplan vorgesehen, wird deshalb schlecht akzeptiert und als unüberblickbar wahrgenommen. Diese Einschätzung bezieht sich vor allem auf die nicht selber erlebten sozialen Veränderungen, aber es gesellen sich auch eigene Erfahrungen dazu:
    - Es steht innerhalb der Familie weniger Geld zur Verfügung (geringeres Einkommen, wachsende Fixkosten, teilweise Arbeitslosigkeit)
    - Alles geht immer schneller
    - Als Ausgegrenzte wird man nicht mehr angehört, nicht mehr geachtet (v. a. als «Alte»)
    - Unsicherheit bezüglich der Zukunft der AHV (Renten sind nicht mehr gesichert) und bezüglich der wachsenden Gesundheitskosten.

Ein positiver Aspekt wird manchmal zusätzlich erwähnt: Ein besserer Zusammenhalt zwischen den Menschen könnte dadurch entstehen, dass Staat und Wirtschaft weniger Halt und Sicherheit bieten. Als Auswirkungen auf die *Arbeitswelt* erscheinen vor allem Stress, Intensivierung des Arbeitsalltags, Arbeitszeiten zu Lasten der Familie, Angst vor Entlassung und Lohneinbussen. Als Auswirkungen auf den *Arbeitsmarkt* werden die schwindenden Chancen für schlecht qualifizierte Arbeitskräfte und Junge, Teilinvalide, AusländerInnen mit wenig Sprachkenntnissen sowie Mütter mit wenig Möglichkeiten zu Flexibilität genannt. Dazu kommen die schlechte Anpassung der staatlichen Vorsorge an die Massenarbeitslosigkeit und der schlechte Status der Arbeitslosen. Ebenfalls oft erwähnt wird die wachsende Geldknappheit durch steigende Kosten, Lohneinbussen oder Arbeitslosigkeit, Rentenalter, schlechte Sozialleistungen und durch die Sparpolitik der öffentlichen Hand. Nebst den wirtschaftlichen Veränderungen und deren Auswirkungen auf die persönliche soziale Lage wird in den Texten über allgemeine Veränderungen das Themenfeld des Individualismus, der auf Kosten der Solidarität geht, und die Vereinsamung der Ausgegrenzten angeschnitten. Der damit verbundene Wandel im sozialen Bereich wird durchwegs negativ eingeschätzt.

## 2.2 «Welche sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen machen Ihnen Angst? Welche wecken bei Ihnen dagegen Vertrauen und Hoffnung?»

33% aller Einsendungen nehmen Bezug auf die Frage 2, wobei sich Gruppen genauso äussern wie Einzelpersonen. Wenn Ängste formuliert werden, sprechen die Stellungnahmen praktisch immer die negativen Folgen der wirtschaftlichen Veränderungen an. Nur zwei Eingaben sprechen ausschliesslich von einer inneren Haltung, die Angst macht (Mangel an Verantwortungsgefühl). Die anderen Texte, in denen ebenfalls der Egoismus und die fehlende Solidarität zur Sprache kommen, bringen dies jeweils in Verbindung mit neuen Imperativen wie Leistung und Konkurrenz, die über die Wirtschaft hinaus nun auch im zwischenmenschlichen Bereich wirken und dazu führen, dass der Mensch vermehrt nur noch nach seiner Leistungsfähigkeit bewertet wird. Geld, Macht und Konsum stehen immer mehr im Mittelpunkt, und dies fördert die Rücksichtslosigkeit gegenüber Schwächeren. Die wachsenden Umweltprobleme werden ebenfalls als

Bedrohung verstanden, die massgeblich durch das Wirtschaftswachstum um jeden Preis verursacht wird.

In den meisten Einsendungen werden die sozialen Veränderungen der *Wirtschaft* angelastet, ebenso wie die Verschlechterung der Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Ausgrenzung der Schwächeren aus dem Arbeitsprozess. Dies wird für Einzelpersonen wie für die gesamte soziale Gemeinschaft zur Belastungsprobe. Angst besteht hauptsächlich bezüglich der Arbeitsstelle und der Sozialleistungen wie der Sozialhilfe und der Rentenvorsorge. Die Sicherheiten der Arbeitsgesellschaft drohen aufgelöst zu werden, und dies erscheint in den Augen vieler als Rückschritt gegenüber den erreichten Zielen unseres Sozialstaates. Globalisierung, Fusionen, Neoliberalismus, Flexibilisierung, Vorrang des Kapitals vor dem Menschen, Veränderungen in der Arbeitsorganisation und die Technisierung sowie der Verlust von Arbeitsplätzen werden als Ursachen für das erkannt, was heute in der Lebenswelt Angst macht. Bedrohliche Gefühle herrschen vor: ausgeliefert zu sein, nur ein Rädchen im Ganzen, welches jederzeit auswechselbar ist, die Zusammenhänge nicht mehr zu überschauen, die Folgen nicht abschätzen zu können und gegenüber der Unberechenbarkeit und dem Tempo der Veränderungen machtlos zu sein. Weiter ist die Rede von den schlechter werdenden Arbeitsbedingungen. Sehr häufig wird in diesem Zusammenhang die Bildung einer Zweiklassengesellschaft genannt, in der sowohl Erwerbstätige als auch Erwerbslose die Verlierer sind: Wer noch Arbeit hat, leidet unter zunehmendem Leistungsdruck und Stress (Intensivierung des Arbeitsprozesses) und unter mangelndem Freiraum für Familien- und Sozialzeit (wegen flexibler Arbeitszeit im Interesse des Betriebes), die Arbeit dient nur noch dem Gelderwerb und verliert so die positive Dimension des Tätigseins – und wer ohne Verdienst ist, leidet unter der Ausgrenzung, die zu allererst die weniger leistungsfähigen oder zu kostspieligen ArbeitnehmerInnen (Frauen, AusländerInnen und Jugendliche ohne gute Bildung, «anders begabte» Menschen oder Leute über 50) trifft.

Jene einzelnen Stellungnahmen, die von eigenen Erlebnissen im Zusammenhang mit Arbeitsplatzverlust berichten, zeichnen meist ein differenziertes Bild von der Situation und sprechen ebenfalls die Chancen einer Veränderung an – auch wenn diese erzwungen wurde.

Oft wird auch die Schere zwischen Arm und Reich beschrieben, die sich immer weiter öffnet. Die Finanzen der Familien werden knapper, der Verdienst für dieselbe Leistung nimmt ab, der Mittelstand schwindet. Nebst

dieser sozialen Ungerechtigkeit werden auch soziale Spannungen befürchtet, welche daraus hervorgehen könnten. Angst wird geäußert vor Gewalt und Unruhen der Jugend, die keine Zukunft vor sich sieht ohne gesicherte Lehr- oder Arbeitsstelle. Angst besteht auch vor zunehmendem Fremdenhass ebenso wie vor aufkommendem Nationalismus oder Extremismus in Politik und Religion.

Der zweite wichtige Punkt, welcher Angst macht, betrifft das *menschliche Verhalten*. Die Individualisierung und die Gleichgültigkeit, das Nachlassen persönlicher Verantwortung, die mangelnde Solidarität, Intoleranz und die fehlende Kommunikation werden ebenso häufig genannt wie der Zerfall von Grundwerten und die Angst um die Zukunft der Familie und des Glaubens. Einen weiteren Themenkomplex stellen Materialismus und «Konsumismus» dar, welche erstens geistiger Werte entbehren und zweitens einen verschwenderischen Umgang mit den Ressourcen und der Umwelt zur Folge haben.

Der dritte wichtige Punkt ist das mangelnde Vertrauen in die lenkende Kraft der *Politik* und des Staates. Die Politik hinkt der Entwicklung nach. Man fürchtet den Einflussverlust des Staates und die Macht der Wirtschaft über die Politik, vor allem weil die Wirtschaft ohne Ethik ist, jedoch Wirtschaftsvertreter Politik machen. Weiter ängstigt man sich vor dem Abbau von staatlichen Dienstleistungen und davor, dass der Grundgedanke des *Service Public* verloren geht. Sehr bedrohlich wirkt aber vor allem die Kürzung der Sozialleistungen. Als weiterer Punkt werden der Verlust von Errungenschaften im Arbeitsrecht (Deregulierung) sowie die Veränderung der demokratischen Prozesse (Entscheidungsgewalt wird auf wenige Machtträger konzentriert) genannt. Oft wird auch das Fehlen einer Politik als bedrohlich erlebt, die die ganze Entwicklung der Probleme der Globalisierung überblicken könnte.

Die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, die bei den EinsenderInnen Vertrauen und Hoffnung wecken, können in zwei Gruppen eingeteilt werden. Einerseits gibt es den *Glauben* an einen Wandel zum Besseren, andererseits gibt es auf der Ebene der *Erfahrung* Initiativen, die Anlass zu Zuversicht geben. Zur ersten Gruppe gehören unter anderem folgende Ideen und Überzeugungen:

- Das Pendel wird zurückschlagen;
- die Unterdrückten werden sich wehren;
- die Frauen werden neue Werte einbringen;

- die Jugend wird fähig sein, sich kreativ den Problemen der Zukunft zu stellen und sich in den neuen Zusammenhängen zurechtzufinden;
- der Mensch ist lernfähig und kann sich ändern – sein wachsendes Bewusstsein der ökologischen Probleme sowie der notwendig werden- den Solidarität gegenüber wirtschaftlich Ausgegrenzten wird seinen Willen stärken, nach diesem Bewusstsein zu leben und zu handeln;
- die Vorsehung Gottes;
- die Wirtschaft wird sozialverträglich, menschenwürdig und ökologisch werden;
- die wirtschaftliche Vernetzung wird sich kriegshemmend auswirken und ein Bewusstsein für weltweite Zusammenhänge und gegenseitige Abhängigkeit fördern;
- ein integriertes Europa wird soziale Sicherheit bringen;
- die Fehler der auf Profit fixierten Wirtschaft werden zur Umkehr bewege- gen;
- die materiellen Schwierigkeiten werden zu Solidarität zwingen;
- die Arbeit wird umverteilt und neu bewertet werden;
- die Medien werden die Kraft haben, durch Information Druck auszu- üben;
- die neuen Medien werden den Menschen die nötigen Informationen zur Verbesserung der Situation bringen.

Zu den Aspekten, welche Grund zu Hoffnung geben, gehören jene Bewegungen, welche sich für mehr Gerechtigkeit oder aber für ökologi- sche Belange einsetzen. Beide zeigen, dass Solidarität und Verantwortung auch im heutigen Umfeld nicht verschwunden sind, sondern gelebt wer- den können. Oft ist die Rede von einem Bewusstseinswandel, der bereits stattfindet: Man wird offener, zunehmend bewusster und kritischer, sozia- le und wirtschaftliche Veränderungen werden thematisiert, Kirchen und andere Institutionen nehmen öffentlich Stellung. Es geschieht eine Rück- besinnung auf tragende Werte. Man wird vermehrt achtsam gegenüber dem Umgang mit Menschen in Not. Es gibt lokale Bemühungen, gemein- sam und füreinander und für die Nachkommen das Möglichste zu tun. Es gibt Leute, die für das Gemeinwohl einstehen und soziale und ethische Verantwortung übernehmen. Diese Initiativen entstehen sowohl im Klei- nen als auch im Grossen. Als kleine Schritte der Solidarität in regionalen Strukturen werden genannt: Talentexperiment, Selbsthilfegruppen, Spen- den, Freiwilligenarbeit, Nachbarschaftshilfe, KMUs, welche Arbeitslose ein- stellen, Car-sharing, Kontakte zwischen Ausländern und Schweizern, klei- ne Gruppen, die bewusster, verantwortungsbewusster und menschlicher

zusammenleben und so die menschliche und gesellschaftliche Problema- tik ganzheitlich angehen und Perspektiven vermitteln (z. B. Longo Mai). Kleine Schritte in Harmonie mit der Natur werden sichtbar im Umweltbe- wusstsein, im Umweltschutz sowie im wachsenden Gesundheitsbewusst- sein. Hoffnung weckt auch politisches Umdenken zum Beispiel in Sachen Ökologie, die Deklarationspflicht für Rohstoffe und Lebensmittel bezüglich Herkunft und Produktionsweise, die Bio-Landwirtschaft, die salonfähig gewordene Energieabgabe, die Förderung alternativer Energien und die Entscheidung, die Verschmutzung auf globaler Ebene zu limitieren. Oft geben neben grösseren Organisationen auch herausragende Persönlich- keiten, welche «Gutes» leisten, Anlass zur Hoffnung. Ebenso wecken neue Ideen Vertrauen in die Zukunft; genannt werden zum Beispiel neue Arbeitsmodelle wie Jobsharing, Frühpensionierung oder die Umverteilung und Neubewertung der Arbeit. Noch zwei weitere Gebiete werden oft erwähnt, in denen Initiativen zu mehr Gerechtigkeit Grund zu Hoffnung geben: der organisierte Kampf für mehr Gerechtigkeit in der offiziellen Politik wie in internationalen NGOs, welche beide sich für die Anerken- nung der Menschenrechte und für die Ahndung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit einsetzen, und der faire Handel. Oft genannte Namen zu Letzterem sind die Claro-Läden, Welt-Läden, Max Havelaar, die Erklä- rung von Bern und die Alternative Bank Schweiz. Einige freuen sich auch darüber, dass die Ethik in der Wirtschaft ein Thema wird, andere stimmt das Angebot ökologischer oder ethischer Fonds mancher Institute optimi- stisch.

### 2.3 «Die Ökumenische Konsultation geht davon aus, dass die soziale und wirtschaftliche Zukunft schwierig geworden ist. Welches ist Ihre Einschätzung der Situation?»

Die Frage 3 der Diskussionsgrundlage beantworten 23% aller Einsender- Innen, und zwar Einzelpersonen doppelt so oft wie Gruppen. Die gemachten Aussagen sind sehr heterogen und es lassen sich somit kaum Übereinstimmungen ausmachen. Jede spricht von einem anderen Ansatz her oder nennt andere Zusammenhänge. Die Einschätzungen reichen von «Die Krise ist für mich nicht schlimm», über «Immer schon war die Zukunft nicht einfach» bis zu «Ja, die Zukunft ist voller nie dagewesener Schwie- rigkeiten». Die Stimmen, welche Probleme ausmachen und diese themati- sieren, sind stärker vertreten als jene, die sich von den Veränderungen nicht bedroht fühlen. Oft sind es aber auch nur ganz kurze Beiträge, wel-

che lediglich sagen, dass sie mit der Einschätzung der Ökumenischen Konsultation einig gehen.

Wenn nur die Eingaben betrachtet werden, nach denen die Zukunft heute effektiv schwierig geworden ist, können zwei Tendenzen ausgemacht werden. Aus der einen Sicht wird ein *Umdenken* gefordert oder aber das Vertrauen in die Wandelfähigkeit des Menschen gesetzt. Denn um in dieser sich verändernden Zeit wieder das Gefühl zu haben, aus eigener Kraft sein Schicksal zu bestimmen, braucht es eine Abstimmung auf die äusseren Umstände. Entweder man lernt neue Strategien oder passt sich der neuen Situation an, statt sie beherrschen zu wollen. Die andere Tendenz sucht die Kraft der Regulierung in der *Politik* und nicht in individuellen Strategien. Damit die erarbeiteten Qualitäten des Sozialstaates und der Arbeitsgesellschaft (soziale Sicherheiten, Integration und Kohäsion) nicht aufgelöst werden, müssen durch die Politik die strukturellen Bedingungen verändert werden.

Diese zwei Tendenzen erscheinen in allen möglichen Abstufungen und Zusammenhängen. Neben pauschalen Aussagen wie «Es bestehen viele Probleme, wir müssen sie friedlich lösen» finden sich Analysen, in denen spezifische Ursachen als Grundübel ausgemacht werden (z. B. Ausbau der Technik und Wohlstand, Bevölkerungswachstum, Informatik, Wohlstandsgefälle Nord-Süd, Globalisierung, Mobilität, Immigration, immer mehr Randgruppen, die aus Gründen der Wirtschaftsentwicklung entstehen, fehlende Moral, Korruption). Andere Eingaben präzisieren, für wen genau die Zukunft schwieriger geworden ist (nicht für die AHV-BezügerInnen, aber für die junge Generation und den Mittelstand usw.). Wieder andere Stellungnahmen machen Vorschläge, in welche Richtung gegangen werden muss, um die Situation zu verbessern. Dabei wird eben vor allem ein Umdenken gefordert, das verschiedene Ebenen betreffen kann: Als Heilmittel gegen die Ausgrenzung des schwächsten Teils der aktiven Bevölkerung aus der Arbeitswelt wird immer wieder die Neuverteilung der Arbeit genannt. Gelegentlich wird daran noch die Idee einer Neudefinition von Arbeit angehängt, so dass unbezahlte Arbeit künftig auf die gleiche Stufe wie die Lohnarbeit gesetzt werden kann. In der Arbeitswelt wird von den ArbeitgeberInnen mehr Eingehen auf die Bedürfnisse der Menschen und die Übernahme der Verantwortung gefordert, während von den ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern Anpassung an die neue Situation, Mobilität und Flexibilität verlangt wird. Auf politischer Ebene soll einerseits von der Basis her mehr Engagement kommen, andererseits wird

von den amtierenden Politikern ein wirklicher Einsatz für die Humanität gefordert. Von der Politik wird erwartet, dass sie Probleme bewusst macht und in kleinen Schritten zu lösen versucht. Auch soll die Politik die Bürgerinnen und Bürger zu einer solchen Haltung ermutigen. Gute Information wird als überaus wichtig empfunden, damit gute Lösungen erarbeitet werden können.

Ein wichtiges Thema ist die gerechtere Verteilung des Wohlstands: Um die Kluft zwischen Arm und Reich zu reduzieren, sollte der Mittelstand gestärkt werden. Weiter sind wieder staatliche Gesetze nötig, welche die Wirtschaft regulieren. Die aktuelle Krise wird in einigen Fällen auch als Chance gesehen, sich auf die wesentlichen Werte zurückzubedenken, womit vor allem eine Abkehr von Konsumverhalten, Luxus und Eigennutz gemeint ist. Es wird die Hoffnung geäußert, dass die materiellen Schwierigkeiten zu Solidarität zwingen werden oder dass eine Diskussion zwischen den Sozialpartnern immer noch möglich ist, sofern man ihr nur neuen Wind zu geben vermag. Nebst dem Umdenken gibt es Werte, an denen bewusst festgehalten wird. Es sind dies vorab die Demokratie und zum Teil die kapitalistische Wirtschaftsform. – Weiter wird auch formuliert, was von der Kirche erwartet wird. Diese Aspekte sind integriert im Kapitel *Kirche*.

Die meisten EinsenderInnen beschreiben noch einmal schlechte Zustände und/oder Themen, die in Angriff genommen werden müssten, damit die Zukunft weniger dunkel aussehen wird. Nur ganz selten wird bei Frage 3 auf die Hoffnung bzw. auf bestehende Hoffnungsträger institutioneller oder personeller Art sowie auf die Basismodelle der Solidarität Bezug genommen – obwohl oder gerade weil davon in Frage 2 verhältnismässig oft die Rede war. Es fällt ebenfalls auf, dass viele der Aspekte, welche für eine positive Zukunft gefordert werden, mit jenen in Zusammenhang stehen, die in den Antworten zu Frage 2 unter dem Aspekt beängstigender Umwälzungen bereits genannt wurden. Der Verlust von Verantwortungsgefühl und der abnehmende Einfluss der Politik auf die von der Wirtschaft diktierten gesamtgesellschaftlichen Veränderungen sind Punkte, die in den Antworten zu Frage 2 zur Sprache kamen, während hier bei Frage 3 gerade die Solidarität und die politische Intervention als Lösungsvorschläge zur Beseitigung der aktuellen sozialen Probleme angegeben werden. Das bedeutet, dass einerseits zwar viele das Vertrauen in die Politik weitgehend verloren haben und von der Unmöglichkeit sprechen, dass der Staat noch lenkend in die Ereignisse eingreifen kann, andererseits aber



ebenso viele im Hinblick auf die Zukunft von der politischen Ebene die Lösung der Probleme erwarten.

### 3 Visionen und Zukunftsvorstellungen

Kinder haben Träume, Ideale, Wünsche, Hoffnungen und Ängste und wollen diese ausdrücken. Nicht anders ist es bei Jugendlichen, welche in den Stellungnahmen von Erwachsenen immer wieder als «unsere Zukunft» bezeichnet werden. Doch es scheint, dass für diese selber ein Blick in die Zukunft, der über einen Zeitraum von wenigen Jahren hinausgeht, kaum möglich ist. Wichtig ist für sie die Gegenwart mit ihren Herausforderungen. Schule, Ausbildung, Beruf und Beziehungen nehmen einen wichtigen Raum ein. Wo gleichwohl eine weitere Zukunft in den Blick kommt, entstehen Bilder, die Grundbedürfnisse nach Friede, Sicherheit und Wohlergehen – durchaus nicht nur für sich selber und nicht nur für unser Land – ausdrücken. Gleichzeitig taucht auch in Form von formulierten Ängsten ein illusionsloses Wissen darum auf, dass man sich damit vorwiegend im Reich der Wünsche und nicht der Realität bewegt.

Verwandt mit dieser Sicht von Jugendlichen ist jene von Erwachsenen, welche die für die Konsultation verantwortlichen Kirchen zu Bescheidenheit betreffend Zukunftsvorstellungen aufrufen und zum Verzicht auf Utopien und «Weltverbesserungspläne» auffordern. In diesem Zusammenhang wird auch Kritik an der Diskussionsgrundlage laut, die für manche entweder zu diesseitig vom Reich Gottes spricht – als wäre es «machbar» – oder dann mit dem Gedanken einer Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung Gefahr läuft, sich so sehr an einer Idealvorstellung zu orientieren, dass die Realität an ihr immer nur scheitern kann. Auf andere Weise skeptisch zeigen sich einzelne Stellungnahmen, welche aktuelle Denkmuster und die Raster, mit denen heute Welt gedeutet und Problemlösungen anvisiert werden, als untauglich erachten für eine Zukunft, die für solche Instrumente viel zu komplex sein wird.

Insgesamt findet sich aber neben ganz persönlichen Zukunftswünschen (Gesundheit, berufliche Laufbahn, eigenes Glück) und pragmatischen Einzelschritten (z. B. Einführung eines Ethik-Labels für Nahrungsmittel) auch die Sicht, dass wir «Glaubende und Visionäre» brauchen und unter ihnen wie bei den biblischen Propheten gerade die «Störenfriede» wichtig sind. Dabei findet öfters die biblische Botschaft als Nährgrund für visionäres Denken Erwähnung. Die Kirchen werden um ihrer Glaubwürdigkeit willen

ermutigt, an Visionen im Rahmen von Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung festzuhalten.

*«Wenn du ein Schiff bauen willst, musst du die Menschen nicht lehren, Holz zu sammeln, sondern lehre sie die Sehnsucht nach dem Meer.»*

Manche Stellungnahmen betonen die Bedeutung der Religionsgemeinschaften für die Erhaltung und Schaffung von Grundwerten, zu denen Gewaltfreiheit, Friede, Offenheit, Gemeinschaft und Solidarität gehören. Solidarität innerhalb des eigenen Landes und im Sinne einer weltweiten Mitverantwortung drückt als immer wiederkehrender Begriff aus, was sich viele für eine wirtschaftliche und soziale Zukunft der Schweiz wünschen. Solidarität steht häufig für die Vision einer Schweiz, die zu einer gerechten Verteilung der Arbeit, des Wohlstands und auch des sozialen Engagements fähig ist und diese Solidarität darüber hinaus international und in übergeordneten Zusammenhängen (künftige Generationen, Mitwelt usw.) zum Tragen bringt. Meist steht der Begriff nicht isoliert da, sondern wird ergänzt durch weitere Stichwörter, welche die Dimension des Gemeinten näher beschreiben: ökologische Nachhaltigkeit, gerechte Verteilung der Ressourcen, eine «Ökonomie der Lebensfülle statt der blossen Güterfülle». Eine Eingabe etwa führt aus, «dass alle volkswirtschaftlich erwünschten Tätigkeitsformen ‚in-Wert-gesetzt‘ werden und entsprechende Ansprüche auf die Teilhabe am Sozialprodukt begründen.» Und deutlich wird, dass es grundsätzlich darum geht, die Welt menschlicher zu machen, und nicht darum, Wohlstand zu maximieren.

*«Unserer Ansicht nach ist die menschliche Gesellschaft zusammengesetzt aus Personen, die dieselben Rechte und Pflichten haben, und ihre Würde und der gegenseitige Respekt stehen im Vordergrund – wie es ausdrücklich die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gesagt hat.»*

Laufen wir mit der Frage nach der Zukunft, die wir möchten, Gefahr, uns in unserer Phantasie eine «benutzerfreundliche» Zukunft zurechtzubasteln und die vorfindliche Realität zu verdrängen, wie einige Einsenderinnen und Einsender argwöhnen? Was aber setzen wir dann einer aufkommenden Mutlosigkeit und Ohnmacht entgegen? Religion darf nicht zum «Opium für das Volk» werden, doch die Kirchen – so manche Stellungnahmen – haben gerade hier ihren prophetischen Auftrag wahrzunehmen. Sie haben die Botschaft der Heiligen Schrift wieder neu «mit den Geschäften dieser Welt» ins Gespräch zu bringen, nach den eigenen Wurzeln zu fragen und ihre eigene Spiritualität wieder zu entdecken.

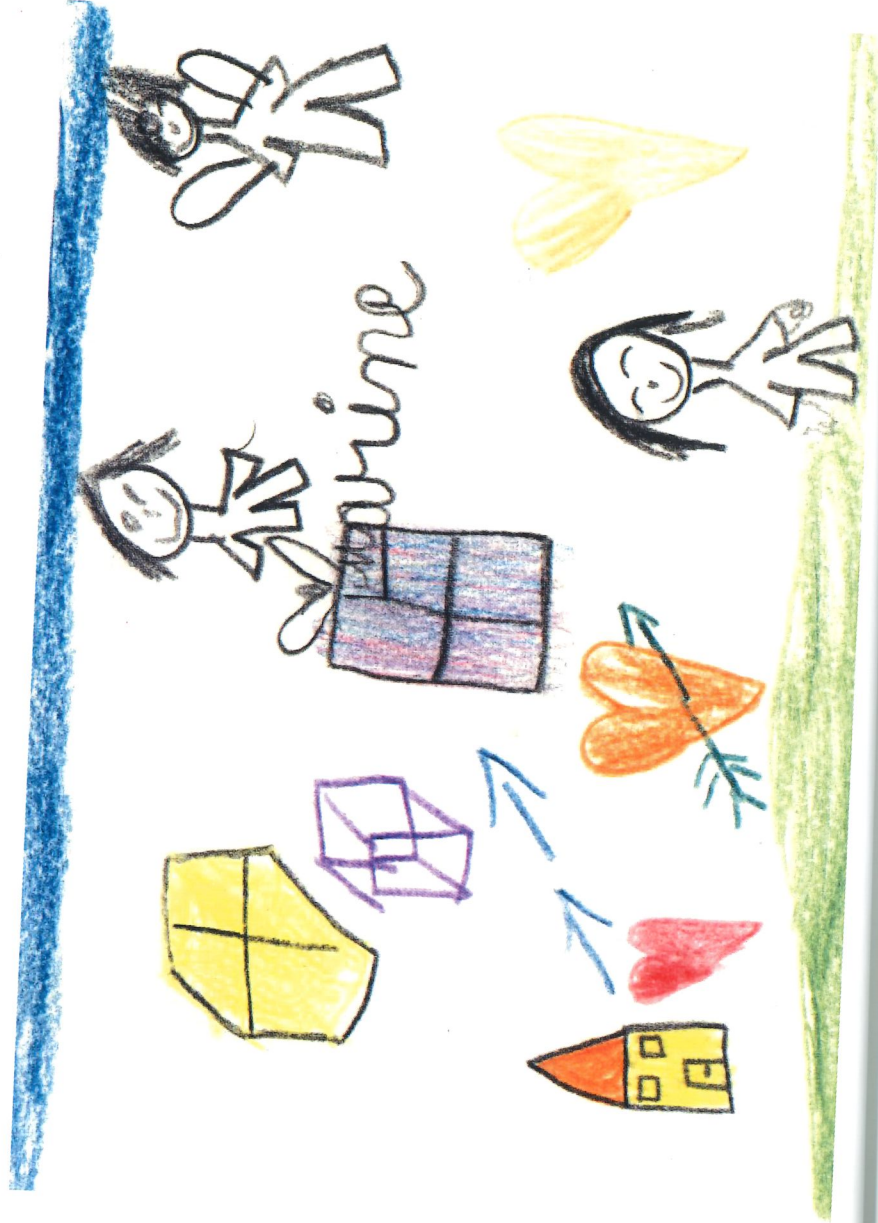
pour être heureuse il me faut:



L'amour de mes parents  
et de ma famille.



des amis



Consultation occuménique  
Case postale 7442  
3001 Borne

celui



Je suis heureux quand je peux être avec ma famille m'aime.



## Gesellschaft

Das vorliegende Kapitel zum Thema Gesellschaft ist, von der Menge der ausgewerteten Texte her betrachtet, relativ umfangreich. In ihm kommen die Anliegen einer nicht geringen Anzahl von Personen und Gruppen zum Ausdruck, die sich an der Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz beteiligt haben. Dass gesellschaftliche Aspekte im Vordergrund stehen, wenn es um die Zukunft der Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes geht, wird noch dadurch unterstrichen, dass thematisch auf Solidarität in mehr als 50% aller Stellungnahmen<sup>1</sup> zur Konsultation Bezug genommen wird.

Zum diesem Kapitel im Ganzen: Es basiert auf rund 4000 themenbezogenen Textauszügen ganz unterschiedlicher Herkunft. Angesichts der Vielfalt der Quellen erwies es sich als nicht ganz einfach, die Aussagen so zu bündeln, dass in der schriftlichen Zusammenfassung eine gewisse Einheit und Textlogik herrscht. So weit wie möglich wurde darauf verzichtet, eingereichte Stellungnahmen unmittelbar in den Text einfließen zu lassen. Dargelegt werden vielmehr in direkter Rede die allgemeinen Trends. Die gelegentlichen Auswertungskommentare im Text sollen den Sinn oder die Reichweite einer Sichtweise besser verständlich machen. Und schliesslich können sich Leserinnen und Leser anhand der Begriffe orientieren, die im Folgenden **fett** ausgezeichnet sind.

### 1 Die Entwicklung der Bevölkerung

Aussagen zur demographischen Entwicklung finden sich in über 100 Textauszügen aus den Eingaben. Das weltweite **Bevölkerungswachstum** erscheint beunruhigend, weil dadurch die Umwelt immer mehr belastet wird. Befürchtungen wecken ebenfalls die ungleiche Verteilung von Bevölkerung und Reichtum zwischen reichen und armen Ländern und die dadurch ausgelösten Migrationsströme; dabei gerät primär das demographische Ungleichgewicht in den westlichen Industriestaaten ins Blickfeld, also die so genannte **Überalterung der Bevölkerung** (höhere Lebenserwartung und sinkende Geburtenrate). Die demographische Situation

<sup>1</sup> Der Ausdruck «Stellungnahme» ist in einem breiten Sinn als gleichbedeutend mit «Antwort» und «Eingabe» zu verstehen.

wird als eine der grössten Herausforderungen für den Westen betrachtet. Die Umkehrung der Alterspyramide wirft ein neues Licht auf die Zukunft unserer Gesellschaften; das gilt für die Frage der Migration (z. B. erleichterte Einbürgerung) wie für die Zukunftssicherung der Sozialwerke (z. B. Rationierung der Pflege, Finanzierung der Sozialwerke). Weitere Themenkreise werden angeschnitten wie etwa die Frage nach dem Fortbestand der Solidarität zwischen jungen und alten Menschen.

Dass in den westlichen Gesellschaften der Anteil **älterer Menschen** an der Gesamtbevölkerung steigt, ist ein aussergewöhnliches Phänomen. Die hohe Zahl von Rentnern und Rentnerinnen ist an sich ein Indiz für die gute Lebensqualität. Doch sind mit dieser Entwicklung auch zahlreiche Probleme verbunden. Thematisiert wird weniger die für eine Minderheit von Senioren und Seniorinnen noch immer prekäre materielle Lage als vielmehr die Integration älterer Menschen in die Gemeinschaft. Alt zu sein heisst nur allzu häufig, nicht mehr «dabei» zu sein. Die allgemeine Verbreitung elektronischer Kommunikationsmittel trägt ebenfalls dazu bei, dass dieser Bevölkerungsteil an den Rand gedrängt wird. Doch können Senioren auch aktiv bleiben, sich in den Dienst der Mitmenschen stellen, sich in gegenseitiger Hilfeleistung engagieren. Rolle und Ort der älteren Generation in unserer Gesellschaft könnten in einem **Generationenvertrag** aufgewertet werden; so würde insbesondere der Austausch von Wissen, Können und Lebenserfahrung zwischen den Generationen gefördert. Kontakte zwischen Kindern und Grosseltern werden von der jüngeren Generation geschätzt, weil Kinder bei älteren Menschen auf mehr Verständnis stossen. Die Anerkennung der gegenseitigen Abhängigkeit der Generationen ist ein grundlegender Akt, der den immer ausgeprägteren Privatisierungstendenzen der Familie entgegenwirken könnte.

## 2 Die Situation der Familie

Ein Thema, das sehr stark beschäftigt, ist die **Familie**; es wird in beinahe 250 Textauszügen unmittelbar und in weiteren rund 500 indirekt angesprochen. In der Mehrheit der Stellungnahmen erscheint sie als Grundzelle, auf die sich unsere gesamte Gesellschaft stützt. In ihrem Schoss vollziehen sich die fundamentalen Lernprozesse des Einzelnen, werden Kompetenzen erworben, die grundlegenden sozialen Beziehungen geknüpft und Sinnbeziehungen aufgebaut. In der Regel lautet die Diagnose, die Familie verliere zur Zeit an Einfluss, ja sie zerfalle gar; im übrigen habe sie

ihre einstige Rolle, nämlich Kinderbetreuung und Unterstützung bedürftiger Angehöriger, eingebüsst und sei nicht mehr der Ort der Vermittlung und der Solidarität schlechthin. Mit der Übertragung von Kompetenzen von der Familie zum Staat gingen zahlreiche Veränderungen einher. Ihrer traditionellen Rolle verlustig gegangen, ist die Familie von ganz verschiedenen Seiten unter Druck geraten, was dazu führte, dass das traditionelle Modell durch eine ganze Palette von Familienformen ersetzt wurde (Ein- eltern- oder unvollständige Familien, Patchwork-Familien, Konkubinate von homo- und heterosexuellen Paaren mit Kindern). Angesichts des allgegenwärtigen Primats des Markts, des Wandels in der Arbeitswelt und des unerbittlichen Leistungsdrucks erweist sich die Familie als zunehmend unfähig, ihre angestammte Rolle als Sozialisationsinstanz zu übernehmen. Weil es die wirtschaftliche Notwendigkeit erfordert, weil es die Gesellschaft so will oder ganz einfach um an der Konsumgesellschaft teilhaben zu können, sind oft beide Elternteile gezwungen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen; dass sie dabei ihre erzieherische Rolle teilweise vernachlässigen, birgt die Gefahr sozialer Probleme in sich. Seit einigen Jahrzehnten tut sich die Familie schwer damit, den ihr zukommenden Ort im sozialen Wertgefüge zu finden. Es wird sogar die Ansicht vertreten, sie befinde sich im Widerspruch zur heutigen Gesellschaft: auf der einen Seite ein Mikrokosmos mit den Werten Teilen, Aufeinander-Eingehen, Zuverlässigkeit und Solidarität, auf der anderen Seite eine Gesellschaft, die Leistung, Wettbewerb und Effizienz verlangt.

Die Familie zu fördern bedeutet, sie zu unterstützen und aufzuwerten. Eine rein finanzielle Unterstützung wird in der Regel als ungenügend beurteilt. Hingegen sind die Meinungen geteilt, wenn es um staatliche Hilfe für nicht erwerbstätige Mütter geht; das gilt für generelle (Anerkennung von Erziehungs- und Hausarbeit) wie punktuelle Hilfestellungen (Mütterhilfe). Ein breiter Konsens wiederum besteht darin, dass *ein* Erwerbseinkommen genügen müsste, um die normalen Bedürfnisse einer Familie zu decken. Es werden Vorschläge zur steuerlichen Entlastung der Familie gemacht. Die Armut gerade auch von jungen Familien wird als beunruhigend empfunden. Aber viel grundsätzlicher noch werden Staat und Kirche aufgerufen, Ort und Stellung der Familie in der Gesellschaft neu zu definieren und aufzuwerten.

Viele plädieren für eine **Familienpolitik**, die diesen Namen auch wirklich verdient und sich nicht auf politische Deklarationen beschränkt, sondern finanzielle Mittel zur Förderung und Unterstützung der Familie freimacht

(Steuererleichterungen). Dass unser Sozialversicherungssystem die Familie benachteiligt, wirkt sich auf Einelternfamilien (unverheiratete oder geschiedene Mütter und Väter) teilweise besonders gravierend aus. Unsere westliche Gesellschaft kommt den Kindern wenig entgegen, ist oft sogar feindlich ihnen gegenüber, obwohl doch die Zukunft der Gesellschaft überwiegend von ihnen abhängt. Die Kosten und der immaterielle Aufwand für Kinder bewirken schwerwiegende Ungleichheiten zwischen den Haushalten. In mehreren Stellungnahmen werden Befürchtungen laut, jungen Familien mit mehr als zwei Kindern drohten Marginalisierung und Verarmung. Diesem Trend kann nur mit einem umfassenden Ansatz begegnet werden: positivere Einstellung zu Kindern, Bildung, Ersatzinkommen (bei Nichterwerbs- und ungenügend bezahlter Erwerbsarbeit), Zulagen, Versicherungen usw.

In der Frage der **Familienplanung** sind die Meinungen geteilt: Auf der einen Seite stehen die Befürworter der Geburtenkontrolle aus ökologischen oder demographischen Gründen, auf der anderen Seite die Gegner einer Kontrolle durch Verhütungsmittel oder gar **Abtreibung**. Die meisten Personen, die sich zu dieser Frage äussern, rufen zum Schutz des Lebens auf, anerkennen aber die Dringlichkeit, die Not bestimmter Lebenssituationen ernst zu nehmen. Lösen lässt sich die Frage allerdings nicht durch Gesetze oder durch Repression, sondern nur, indem an der Basis gehandelt wird und Frauen bzw. Familien in Not unterstützt werden.

Die sozioökonomische Entwicklung hat die Institution **Ehe** nachhaltig beeinflusst, sie ist mehr oder weniger destabilisiert. Die rechtliche Gleichstellung der Frauen und die Liberalisierung der Lebensformen verliefen parallel zu einem späteren Eintritt der jungen Erwachsenen ins Erwerbsleben und einem Anstieg des durchschnittlichen Heiratsalters. Das Ideal der Ehe, wie wünschenswert es auch sein mag, entspricht kaum mehr der Realität. Das Konkubinat als eine Art Probezeit hat sich generalisiert, ohne dass deswegen allerdings die Zahl der **Scheidungen** abgenommen hätte – ganz im Gegenteil. 40% der Ehen enden heute mit der Scheidung. Das wird, praktisch übereinstimmend, bedauert; doch fehlt der Hinweis nicht, in manchen Fällen sei die Scheidung einer von Hass und Gewalt geprägten Ehe vorzuziehen. Ebenso helfe der Glaube, spannungsgeladene Zeiten auszuhalten und zu überwinden. Wie dem auch sei, jedenfalls müssen die Kirchen die neuen Formen des Zusammenlebens begleiten, den Opfern helfen, anstatt sie anzuklagen und auszuschliessen. Besondere Aufmerksamkeit ist den Einelternfamilien zu schenken, die in vielerlei Hinsicht sozial an den Rand und materiell in Bedürftigkeitslagen getrieben werden.

### 3 Frauen – Männer – Kinder

Mehr als 250 Textauszüge befassen sich mit den Mitgliedern der Familie; dabei bezieht sich knapp die Hälfte dieser mehrheitlich von Frauenorganisationen ganz unterschiedlicher Ausrichtung verfassten Eingaben speziell auf Frauen. Zum Thema **Frauen** sind deshalb vergleichsweise viele Stellungnahmen zu verzeichnen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist meist der Wandel der Stellung der Frau in den letzten Jahrzehnten. Einige der vornehmlich aus der Deutschschweiz eingetroffenen Beiträge sind ausführliche Plädoyers. Was die Stellung der Frau in der Gesellschaft betrifft, gehen die Meinungen stark auseinander. Eine Minderheit der (weiblichen und männlichen) Antwortenden hält die Präsenz von Frauen in der Wirtschaft, ja im ausserhäuslichen Leben der Gesellschaft generell für nicht wünschenswert. Für sie ist die Funktion der Hausfrau für die Zukunft der Gesellschaft insgesamt und besonders für die Kindererziehung zentral. Ein anderer Teil der Stellungnahmen spricht sich für die soziale Anerkennung der Hausarbeit aus, und zwar durch die Aufwertung der ebenso unbeachteten wie unerlässlichen Haushalt-, Betreuungs- und Erziehungsaufgaben usw.

In der Mehrheit der Texte äussert sich jedoch Unzufriedenheit über die heutige Stellung der Frau in der Gesellschaft, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt und innerhalb der Kirchen. Faktisch ist die rechtlich garantierte Gleichstellung nicht realisiert. Noch immer sind die Unterschiede bezüglich Salär, Berufskarriere und Verantwortung gross. Auf dem Arbeitsmarkt sind die Frauen noch nicht völlig anerkannt. Allzu häufig dienen sie als konjunkturelles Sicherheitsventil und müssen sie sich mit schlecht entlohnten, weniger angesehenen und ungenügend abgesicherten Arbeitsplätzen begnügen. Verheiratete Mütter mit Kleinkindern, alleinstehende Mütter, ältere und isolierte Frauen, Immigrantinnen – sie alle sind von Armut immer stärker betroffen. Sie gehören zu den *Working poor*. Ein gesichertes Mindesteinkommen für die Familie würde in erster Linie den Frauen zugute kommen. Doch leiden Frauen nicht allein an der materiellen Situation, vielmehr sind sie allzu häufig vom Mann wirtschaftlich abhängig, müssen körperliche oder sexuelle Gewalt über sich ergehen lassen und/oder ihr beruflicher Einsatz wird noch immer als Zubrot betrachtet.

Grundsätzlicher sind die beschriebenen Ungleichheiten auf die Verteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit auf Mann und Frau zurückzuführen. Die mit einem Wert von 215 Milliarden Franken jährlich berechnete Nicht-

erwerbsarbeit<sup>2</sup> wird im Wesentlichen von Frauen geleistet (Kindererziehung, Pflege, Hausarbeit usw.). Die in den Eingaben vorgeschlagenen Verbesserungen zielen auf eine neue Aufgabenverteilung der Paare, auf Modelle des Jobsharing, verbunden mit neuen Arbeitszeitmodellen, welche Aktivitäten innerhalb der Familie und auf beruflicher Ebene mit einbeziehen, sowie auf eine Entlohnung, welche die gegenwärtigen Ungleichheiten überwindet. In den Kirchen – insbesondere in der katholischen Kirche – fühlen sich die Frauen nicht wirklich anerkannt, ausgeschlossen durch eine «patriarchale Theologie». Ihrer Meinung nach allzu häufig werden ausschliesslich Männer mit verantwortungsvollen Aufgaben betraut, während die Tätigkeit der Frauen auf karitatives Wirken beschränkt bleibt. Auch ihre Sensibilität, ihre Werte und ihre Erfahrungen verdienen es, respektiert zu werden.

Vorgeschlagen wird unter anderem ein neuer Sozialvertrag und/oder ein Geschlechtervertrag, um die Stellung von Frauen und **Männern** auf gewandelten Grundlagen neu zu definieren. Die vergleichsweise wenig thematisierte Stellung der Männer soll sich, in Reaktion auf jene der Frauen, weiterentwickeln. Die Rolle des Mannes als Versorger und Beschützer der Familie hat an Aktualität verloren. Er ist aufgerufen, einige seiner Vorrechte in den Bereichen Macht, Leitung und besonders Lohn aufzugeben.

Die Frage der **Rechtsgleichheit** findet in den Antworten breiten Niederschlag. Erörtert wird eine grosse Bandbreite von Zielen. Dabei geht es um die Nichtdiskriminierung wegen der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder auch wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung (Art. 8 der Bundesverfassung). Am häufigsten angeschnitten wird indes die Rechtsgleichheit von Mann und Frau. Die Gleichstellung ist von der Verfassung garantiert, aber noch nicht umgesetzt. Der Verfassungsartikel über die Gleichstellung von Mann und Frau aus dem Jahr 1981 hat sein Ziel noch bei weitem nicht erreicht. So liegen etwa bei gleicher Arbeit die Frauenlöhne in der Regel 25% tiefer.

Eines der thematisierten Ziele ist auch die in der Schweiz nicht realisierte Gleichstellung von Reich und Arm auf der Ebene der Rechtspflege (Verteidigungsmöglichkeit) wie auf der Ebene der Chancengleichheit. Zwar ist die absolute rechtliche Gleichstellung eine Illusion, aber die heutigen Unterschiede werden als ungebührlich beurteilt. Die Gleichstellung ver-

<sup>2</sup> Bundesamt für Statistik (Hg.), Unbezahlt – aber trotzdem Arbeit. Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit, Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe, Neuenburg 1999.

langt den Abbau der Ungleichheiten; gewarnt wird allerdings vor einem egalitären Totalitarismus, der die Einzigartigkeit des Individuums verneinen würde. Die Menschen sind nicht gleich, aber unsere Gesellschaft muss sich um Gleichheit bemühen. In dieser Hinsicht werden die Kirchen heftig getadelt, weil sie wohl Gleichstellung predigen, aber vor deren Umsetzung in den eigenen Reihen zurückschrecken.

Nur sehr wenige **Kinder** und **Jugendliche** haben sich an der Konsultation beteiligt (kaum mehr als 30 Stellungnahmen). Mehrere Erwachsene bedauern, es sei eine Chance verpasst worden, die junge Generation in eine wichtige Gesellschaftsdebatte einzubinden. Was die Antworten der Kinder betrifft, so sind sie mitunter schwierig zu interpretieren, handelt es sich doch mehrheitlich um Zeichnungen oder Bilder mit mehr oder weniger kurzer Erläuterung. In den Texten werden häufig stichwortartig Eindrücke, Wünsche, Hoffnungen und Ängste aufgelistet. Als besonders wichtig erachten Kinder gute und solide Beziehungen zu ihren Eltern.

Die Erwachsenen, die sich zur Situation von Jugendlichen und Kindern äussern, sehen deren Probleme hauptsächlich in der Erwachsenenwelt. Aus den Antworten schimmert indes ein gewisses Ohnmachtsgefühl durch, wenn es darum geht, den Kindern plausibel zu machen, dass diese Welt Gottes Schöpfung ist, und ihnen anschaulich zu erklären, was getan werden müsste, um Zuwendung, Empathie, Gemeinschaft und einem am Glauben orientierten Leben in unserer Gesellschaft, in der Familie oder in der Gemeinde wieder mehr Raum zu verschaffen. Unseren Kindern eine harmonische Entwicklung auf allen Ebenen zu gewährleisten bedeutet, der Familie mehr Unterstützung zukommen zu lassen, damit sie über die nötige Zeit zur Begleitung der Kinder verfügt. In der Tat findet das Kind in der Teilhabe am Leben der Eltern jene Grundstruktur, auf der es sein persönliches und soziales Leben aufbauen können.

Es ist nicht einfach, im Namen der Jugend zu sprechen. Die Erwachsenen, die dies tun möchten, unterstreichen immer wieder die Bedeutung des Stichworts Partizipation. Dass sich anscheinend viele Jugendliche an der Zukunft der Gesellschaft ostentativ desinteressiert zeigen, hat mit ihrem Ohnmachtsgefühl zu tun. Die Lebenswelt, wie sie ihnen die Gesellschaft bietet, ist instabil, und zwar auf der Ebene der Arbeit und des Berufs wie bei der Beziehung zu den Eltern. Die Arbeitslosigkeit und der Wettbewerb um Lehrstellen und Arbeitsplätze konfrontieren die Jugendlichen, besonders die weniger gut qualifizierten unter ihnen, schon früh mit dem Ernst des Lebens. In einer Welt, in der vor allem die berufliche Integration

etwas gilt, ergeben sich daraus Frustrationen, die wiederum die Art und Weise, wie die Jugendlichen ihre Lebenswelt wahrnehmen, negativ beeinflussen und gelegentlich ganz unterschiedliche Formen von Gewalt hervorrufen (auch Formen der Sucht).

Eine verbesserte Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am sozialen und politischen Leben unserer Gesellschaft, aber auch der Kirche, ist unerlässlich, um ihre Integration zu ermöglichen. Massnahmen wie etwa ein Sozialjahr für Jugendliche könnten einen vernünftigen Übergang ins Erwachsenenleben bilden und darüber hinaus ihre Wahrnehmung für die ihnen zufallende soziale Verantwortung schärfen.

#### 4 Sozialisation in Familie und Gesellschaft

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf rund 500 Textauszüge. Das Thema **Eltern** wurde vornehmlich von Kindern angeschnitten. Sie erwarten von ihren Eltern viel liebevolle Zuwendung. Durch die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt, die den Eltern zu wenig Zeit lässt, sich um ihre Kinder zu kümmern, ist die Qualität der **Eltern-Kind-Beziehung** gefährdet.

Die Stellungnahmen zum Themenkomplex **Erziehung** zeigen, wie fundamental wichtig die Tradierung von Werten ist. Man muss sich klar werden, wem die Erziehungsarbeit gilt und was vermittelt werden soll. Insgesamt können zwei Ebenen unterschieden werden, nämlich Bildung im Allgemeinen und Kindererziehung im Besonderen. Was die erste Ebene betrifft, so wird auf die Bildungsmängel in unserer Gesellschaft hingewiesen; diese wiederum werden als Ursache für einen Teil der heutigen gesellschaftlichen Verfallserscheinungen (mangelnde Achtung, Gewalt, Intoleranz usw.) beschrieben. Erwähnung findet zudem die Inkonsequenz der Gesellschaft, die zwar von der Bedeutung der Bildung für unsere Zukunft spricht, dieser aber keinerlei Priorität einräumt. Mangelnde Konsequenz wird selbst den Kirchen vorgeworfen, wenn sie das, was sie in ihren Glaubenstheorien verkünden, nicht in die Praxis umzusetzen wissen. Auch auf der zweiten Ebene, jener der Kindererziehung, werden Defizite festgestellt. Die Verteilung der Erziehungsverantwortung zwischen Familie und Schule wird immer unklarer. Den Eltern fällt es schwer, ihre Aufgabe wahrzunehmen, während die Schule ihre Nichtzuständigkeit erklärt. Die Mehrheit der Äusserungen betont die Gefahren und Risiken, die diese Unsicherheit mit sich bringt.

Immer wieder wird unterstrichen, dass die Eltern in der Erziehung ihrer Kinder die entscheidenden Weichen stellen – umso mehr, als die Erziehung durch die Eltern ein Grundrecht der Kinder ist. Durch die Erziehung im Rahmen der Familie werden die grundlegenden Werte, insbesondere jene der Herzens- und Geistesbildung, vermittelt. Zur Zeit tendieren öffentliche Institutionen jedoch dazu, jene Ausbildung zu privilegieren, die allein den wirtschaftlichen Erfordernissen der Gesellschaft entspricht. Die Familie hingegen soll fundamentale Werte vermitteln, die für die Kinder intellektuell, beziehungsmässig und spirituell die Ressourcen darstellen, die notwendig sind, damit sie zu Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern heranwachsen können, welche fähig sind zu Solidarität, Gerechtigkeit und Hingabe. Toleranz und Gewaltlosigkeit gehören zu jenen unabdingbaren Werten, die für die Zukunft einer von Spannungen gezeichneten multiethnischen Gesellschaft erforderlich sind. Die Achtung der Umwelt ist ebenfalls ein Grundwert, den es zu vermitteln gilt.

**Ausbildung** ist ein Stichwort, das immer wieder erwähnt wird, wenn es um Lösungsansätze in der von Unsicherheit und Integrationschwierigkeiten geprägten Gesellschaft geht. Unterstrichen wird ebenso die Bedeutung einer soliden Grundausbildung wie die lebenslange Weiterbildung. Es geht den Antwortenden in den meisten Fällen um eine Persönlichkeitsbildung, die wesentliche Werte wie etwa Kreativität entwickelt, also eine Bildung mehr des Seins denn des Wissens: sich selbst kennen zu lernen, ein eigenes geistiges Leben zu haben, Spiritualität, Einüben von Verhaltensweisen oder Befähigung zur Zusammenarbeit. Diese Akzentsetzung ist gerade deshalb so wichtig, weil eine berufliche Laufbahn heute eine ganze Reihe von Brüchen aufweisen kann. Die gegenwärtige Ausbildung ist zu stark auf die Anpassung an kurzfristige ökonomische Erfordernisse konzentriert. Zahlreiche Eingaben beklagen das zunehmende Wegbrechen einer spirituellen, ethischen und religiösen Bildung in den Schulen.

**Bildung des Bewusstseins seiner selbst** stellt in den Augen nicht weniger Antwortender ein wirksames Heilmittel für die heute drohenden sozialen Verwerfungen dar. Nur über die andere Person und über die eigenen Grenzen kann man sich seiner selbst bewusst werden. Zu diesem Prozess gehört es – und davon ist die Jugend in ganz besonderem Mass betroffen –, die eigenen Fähigkeiten und Ressourcen, den eigenen Platz und die eigene Rolle zu entdecken. Bei einer solchen **Bewusstwerdung** geht es etwa darum, wie wir konsumieren oder verschwenden; das wiederum soll uns zurückführen auf Werte wie Teilen und Umverteilen.



Die Rolle von Institutionen wie Kirche und Staat ist fundamental, wenn es um die Heranbildung des Menschen geht. Die Kirchen müssen dazu beitragen, dass wir das eigene wirtschaftliche und soziale Umfeld, vor allem aber auch dasjenige der Benachteiligten verstehen. Sie müssen die Christinnen und Christen in gemeinsam getragenen Aktivitäten sammeln und ihr Verantwortungsgefühl stärken, indem sie Anstöße zu einer individuellen Reflexion geben, deren Ziel kollektives Handeln und ein tief greifender **Wandel unseres Lebensstils** ist. Der Staat muss seinen Beitrag dazu leisten, dass jeder Einzelne mit politischer Bildung und sozialer Praxis ausgestattet ist; er muss sich der Qualität der verbreiteten Information versichern und darüber wachen, dass es bezüglich der wirtschaftlichen Mechanismen und der Umweltbedrohung zu einer kritischen und ethischen Sensibilisierung kommt. Er hat dafür zu sorgen, dass die höhere Schulbildung und die Berufsbildung ihr Niveau halten, ja steigern können, indem er die Entfaltung des kritischen Denkens und damit die Reaktion auf Veränderungen unterschiedlichster Art fördert.

Die **Berufsausbildung** gilt gemeinhin als das Instrument der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in die Arbeitswelt. Mehrere Ebenen der Berufsausbildung sind aufzuwerten. Ungenügende Wertschätzung in der Wirtschaft findet die auch von den Arbeitgebern zu wenig anerkannte Berufslehre. Zwischen 1985 und 1995 ist die Zahl der Lehrstellen in der Schweiz um rund 40 000 zurückgegangen. Junge Menschen, die vor dem Abschluss ihrer obligatorischen Schulzeit stehen, haben Angst, kein Arbeitgeber würde sie als Lehrling akzeptieren. Fehlende oder ungenügende Ausbildung ist nicht selten Ursache für Arbeitslosigkeit.

Aktive **Bildungspolitik** wird häufig als die wirksamste Strategie gegen Arbeitslosigkeit gesehen; in erster Linie ist sie jedoch Garantin der künftigen Entwicklung. Doch der Bildungssektor steht allzu stark unter dem Druck der Wirtschaft. Angeschnitten werden in diesem Zusammenhang vor allem zwei Themenkreise. Zum einen geht es um die Unterstützung von Unternehmen, die Lehrstellen anbieten; zu diesem Zweck ist ein Kompensationsfonds zu schaffen, den sämtliche Unternehmen alimentieren müssten. Zum anderen geht es um die fehlende Chancengleichheit für Jugendliche in der Berufsausbildung. Jugendliche mit einer schwierigen Schulzeit, etwa Ausländerkinder, verfügen, insbesondere auf sprachlicher Ebene, nicht immer über die geforderten Fähigkeiten und finden auch kaum eine Lehrstelle. Politische Bemühungen bzw. ein Gesellschaftsvertrag, um den Bedürfnissen dieser Jugendlichen besser Rechnung zu tra-

gen und um sie zu fördern, damit auch die Gesellschaft von ihren Talenten profitieren kann, sind unerlässlich. Eine mangelhafte Grundausbildung erschwert später einen notwendigen Berufswechsel, ja verunmöglicht einen eigenständigen Lebensentwurf.

Eine ausschliesslich an den Erfordernissen der Wirtschaft orientierte **Grund- oder Weiterbildung** gilt es zu vermeiden. Berufliches Können ist wichtig; aber Lehrgänge müssen auch die Kommunikationskompetenz fördern sowie der Entfaltung sozialer Kompetenzen und der eigenen Persönlichkeit dienen. Wenn solide Kenntnisse unerlässlich sind, müssen sie doch Verstand und Herz einbeziehen. Um eine solche Entwicklung zu begünstigen, wird für Führungskräfte in Industrie und Wirtschaft eine ethische Ausbildung vorgeschlagen.

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts ist die **Technik** in unserem Alltag immer dominanter geworden. Das bedeutet vor allem Beherrschung der Umwelt durch den Menschen. Seit der Aufklärung verlief dieser Fortschritt parallel zur Säkularisierung der Gesellschaft. Die Verbreitung der Technik beunruhigt und verunsichert, weil sie so nachhaltig in unseren Alltag eingreift. Was ihre Präsenz in unserer Lebenswelt betrifft, so ist die Feststellung eindeutig: Die Technik macht unsere Welt rational und mechanisch und dadurch unmenschlicher und aggressiver. Bei den Kindern tötet sie Kreativität und Phantasie ab. Die Verbreitung der Technik verlangt nach einer Unterstützung kreativer Tätigkeiten, vor allem aber nach der Entfaltung der Ethik im Sinne einer Fähigkeit zu kritischer Distanz.

Allerdings weisen verschiedene Eingaben darauf hin, dass die **technologischen Veränderungen** seit Jahrhunderten auch bemerkenswerte Errungenschaften gebracht hätten. Beispielsweise wurde die menschliche Arbeit immer effizienter. Die Technik hat den Menschen aus der Knechtschaft mühseliger Arbeiten befreit. In Bereichen wie Gesundheit, Sicherheit und Lebensqualität bedeutet der technische Wandel Fortschritt. Die Kehrseite dieser Veränderungen aber heisst Arbeitslosigkeit, übermässige Beanspruchungen verschiedenster Art, Stress, sozialer Druck, verbissener Wettstreit, zusätzliche Ausgrenzungen usw. Mit der gegenwärtig stattfindenden x-ten technologischen Revolution in den Bereichen Kommunikation, Information und Automation gehen beträchtliche und fundamentale soziale Veränderungen, etwa in den Denkweisen, einher. Die neuen technischen Möglichkeiten sollten in den Dienst des Menschen gestellt werden, anstatt ihn herabzusetzen. Die Veränderungen stören ein fragiles Gleichgewicht und lösen Ängste, Unruhe und Leiden aus. Doch bergen sie

auch positive Potentiale wie vielfache Begabung, Mobilität, Initiative, Verantwortung oder bewirken einen grundlegenden Wandel des Stellenwerts der Arbeit in unserem Leben.

## 5 Soziale Gruppen in der pluralistischen Gesellschaft

Mehr als 250 Textauszüge äussern sich zu den Problemkreisen der Ausländer und der gesellschaftlichen Marginalisierung in der Schweiz. Unter den verschiedenen «anerkannten» gesellschaftlichen Gruppen sind die Ausländerinnen und Ausländer die bedeutendste. Im Problembewusstsein der Schweizer Bevölkerung rangiert die **Einwanderung** weit vorne. Der Autor dieses Kapitels stellt allerdings fest, dass die Ergebnisse der Konsultation dieses Faktum nur partiell widerspiegeln. Eine gewisse Selbstzensur lässt sich daran ablesen, dass ausländerfeindliche Stellungnahmen fehlen. In den Eingaben wird vor allem darauf verwiesen, dass Migrationsbewegungen häufig Folge von bewaffneten Konflikten, manchmal auch Folge von Naturkatastrophen sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, zur Vermeidung von Flüchtlingsströmen die Hilfe vor Ort zu verstärken, anzupassen und zu koordinieren. Ein bedeutender Teil der Migrationsbewegungen ist aber auch auf die ungleiche Güter- und Ressourcenverteilung zwischen Nord und Süd zurückzuführen. In den Industrieländern wiederum verursachen die vielfältigen Migrationsströme Integrationsprobleme, gerade auch was die schulische Eingliederung von Kindern betrifft.

Widersprüchlich werden die Stellungnahmen vor allem dann, wenn es um die **Fremden** geht. Ohne offen ausländerfeindlich zu sein, werden doch bezüglich der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz bestimmte Fragen gestellt: Haben sie in der Schweiz ihren Platz? Gibt es zu viele Ausländerinnen und Ausländer? Welche Position soll man ihnen gegenüber einnehmen? Muss man ihre Anwesenheit tolerieren? Ein nicht unbeachtlicher Anteil der Antworten ist von Angst geprägt: Angst vor Unbekanntem, Angst vor Einmischung, Angst vor einem Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen. Herausgestrichen wird zudem der hohe Ausländeranteil in der Kriminalität. Hinter diesen Stellungnahmen zeichnet sich die Sicht einer zweigeteilten Gesellschaft ab: auf der einen Seite die tugendhaften Schweizer, auf der anderen kriminelle, profitgierige und faule Fremde. Ein anderer Teil der Antwortenden plädiert dafür, die Ausländer seien zu akzeptieren, vorausgesetzt, sie würden die helvetischen Lebensregeln beachten. Die Ausländerpräsenz wird dann

gebilligt, wenn es sich um junge und wirtschaftlich interessante Arbeitskräfte handelt. Ausländerinnen und Ausländer haben sich in der Schweiz zu assimilieren. Schliesslich stellt eine beträchtliche Zahl von Antwortenden die Ausländerpräsenz als positiv dar. Für sie sind die Fremden Anlass zu einer Öffnung auf die Welt hin und Gelegenheit zur heilsamen Infragestellung seiner selbst. Ihr Beitrag als Arbeitskräfte zur Wirtschaft, aber auch als Mitbürgerinnen und Mitbürger, wird anerkannt.

Dass die zunehmende Durchmischung der Bevölkerung eine wachsende Fremdenfeindlichkeit nach sich zieht, stellen sämtliche Antwortenden fest. Soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Gewalt und Unsicherheiten werden mit dem Bild des Fremden verbunden. Auch die Vorstellung, Ausländerinnen und Ausländer könnten vom Sozialstaat profitieren, bereitet der Fremdenfeindlichkeit den Weg. Vereinigungen, die sich für die Anliegen von Immigranten einsetzen, legen das Gewicht auf die Rechtsgleichheit, die der Leitgedanke jeder Migrationspolitik sein muss. Dem stehen die beschränkten Chancen der Fremden entgegen, sich beruflich zu bestätigen. Zu viele Hindernisse bei der Zusatz- oder Weiterbildung hindern sie daran, den neuen Anforderungen des Marktes gewachsen zu sein – und das beginnt bereits bei der Nichtanerkennung von im Ausland erworbenen Zeugnissen oder Berufserfahrungen. Während die Meinungen zur Gewährung politischer Rechte kontrovers sind, werden gegen die erleichterte Einbürgerung junger Erwachsener der zweiten Generation kaum Einwände laut. Insbesondere wird damit argumentiert, die Verweigerung dieses Rechts mache aus diesen Tausenden von jungen Erwachsenen Menschen ohne Heimat. Schliesslich herrscht zwischen den Immigranten je nach Herkunft eine gewisse Segregation. In der Regel bilden die ausländischen Frauen die am stärksten ausgebeutete Kategorie, haben sie doch unter vielfältigen Formen von Gewalt und Abhängigkeit zu leiden und sind sie je nach Herkunft Opfer von administrativen oder kulturellen Regelungen der Schweiz.

Nur wenige Stellungnahmen gehen auf die Situation der **Flüchtlinge** und **Asylsuchenden** ein, obwohl es sich hier um die Kategorien von Menschen handelt, die von einem Teil der Bevölkerung, Schweizer Staatsbürgern wie niedergelassenen Ausländern, an den Pranger gestellt werden. In einigen Antworten wird das Schicksal der Flüchtlinge im Zweiten Weltkrieg thematisiert, andere erinnern daran, dass wir als zivilisierte Nation die Verpflichtung haben, Menschen in Not zu helfen. Ebenfalls erwähnt wird die allzu grosse Attraktivität der westlichen Industriestaaten, aber

auch die Notwendigkeit, die Asylsuchenden zu beschäftigen oder für ihren Unterhalt aufzukommen.

Für den Autor dieses Kapitels geht aus den Stellungnahmen – wenn auch versteckt – hervor, dass die Beziehungen zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung weiterhin nicht frei sind vom Beigeschmack der **Fremdenfeindlichkeit**. In einigen Antworten wird vermerkt, gewisse politische Vorstellungen (SVP), die rassistische Äusserungen zu banalisieren suchen, würden solche Tendenzen verstärken. Der Fremdenhass nimmt zu und verbreitet sich ganz besonders unter den Jugendlichen: Schweizer und niedergelassene Ausländer hier, Kinder von Flüchtlingen dort. Einüben von Toleranz unter Flüchtlingen und Immigranten, die Opfer von Gewaltakten sind, aber auch unter der hier ansässigen Bevölkerung – so lauten die Lösungsvorschläge. In mehreren Stellungnahmen wird betont, wie wichtig die gegenseitige Anstrengung sei, den Fremden als Person anzuerkennen und ihn in unseren Augen aufzuwerten, aber auch das Bemühen des Fremden um Integration.

Generell wird darauf hingewiesen, dass die **Multikulturalität** der Schweiz ihren Bewohnerinnen und Bewohnern ermöglichen müsste, die positiven Aspekte des Zusammenlebens verschiedener Kulturen zu erkennen. Obwohl die heute vielfältigen Migrationsbewegungen eine beachtliche Herausforderung darstellen, unterstreichen mehrere Antwortende, unser Land könnte bei der Förderung multikultureller Werte eine Pionierrolle spielen. Doch dazu sind zuerst gewisse Anstrengungen nötig: Fremdsprachenkenntnisse, Bereitschaft zur gegenseitigen Bereicherung, offene Integration usw. Aber auch von den Schwierigkeiten ist die Rede, etwa im gemeinsamen Schulunterricht von Kindern aus verschiedenen Kulturkreisen oder, allgemeiner, von dem mit dem Wertpluralismus gegebenen Konfliktpotential. Die Lösung kann nicht Versteifung auf Eigenes heissen, sondern Dialog, der notwendig ist, um den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden: das Mensch-Sein. Auch für die Kirchen bedeutet die multikulturelle Situation eine Herausforderung, kommt doch in deren Reihen dieses Bild der Schweiz kaum zum Tragen.

Die Durchmischung der Bevölkerung, aber auch die noch immer prononcierte Benennung sozialer Gruppen kennzeichnen den in unserer Gesellschaft vorherrschenden **Pluralismus**. Eine Mehrheit der Antwortenden zeigt sich über den pluralistischen Charakter der Gesellschaft erfreut, bedeutet Pluralismus doch Öffnung auf die Welt hin, notwendiges Ringen um Toleranz, Kennen-Lernen des Anderen, gemeinsame Suche nach

Lösungen. Doch angesichts des Widerstreits und der Fragmentierung der Werte droht dieser Pluralismus das Individuum in seiner Sinnsuche auch in die Irre zu leiten.

Es besteht zudem die Gefahr, dass manche zur Anpassung an diesen Wertpluralismus unfähige Gruppen an den Rand gedrängt werden. Die Zahl der **Marginalisierten**, der Ausgegrenzten droht zu steigen. Ihnen wird dann irgendeine Etikette angehängt: Fahrende, Drogenabhängige, Flüchtlinge, Prostituierte, suizidgefährdete Jugendliche, Kranke, Depressive, Überschuldete, Obdachlose, Arbeitslose, Alleinerziehende, Analphabeten und Schulschwache, Suchende, Gewaltopfer, Vergewaltigte, Staatenlose, Gefangene, bedürftige Eltern und Kinder usw. – obwohl lang, ist diese Liste noch keineswegs vollständig. Über diese Kreise wissen wir normalerweise wenig, wir kommen mit ihnen kaum in Berührung. Doch von der wirklichen Not der Ausgegrenzten erfahren wir allein im direkten Kontakt mit ihnen, sind sie doch isoliert und häufig ohne Bindung an die restliche Gesellschaft.

**Ausgrenzung**<sup>3</sup> erscheint schlimmer als Ausbeutung oder Unterdrückung. Ausgeschlossen sein bedeutet, nichts mehr zu zählen, von der Bildfläche zu verschwinden, nicht einmal mehr in den Augen eines potentiellen Ausbeuters nützlich zu sein. Sogar von sozialem Tod ist die Rede. Unser Reichtum produziert viel Ausgrenzung, ja Ächtung. Eine dominierende Form von Ausgrenzung ist wirtschaftlicher Art, auf die dann andere Formen der Marginalisierung folgen. Ausgegrenzten zu helfen ist nicht einfach. Es besteht die Gefahr, sie zu stigmatisieren, sie auf ihre Rolle als Randständige festzulegen. Wer ausgegrenzt ist, muss befähigt werden, sich der eigenen Notlage gegenüber anders zu verhalten. Randständige müssen aber auch ernst genommen, in ihrer Lebenssituation verstanden und respektiert werden. Ihnen müssen Möglichkeiten eröffnet werden, am kulturellen, sozialen und politischen Leben teilzuhaben. Praktisch einstimmig werden die Kirchen aufgerufen, sich nachdrücklich auf die Seite der Randgruppen zu stellen, sich für ihre Rechte einzusetzen, ihnen Gehör zu verschaffen, ihre Persönlichkeit zu stärken und unter Einbezug der Existenz der schwächsten Glieder der Gesellschaft die Umgestaltung der Gemeinschaft voranzutreiben. Nur Toleranz und Einsicht in die innersten

<sup>3</sup> Die hohe Zahl von Stellungnahmen zu den Fragen Armut und Ausgrenzung aus der Westschweiz lässt sich teilweise damit erklären, dass in der Diözese Lausanne-Genf-Freiburg parallel zur Ökumenischen Konsultation ein ähnliches Unterfangen unter dem Titel «AD 2000» durchgeführt wurde. Die Verantwortlichen ermutigten die Teilnehmenden, die im Rahmen von AD 2000 vorbereiteten Positionen als Stellungnahmen zur Ökumenischen Konsultation einzusenden.

Bedürfnisse, nämlich als vollwertiger Mensch zu gelten, können Ausgrenzung durchbrechen. Die Kirchen werden aber auch nachdrücklich aufgefordert, sich mit ihren eigenen Ausgrenzungsmechanismen auseinander zu setzen (geschiedene Wiederverheiratete, Nicht-Gläubige usw.).

Einige Antworten befassen sich mit der Lage der **Behinderten** in unserer Gesellschaft. Wenn es darum geht, Behinderte – soweit möglich – gleich zu behandeln und sie zu unterstützen, findet die zentrale Rolle von Institutionen wie etwa *Pro Infirmis* Beachtung, die sich für die Interessen der Betroffenen einsetzen. Von höchster Aktualität sind aber auch die Probleme Behinderter am Arbeitsplatz oder an der Lehrstelle. Arbeitgeber wie Behörden müssen diesen Menschen eine Chance geben. Unter sozialer Diskriminierung leiden auch die **Drogenabhängigen**, deren soziale Eingliederung auf Schwierigkeiten stösst. Gewünscht wird eine offene und vielfältige Politik, um diesen Menschen auf ihrem Weg aus der Abhängigkeit zu helfen. Gelegentlich wird die Drogenabhängigkeit, werden aber auch andere Suchtprobleme wie Rauchen und Alkoholismus mit dem zur Schau gestellten Konsum in unserer Gesellschaft in Verbindung gebracht. Schliesslich wird in einigen Stellungnahmen vermerkt, dass die Toleranz gegenüber sozialen Minderheiten, etwa gegenüber **Homosexuellen**, zuzunehmen scheint. Allerdings könnte dieser tolerantere Umgang auch bloss die wachsende Über-Individualisierung unserer Gesellschaft widerspiegeln.

## 6 Soziale Probleme

Über 400 Textauszüge befassen sich mit aktuellen sozialen Problemen. Charakteristisch für die westliche Gesellschaft am Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert ist ein Befund, der in zahlreichen Antworten auftaucht: Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Für ein reiches und fortschrittliches Land vermitteln die **sozialen Ungleichheiten** ein betrübliches Bild. Sie geben eine Vorstellung davon, wie in der Schweiz soziale Gerechtigkeit praktiziert wird. An zahlreichen Stellungnahmen lässt sich indirekt die Frage ablesen, ob soziale Ungleichheit und die Anhäufung von Reichtum und Ressourcen in den Händen einer Minderheit nicht der unverzichtbare Motor der wirtschaftlichen Entwicklung seien. Die Hälfte des Gesamtvermögens der Schweiz liegt in den Händen von 3% der Schweizer Bevölkerung, während sich die übrigen 97% in die andere Hälfte teilen. Es gibt mehr als 700 000 Arme in der Schweiz.

Wie ist eine solche Entwicklung möglich? Die ungerechte Verteilung ist teilweise auf das kaum auf Umverteilung zielende Steuerrecht zurückzuführen. In einigen Antworten wird vermerkt, die auf staatlicher Intervention basierende Solidarität sei eine vom Gesetzgeber konstruierte Solidarität, die gleichsam aus der individuellen Verantwortung und Verpflichtung entlasse. Die Rede ist aber auch vom Abdanken des Staats vor der Wirtschaft, von den schwachen Korrektiven, die der allein auf Profit bedachten und deshalb Ungleichheit erzeugenden Marktwirtschaft entgegengesetzt werden. Globalisierung, Fusionen, Restrukturierungen: Diese Wirtschaftsweise treibt Blüten, die die elementarsten menschlichen Werte ausser acht lassen. Die vorgeschlagenen Lösungsansätze berufen sich auf Stichworte wie Teilen und Teilhabe oder angemessener Ausgleich von Politik und Wirtschaft.

Seit Beginn der neunziger Jahre ist in der Schweiz wie in den übrigen Industrieländern eine schleichende Zunahme der **Armut** festzustellen. Dabei handelt es sich nicht bloss um die quantitativ erfassbare materielle Armut. Diese ist real, stellt aber nur eine Facette von Armut dar. In einem weiteren Sinn kann als arm angesehen werden, wer am Leben der Gesellschaft nicht teilhaben kann. Konkret bedeutet Armut soziale Ausgrenzung (Ruth Dreifuss). Es gibt Armut in der Schweiz. Aber sie ist verdeckt und versteckt. Sie ist offiziell anerkannt, doch ist sie für die Betroffenen deshalb nicht weniger schwer zu tragen. Wer arm ist, zieht sich auf sich selbst zurück, versteckt die durch die Notlage erzeugte Scham und Schande, Angst und Verunsicherung. Armut zu beschreiben ist schwierig. Gerade deshalb ist es wichtig, den Betroffenen eine Stimme zu geben. Die Armut prägt alle, die darunter leiden, zuweilen über Generationen hinweg. Ihre Verbreitung ist ein Indikator für die relative Qualität des sozialen Sicherungssystems eines Landes.

Armut kann durch individuelles Handeln bekämpft werden, indem die Armen materiell unterstützt und ihre Fähigkeiten aktiviert werden. Doch es genügt nicht, Armut punktuell lindern zu wollen. Auch kollektives Handeln ist gefordert, sollen Ursachen bekämpft und Anstösse für tätige Solidarität gegeben werden. Ein besonders wichtiges Aktionsfeld ist die Familie. Politisches Engagement ist unerlässlich, vor allem wenn es um eine gerechtere Verteilung des Reichtums geht. Unsere Gemeinwesen müssen den Armen einen Raum geben, sie als Teil ihrer selbst anerkennen, vor allem aber müssen sie die Armen befähigen, aktiv gegen ihr Schicksal anzugehen. Den Kirchen fällt eine zentrale Rolle zu in der Bewusstseins-

bildung und Mobilisierung gegen die Armut. Sie müssen den Opfern der Armut die Augen öffnen für ihren eigenen Wert, ihre Würde und ihre Rechte. Mit der Unsicherheit am Arbeitsplatz, aber auch mit Brüchen im Bereich der Familie steigt das Risiko, in die Armut abzugleiten.

Von der so genannten **Neuen Armut** sind auch die Mittelschichten, insbesondere junge Familien, betroffen. Primär wegen prekärer Beschäftigungsverhältnisse kann sie jede und jeden treffen. Sie ist gekoppelt an den wirtschaftlichen Konjunkturverlauf. Einige Menschen geraten allmählich in wirkliches Elend – eines der grössten Tabus. Im Elend geht es um den zuweilen gnadenlosen, Gewalt und Kriminalität erzeugenden Kampf ums Überleben. Ist dieses Stadium einmal erreicht, greifen einzig dezentralisierte Instrumentarien, um die versteckte Not ans Licht zu bringen und ihr womöglich entgegenzuwirken.

In der Schweiz stellt die Erwerbsarbeit das Fundament der **gesellschaftlichen Einbindung** dar. Sie verschafft nicht bloss das Recht auf Teilhabe am Konsum des Reichtums, sondern weist dem Einzelnen auch seinen Platz in der Gesellschaft zu. Ausschluss von der Arbeitswelt wegen Arbeitslosigkeit, Pensionierung oder Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt sind Varianten der Ausgrenzung. Mit der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse sind bei vielen Menschen die sozialen Bande gelockert worden: Sie fühlen sich als zunehmend unnütz für die Gesellschaft.

Die Missachtung der menschlichen Person und das Gefühl vieler Menschen, in einer Sackgasse zu sein, können zu Unruhen, zu einem Bruch mit gesellschaftlichen Konventionen, ja sogar zur Zuflucht zur **Gewalt** führen. Der Anstieg von Gewaltanwendungen charakterisiert gerade soziale Beziehungen seit einigen Jahren. Die Ursachen dafür sind hauptsächlich in den Integrationsdefiziten bei immer grösseren Gruppen von Menschen und in der markanten Zunahme von sozialer Ungleichheit zu suchen. Armut, Konkurrenz zwischen Individuen, Stress, Ohnmacht führen zu Gewalt gegenüber den Schwächsten, insbesondere Kindern und Frauen. Gewalt kann verschiedene Formen annehmen: körperlich und psychisch (Drohungen, Mobbing), strukturell (politische Repression) und sozial (Boycott, Ausgrenzung). Die Segmentierung der Gesellschaft in abgegrenzte Gruppen und die soziale Segregation lassen Gewaltmomente in bisher gewaltfreie Räume einfließen, von der Schule bis hin zum Arbeitsplatz. Der Aufruf zur Gewalt ist kontraproduktiv und kommt einem sozialen Rückschritt gleich. Die vorgeschlagenen Lösungen heissen hauptsächlich: Einüben von Toleranz und **Konfliktlösungsmodelle**.

Anders als die umliegenden Länder kennt die Schweiz keine Konfliktkultur. Sie funktioniert nach dem Konsensprinzip. Das erschwert die Wahrnehmung von Konflikten vielleicht noch zusätzlich. Doch die Internationalisierung der Praktiken in der Arbeitswelt verhilft der Konfrontation auch in der Schweiz zu einer gewissen Aktualität. Es könnte sich herausstellen, dass die Konsenskultur zur Lösung von grösseren Konflikten nicht geeignet ist, verlangen diese doch nach einem permanenten Regulierungsprozess der gegensätzlichen Kräfte. Offene Konflikte gibt es aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen in nicht wenigen Bereichen, gerade beim Sozialstaat. Konflikte, die sich irgendwo in der Welt abspielen, wirken sich insofern auch auf die Schweiz aus, als die Anwesenheit von Flüchtlingen Spannungen auslöst. Wir müssen solidarisch sein. Konflikte gibt es in unseren Institutionen, und auch die Kirchen bleiben davon nicht verschont. Wenn es ihre Rolle ist, für Verständigung zu plädieren, dann müssen sie diese zuerst in ihren eigenen Reihen beispielhaft vorleben.

## 7 Soziale Lösungen

Über 900 Textauszüge betreffen die möglichen Antworten auf die sozialen Fragen. Die Bewahrung des **gesellschaftlichen Zusammenhalts** ist ein fundamentales Ziel für demokratische Gesellschaften. Zu erreichen ist es nur, wenn alle den ihnen zustehenden Platz einnehmen können. Mit dem Überhandnehmen von individualisierenden Verhaltensweisen innerhalb der schweizerischen Gesellschaft droht dieser Zusammenhalt zu zerbrechen. Allzu viele Personen wurden von den Vorteilen der sozioökonomischen Entwicklung der letzten Jahre ausgeschlossen. Damit wächst die Gefahr von abweichendem Verhalten, was wiederum das Gewaltpotential und die Unsicherheit in der Gesellschaft verstärkt und den Boden für politische Extremismen jeder Art bereitet. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt anzustreben und ihn aufrecht zu erhalten ist ein prioritäres Ziel für ein Land, das Ruhe und Ordnung bewahren will. Die politischen Wege zu diesem Ziel sind vielfältig, aber leitend in allen unseren Entscheiden muss das gemeinsame Interesse sein.

**Integration** ist eine erste Antwort der Gemeinschaft auf Probleme, die sich aus der Präsenz von sozial, physisch und psychisch auffälligen Gruppen ergeben. Den spezifischen Bedürfnissen solcher Menschen ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um sie so weit wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren. Erwerbsarbeit, seit Jahrzehnten hauptsäch-

licher sozialer Integrationsfaktor, ist heute zum Faktor der Ausgrenzung geworden. Deshalb sind neue Formen der Eingliederung zu entwickeln. In der öffentlichen Diskussion sind zuerst einmal die spezifischen Rollen des Staates und privater Eingliederungshilfen zu definieren. Die Unternehmen wiederum werden aufgerufen, auf andere Kriterien als diejenigen der unmittelbaren Rentabilität zu setzen. Dazu gibt es bereits konkrete Ideen, etwa die Einrichtung eines Zweiten Arbeitsmarkts (Stadt Zürich) oder von Job-Börsen. Solche Instanzen können akute Notsituationen lindern und so zur Integration beitragen.

Integrationsbemühungen sollten aber insbesondere auf ältere Menschen abzielen, die durch die Pensionierung an den Rand gedrängt werden, auf junge Menschen, denen der Eintritt ins Erwerbsleben schwer fällt, auf Immigrantinnen und Immigranten, Flüchtlinge und Asylsuchende, denen Pflichten, aber nur wenige Rechte zuerkannt werden. Das ist nicht allein die Aufgabe des Staates, sondern gefordert sind auch Wirtschaftsführer, Kirchen und Normalbürger. Die Schule wie das gesamte Bildungswesen müssen besondere Anstrengungen zur Integration solcher Bevölkerungsgruppen unternehmen.

Ein Schlüsselbegriff, der in den Antworten zur Ökumenischen Konsultation immer wieder positiv hervorgehoben wird, ist die **Toleranz**. Aufgebaut wird sie in der Begegnung mit dem bzw. der Anderen. Tolerant zu sein bedeutet, sich auf Menschen einlassen zu können, die nicht die gleichen religiösen, kulturellen, sozialen oder politischen Überzeugungen teilen. Es geht darum, Unterschiede in Erscheinungsbild und Verhalten derjenigen zu akzeptieren, die nicht sind wie wir. Aus den Äusserungen zu dieser Thematik geht, gleichsam im Umkehrschluss, hervor, dass die Intoleranz in der Realität zunimmt, dass der Irrtum nicht mehr erlaubt ist und dass die Unsicherheit derart überhand genommen hat, bis unbedingte Konformität gefordert wird. Sich gegen Intoleranz zu wehren bedeutet, für Solidarität einzutreten, sich auf den anderen Menschen einzulassen, nach Kooperationsmöglichkeiten zu suchen, Vorurteilen, die auf Angst beruhen, und Wertungen der äusseren Erscheinung entgegenzutreten.

**Solidarität** taucht in den verschiedenen Stellungnahmen immer wieder auf und wird in 330 Statements im Zusammenhang mit Frage 8 der Diskussionsgrundlage<sup>4</sup> erwähnt. Die in der Diskussionsgrundlage zur Ökumenischen Konsultation enthaltenen Aufrufe zum Teilen haben die

<sup>4</sup> «Wären Sie bereits, zugunsten schwächerer Glieder der Gesellschaft auf persönlichen Wohlstand zu verzichten? Unter welchen Voraussetzungen?»

Leser und Leserinnen für diese Frage sensibilisiert. Viele der Antwortenden üben tätige Solidarität. Dennoch ist aus den nuancierten Antworten ein gewisses Misstrauen und der Wunsch nach Kontrolle herauszuhören: Helfen ja, aber wem? Unterstützen ja, aber nicht bloss materiell. Geben, gewiss, aber wie Missbräuchen begegnen? Wie kann ich sicher sein, dass die Hilfe effizient und gezielt ist? Im übrigen dominiert das Gefühl, nicht allein für Solidarität einstehen zu wollen. Schliesslich gewinnt man den Eindruck, die meisten würden in ganz unterschiedlichen Bereichen bereits solidarisch handeln: in der Familie, in allen möglichen Institutionen und Vereinen, in Form von Spenden oder ganz allgemein, indem sie ihr Scherflein zu den grossen institutionellen Werken, etwa den Sozialwerken, beitragen.

Die Solidaritätsgeste selbst ist für die Spendenden wie für die Begünstigten anspruchsvoll. Auf der Seite der Spenderinnen und Spender muss ein Minimum an finanzieller Sicherheit für sich selbst und für die eigenen Angehörigen gewährleistet sein, bevor sie materielle Solidarität üben können. Und gerade darauf spielen einige Antwortende an, wenn sie bedauern, dass die Vorstellung von Solidarität allzu häufig mit Verzicht anstatt mit Teilen und Nächstenliebe verknüpft ist. Für die Begünstigten wiederum kann Solidarität keine Einbahnstrasse sein, sonst ist sie demütigend und führt in Abhängigkeiten. Eine gewisse Gegenseitigkeit muss gegeben sein, etwa in Form von Gegenleistungen. Ganz unterschiedlich ausgefallen sind die Stellungnahmen zum Wesen der Solidarität. Für die einen ist Solidarität ihrem Wesen nach individuell. Sie ist verankert im philanthropischen Gedankengut oder in der liberalen Vision des 19. Jahrhunderts, welche beide die Eigenverantwortung und die Verdienste durch getätigte Spenden favorisieren. Für die anderen basiert Solidarität auf dem Gesellschaftsvertrag und ist eine Form des Kampfs gegen soziale Ungerechtigkeit. Das ist die Basis aller Formen von Solidarität zwischen arm und reich, zwischen alt und jung. Die zur Dynamisierung der Solidarität aufgezählten Instrumente sind die bessere gesellschaftliche Anerkennung von Akten der Solidarität und Erziehung zur Freude am Teilen von Geld wie Zeit. Für viele bedeutet das auch Anstrengungen im Hinblick auf ein gerechteres Steuersystem.

Eine Form von Solidarität, die an Bedeutung gewinnt, ist die gegenseitige **Hilfe**. Sie begegnet uns heute in ganz unterschiedlichen Formen, etwa als Tausch von Zeit oder von Aktivitäten – also ein Austausch von Kompetenzen ohne Geldtransfer. Nachbarschaftshilfe ist eine andere seit eini-

ger Zeit aktuelle Solidaritätspraxis; hier allerdings ist Geld integrierender Bestandteil des Tausches. Solche Solidaritätsnetze stellen, selbst wenn ihre Zielsetzungen im Vergleich zu den Bedürfnissen bescheiden anmuten, für viele Menschen eine Hoffnung dar. Projekte wie die so genannten Mikrobanken<sup>5</sup> sind ein hilfreicher Ansatz für die Erneuerung der wirtschaftlichen Vernetzungen. In den Antworten werden aber auch andere Vorschläge gemacht, beispielsweise staatliche oder kirchliche Unterstützung für Gruppen, die – wie etwa Immigrantenkreise – sich gegenseitig unterstützen. Eine Notwendigkeit ist die gegenseitige Hilfe zwischen jung und alt, aber auch jene zwischen Bauern und zwischen Nachbarn. Die Zunahme solchen Verhaltens in Notsituationen ist ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft.

Unter den in der Konsultation aufgeworfenen Themen gilt die **Freiwilligenarbeit** als weitere mögliche Antwort auf bestimmte soziale Probleme. Behandelt wurden vornehmlich Stellenwert und Anerkennung der Freiwilligenarbeit. Heute drängt sich ein grundsätzlicher Mentalitätswandel auf, um öffentliche Gelder zur Finanzierung der nötigen Infrastrukturen freizumachen und die vorhandene Erwerbsarbeit so zu verteilen, dass alle, die es wünschen, sich freiwillig engagieren können. Die gegenwärtige Entwicklung läuft darauf hinaus, dass Freiwilligenarbeit tendenziell immer mehr zum «Privileg» wohlhabender Gesellschaftsschichten wird.

Bezüglich der ungenügenden Anerkennung der Freiwilligenarbeit lassen sich zwei Tendenzen ausmachen. Die eine wünscht keinerlei finanzielle Entschädigung, verfälscht doch die Entlohnung freiwilliger Aktivitäten den Wert eines solchen Engagements. Persönlichkeitsbereicherung und Weiterbildung sind die individuelle Entschädigung. Die Anerkennung aber liegt in der Aufwertung der Beziehungsebene. Die andere Tendenz tritt ein für eine bessere Sichtbarmachung der Aktivitäten (etwa in den Statistiken), aber auch für die Möglichkeit des Steuerabzugs.

Auf einer ganz anderen Ebene setzt die Reflexion über den Gegensatz von Nichterwerbsarbeit und Erwerbsarbeit an. Man spricht von «erzwungener Freiwilligenarbeit», wenn es an Erwerbsarbeitsplätzen mangelt. Das ist Anzeichen für eine gesellschaftliche Fehlentwicklung, selbst wenn durch «erzwungene Freiwilligenarbeit» ein gewisser Grad an Integration gewährleistet ist. Ein solches Engagement ist zu entlohnen, denn für Arbeitslose stellt das Salär einen starken Integrationsfaktor dar. Dieser

<sup>5</sup> Mikrobanken erteilen Kleinstkredite an Schuldner, die bei normalen Banken nicht kreditwürdig wären.

Ansatz ist allerdings kaum mehr als Symptombekämpfung; eine Lösung kann nur die Umverteilung der Arbeit oder die Schaffung von Arbeitsplätzen bringen. Der Freiwilligenarbeit im eigentlichen Sinn geht es aber um etwas ganz anderes. Freiwilligenarbeit ist Geschenk der eigenen Person, der eigenen Zeit und ist eng an Solidarität gekoppelt; sie basiert auf einem freien Entscheid. Ihr Beitrag wird häufig als unverzichtbar für das gute Funktionieren der Gesellschaft bezeichnet. Manche betrachten diese Leistungen als derart notwendig, dass sie sich sogar gewisse Zwangsformen vorstellen können. Im Übrigen ist Freiwilligenarbeit ungleichmässig auf Frauen und Männer verteilt, was die Bedingungen des Zugangs und der Anerkennung bestimmt.

Es sind vorab Frauen, die freiwillige Tätigkeiten übernehmen. Soll sich daran etwas ändern, sind auf schulischer Ebene Bildungsmaßnahmen unabdingbar, die deren Wert bewusst machen. Freiwilligenarbeit wird oft mit **Wohltätigkeit** oder **Barmherzigkeit** in Verbindung gebracht und gilt dementsprechend als altmodisch. Verschiedene Tätigkeitsfelder müssen deshalb unterschieden und Begriffe wieder zu ihrem Recht gebracht werden. Sich um andere kümmern oder mit anderen aktiv werden kann nicht allein ein Akt der Barmherzigkeit sein. Es muss ein Teilen dessen sein, was die andere Person erlebt, ein Teilen der Entscheidungen, die mit ihr und nicht für sie getroffen werden.

Wenn in den Stellungnahmen Vorschläge zur Lösung von sozialen Spannungen vorgebracht werden, dann erfolgt immer wieder der Hinweis auf den **interkulturellen** und **interreligiösen Dialog**. Es geht darum, andere Kulturen kennen zu lernen, um so die eigenen Ängste abbauen zu können. Das ist möglich, wenn man den Anderen begegnet und sieht, wie sie dort, wo sie leben, ihren Alltag meistern und ihren Glauben praktizieren. Auf religiöser Ebene werden Appelle an und von Seiten von Muslimen und Orthodoxen formuliert. Mit dem Dialog werden ganz unterschiedliche Ziele verfolgt, etwa Spannungen abzubauen, sich kennen zu lernen, Versöhnung, Respektierung in der Verschiedenheit, gemeinsam formulierte und akzeptierte Werte. In diesem Zusammenhang wird mehrfach auf die Menschenrechte verwiesen. Es ist aber auch von Grenzen die Rede – Grenzen, die zeigen, dass interkultureller oder interreligiöser Dialog nicht bedeuten kann, die Unterschiede einander gegenüberzustellen, sondern Gemeinsamkeiten zu teilen. Nicht zuletzt ist eine Begegnung mit anderen nur für die möglich, die die Wurzeln des eigenen Glaubens, der eigenen Identität kennen.

Ein letzter Lösungsansatz wird in einigen Stellungnahmen mit der Wiederbelebung der **Zivilgesellschaft** verknüpft. Diese wird in der Regel als komplementäre Instanz zu Staat und Wirtschaft dargestellt. Vereinfacht gesagt, werden darunter Individuen, Familien, Kirchen, Kultur usw. verstanden. Die Zivilgesellschaft schafft Werte und fördert das Vereinsleben, den Dialog zwischen den Menschen. In der Zivilgesellschaft nehmen Bürgerinnen und Bürger am kollektiven Leben teil und beteiligen sich an der Wahrung der Würde jeder einzelnen Person. Gegebenenfalls kann oder muss die Zivilgesellschaft ein Ort des Widerstands sein. Proteste, friedliche Demonstrationen, Initiativen – das sind einige ihrer Instrumente. Die Kirche ist nur eine ihrer Aktorinnen; sie kann nicht den Anspruch erheben, die Zivilgesellschaft als Ganze zu repräsentieren. Neben ihr stehen andere soziale Bewegungen mit anderen Zielsetzungen, etwa Konsumenten- oder Umweltschutzbewegungen oder aber Hilfswerke usw. Historisch gesehen sind es die Arbeiter- und die Frauenbewegung, die als erste im Namen der Zivilgesellschaft aufgetreten sind und so der Demokratie durch das Volk ihren Vollsinn verliehen haben.

## 8 Bedingungen des sozialen Lebens

Die folgenden Ausführungen geben knapp 300 Textauszüge wieder, die sich mit den veränderten Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft beschäftigen. Unsere **Lebenswelt** ist komplex geworden. Weltweit hat sich die Profitlogik durchgesetzt; sie hat Konzentrationen und Fusionen bewirkt und die Rolle der Politik in Frage gestellt. Der Staat hat versagt, nach aussen in den Bereichen Migration und Umwelt, nach innen in seiner Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Fast überall können rechtsextreme Parteien Zulauf verzeichnen. Die Folgen davon sind Orientierungsverlust bei Jugendlichen und zunehmende Verunsicherung bei Erwachsenen. In unserer Gesellschaft dominiert angesichts unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, der Umwelt und der Migrationsströme erneut die Angst. Die traditionellen Institutionen verlieren an Terrain: die Kirchen, die immer weniger Menschen ansprechen, die Familien, die einen Grossteil ihrer Rolle verloren haben, die Politik, die sich gegenüber der Wirtschaft nicht durchzusetzen vermag.

Der Wandel der Lebenswelt verläuft in zwei Richtungen. Zum einen ist sie komplexer geworden; schuld daran sind unter anderem die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien, die zwar neue Wahlmöglich-

keiten eröffnen, zugleich aber eine bessere Ausbildung zur Voraussetzung für eine eigenständige Lebensgestaltung machen. Die Ausbildung ist umso wichtiger, als die traditionelle Lebenswelt auseinandergefallen ist. Zum anderen haben sich die Rahmenbedingungen verschlechtert, was im wesentlichen auf die veränderten Beziehungen in der Arbeitswelt zurückzuführen ist. Arbeitsrhythmus und -bedingungen beeinträchtigen die gesamte Existenz, zerstören Gleichgewichte, vernichten alte Gewissheiten und ziehen unabsehbare Veränderungen nach sich. Die Lebenswelt fällt auseinander.

Diese Entwicklungen werden ganz unterschiedlich interpretiert. Die einen sind der Auffassung, dass die Schwächung der Institutionen gut ist für das Individuum, das sich jetzt voll entfalten kann und an seinen Leistungen gemessen wird; die anderen beklagen den Verlust von gesellschaftlichen Bindungen, die soziale Krise und die Gefährdung des Individuums in seinen elementarsten Bedürfnissen und Rechten. Arbeitsplatz und Lebenswelt werden häufig als Gegensatzpaar dargestellt: Die Anforderungen der Arbeitswelt untergraben die Lebensqualität, grenzen einen Teil der Menschen aus, zerschlagen teilweise den Grundkonsens und vernichten mit der Konsumlogik gesellschaftliche Werte.

Die Folgen dieser Kluft werden von einem Teil der Antwortenden als Gefährdung der Zukunft einer immer hemmungsloseren und massloseren Gesellschaft wahrgenommen. Verschwendung und Umweltverschmutzung zwingen zur Rückbesinnung auf vernünftiger Lebensformen und **Lebensstile**, was ebenfalls eine Form von Solidarität darstellt. Ökologie und Lebensstil, Achtung der kommenden Generationen – so lautet das Leitmotiv der mit dieser Thematik befassten Antworten. Häufig werden das heutige Wirtschaftssystem und ein vernünftiger Lebensstil als unvereinbar empfunden. Widersprüche wie der zwischen Wachstum um jeden Preis und Grenzen des Konsums werden betont; auf die individuelle Verantwortung angesichts begrenzter Ressourcen und des Nord-Süd-Gefälles wird nachdrücklich hingewiesen. Sein Leben anders zu leben, als vom Zeitgeist gefordert, sich auf einen einfacheren Lebensstil zurückzubekümmern – das ist ein Privileg. Natürliche und biologische Produkte, gesunder Wohnraum, stressarme Transportmittel, Bekannte, die nach den gleichen Grundsätzen leben – dies alles ist anspruchsvoll und auch kostspielig.

In dieser Situation kommt die Ambivalenz zwischen Arbeit und Lebensqualität zum Ausdruck. Weniger arbeiten, um besser zu leben: Das können sich nicht alle leisten. Die damit einhergehenden Opfer sind gross



und werden es auch in Zukunft bleiben (vgl. nur die Konsequenz geringerer Rentenansprüche). Ein anderer Lebensstil impliziert ein anderes Verhältnis zu Zeit und Arbeit. Ihn zu erfinden und zu leben, ohne sich von der Umwelt abzuschotten, stellt ein Wagnis dar.

Die Einschätzung des **Wertewandels** bestätigt auf einer grundlegenden Ebene die sozialen Verwerfungen. Das Individuum beruft sich immer weniger auf die traditionellen Werte. Grosszügigkeit im Engagement und spontane Solidarität haben Egoismus und Individualismus, Gleichgültigkeit und Angst, aber auch Diskriminierung und Arroganz Platz gemacht. Der übertriebene Wert der Produktivität hat das Verhältnis der Menschen zu ihrer Arbeit beeinträchtigt. Die «Ökonomisierung der Gesellschaft» hat die Diskussion um Werte überflüssig gemacht, zu Gleichgültigkeit und Desinteresse gegenüber Werten, ja zu deren völliger Ablehnung geführt – mit dem Resultat, dass sämtliche sozialen Beziehungen der Warenlogik unterworfen werden, in der das Personal eines Unternehmens zur austauschbaren Ware wird usw. Die eigentliche Herausforderung ist, diesen Veränderungen zu begegnen. Ziel ist es, gemeinsame Werte in Anerkennung der Würde des Menschen zu schaffen und Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität, Nächstenliebe wieder in ihr Recht zu setzen. Damit das gelingen kann, ist eine radikale Umkehr notwendig. Sie kann nicht von oben dekretiert werden. Vielmehr beginnt sie bei jedem und jeder Einzelnen, in der Einstellung zum Nächsten, aber auch dem Geld, dem Materialismus gegenüber. Es geht um einen persönlichen Einsatz in öffentlichen Belangen, der Bürgersinn und Zivilcourage erfordert. Wo diese tragenden Werte nicht verinnerlicht sind, sind Regeln unentbehrlich. Für manche Antwortenden liegt in dieser Erneuerung die Vollendung der zweitausendjährigen christlichen Botschaft. In Wertbegriffen ausgedrückt, ist diese Botschaft Trägerin von Hoffnung, sie ist eine **befreiende Bewegung** angesichts des Dilemmas der punktuell entfalteten übrigen Werte.

Unsere westliche **Kultur** ist stark vom christlichen Glaubensgut geprägt. Wer sie verstehen will, muss um ihre religiösen Wurzeln wissen. Kultur umfasst, allgemein gesagt, alles, was eine Gesellschaft spezifisch auszeichnet, angefangen von der Politik über das Erziehungssystem, das Verhalten, die Werte und Normen usw. bis hin zum Recht. In einem engeren Sinn bedeutet Kultur die Künste, das künstlerische und religiöse Leben, mithin alles, was die Würde des Menschen ausmacht, ihn «adelt». So verstanden, ist Kultur zunehmend die Angelegenheit einer Elite. Volkskultur fokussiert sich heute auf Sport und Musik, zwei durch Kommerz verdorbene Formen von Kultur. Kultur profiliert das Individuum in seiner Identität

und erlaubt es ihm, sich als Mitglied eines Kollektivs zu verstehen. Mit der Globalisierung der Information verliert die Kultur tendenziell ihr Spezifikum: Mit der Aufhebung nationaler Grenzen verwischen sich auch die kulturellen Grenzen. Die Rede ist von der *McDonaldisierung* der Gesellschaft insgesamt.

Nach Auffassung einiger Antwortender ist indes die Vorstellung einer immer globaleren Kultur zu relativieren. Tatsächlich ist parallel zur Globalisierung bestimmter kultureller Ausdrucksformen die Entfaltung transnationaler Subkulturen zu beobachten. Zudem dürfen die Fähigkeiten der Kulturen, Gegebenes umzunutzen und sich einzuverleiben, oder es zu verfremden, nicht unterschätzt werden. In einigen Stellungnahmen wird die multikulturelle Gesellschaft als Chance und als Gelegenheit unvergleichlicher Bereicherung dargestellt.

Aufrufe zu einem **kulturellen Pakt** zwischen den Grossreligionen und den dominanten Kulturen sind wenig zahlreich, werden aber engagiert und entschlossen vorgetragen. Es gehe darum, den Menschen durch die Anerkennung gewisser Regeln und dank aktiver Achtung vor der anderen Person aufzuwerten. Die Befürworter einer Öffnung schätzen Ängste vor dem Fremden und Massnahmen zur Bewahrung der eigenen Kultur als eher kontraproduktiv ein. Dennoch existiert die Angst, die Vorstellung der religiösen Einheit öffne einer Diktatur oder einer *melting-pot*-Gesellschaft Tür und Tor, was zwangsläufig zum Untergang des unverzichtbaren kulturellen Substrats führe.

**Sprache** ist ein gesellschaftsbildender Faktor ersten Ranges. Doch dazu gibt es nur wenige Aussagen. Hingewiesen wird auf die Bedeutung der Sprache in der Kommunikation, vorab im religiösen Diskurs. Dabei werden vornehmlich zwei Aspekte hervorgehoben. Durch Wortgebrauch und Begriffsbedeutung trägt die Sprache zur Verwirrung bei. Zahlreiche Wörter sind hohl geworden, ihres ursprünglichen Sinnes verlustig gegangen, so dass sie kaum mehr verwendet werden können. Sprache kann Instrument der Manipulation, eine Form von Trennung sein. Ihr Gebrauch ist für den gewöhnlichen Sterblichen ab und zu nur schwer fassbar. Wie kann man gewissen Randständigen zu Sprache und Ausdruck verhelfen, wenn ihnen die nötige Ausdrucksfähigkeit fehlt? Das gilt auch für den Text der Diskussionsgrundlage zur Ökumenischen Konsultation, den einige Personen oder Gruppen als schwer verständlich beurteilt haben. Im Übrigen ist die Sprache ein Machtfaktor. Mehrere Stellungnahmen weisen auf die Dominanz männlicher Formen in der Sprache hin.

Die Veränderungen in der Wirtschaft üben Druck aus auf alle **sozialen Beziehungen** in ihrem Umfeld, handle es sich um das Familienleben, die Beziehungen zwischen den Generationen, zwischen Freunden, Nachbarn usw. Das gemeinschaftliche Leben ist destabilisiert, jede Person ist plötzlichen Veränderungen ausgesetzt. Wechsel in der Berufskarriere, Entlassungen, Ausschluss der weniger Leistungsfähigen bedrohen das soziale Netz; geopfert werden Kaderleute wie einfache Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter, und es bildet sich eine neue Gruppe von Auf-der-Strecke-Geblienen. Der Weg aus dieser Sackgasse kann nur gelingen, wenn die sozialen Institutionen befähigt werden, die von diesem Wandel bewirkten Herausforderungen heute (Unterstützung der Wiedereingliederung) und morgen (Vorbereitung auf die harte Realität, angemessene Ausbildung) anzunehmen. Die Kirche muss sich fragen, ob sie heute fähig ist, ihrer Rolle als Sinnstifterin gerecht zu werden, genauso wie die Gewerkschaften herausgefordert sind, wenn es darum geht, unter den veränderten Bedingungen die Lohnabhängigen zu verteidigen. Soziale Beziehungen zu reaktivieren bedeutet, Nachbarschaftsbeziehungen, Freundeskreise, Vereinsleben in allen Facetten zu beleben. Was zählt, ist die gemeinsam verbrachte Zeit. Dem Staat gegenüber gilt es, die Rolle von Vereinen und Freiwilligenarbeit und, genereller, das Verhältnis von öffentlich und privat in der Gesellschaft zu überdenken.

## 9 Sozialverhalten

Unter den strukturellen Bestandteilen des sozialen Netzes sind die verschiedenen **Verhaltensweisen** besonders wichtig. Knapp 300 Textauszüge befassen sich mit diesem Zusammenhang. Die individuellen Einstellungen bestimmen die Bindung des Individuums an seine Umwelt. Unsere Gesellschaft ist durch einen dominanten Materialismus gekennzeichnet. In einem solchen Rahmen entwickelt der Mensch ein bohrendes Gefühl der Unzufriedenheit. Der Gier, immer mehr zu besitzen, sind keinerlei Grenzen gesetzt. Die Wirtschaft ist ein Instrument zur Befriedigung aller Begierden; dann allerdings zählen allein Resultate, Rendite, Profit. Zum Erfolg verdammt, verliert das Individuum seine menschliche Dimension, das Mittel wird zum Zweck. Das gilt für die Arbeit, deren Gehalt schwankt zwischen unverzichtbarem Nutzen, Befriedigung bei der Ausübung oder Dienst an der Gemeinschaft. Viele stellen das subtile Gleichgewicht zwischen persönlichen Bedürfnissen und sozialen Anforderungen, zwischen

Liebe zu sich selbst und Nächstenliebe, zwischen Materialismus und Spiritualität heraus.

In den Stellungnahmen zur Konsultation sind einige positive Positionszüge zu finden. Positiv bewertet wird etwa die veränderte Rolle und Stellung der Frau in der Gesellschaft, selbst wenn hier noch viel getan werden muss. Gleiches gilt für die allgemeine Einstellung angesichts der Notwendigkeit, unsere Umwelt im Gleichgewicht zu halten, insbesondere über das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Handlungsbedarf wird an verschiedenen Orten festgemacht. Bei den Kirchen: Sie können mit einer Botschaft der Liebe auf die Menschen einwirken, für die ihren Sendungsauftrag betreffenden Fragen sensibilisieren und dabei den Begriff des Menschseins überhaupt einbringen und sich schliesslich im kollektiven Handeln als unverzichtbare Gesprächspartnerinnen etablieren. Beim Staat: Von ihm wird erwartet, dass er einen besseren Ausgleich zwischen vertikaler und horizontaler Solidarität schafft und sich aus den Fesseln der Wirtschaft löst. Bei der Wirtschaft: Sie muss den Menschen ins Zentrum der Entwicklung stellen und ein besseres Gleichgewicht zwischen der Entschädigung von Arbeit und Kapital anstreben.

Der Aufruf zur **Verhaltensänderung** kann in der Gesellschaft nur dann nachhaltige Wirkung zeigen, wenn damit ein Mentalitätswandel einhergeht. Für Institutionen wie etwa die Kirche ist die Anpassung von Form und Ausdruck ihrer Botschaft unerlässlich. Veränderungen im Konsumverhalten werden ebenso erwartet wie die Rückkehr zu den Grundwerten des Lebens in der Gesellschaft. Angesprochen ist damit vor allem die Fähigkeit des Individuums, **Autonomie** geltend zu machen, einen Raum für sich zu bewahren und über die eigene Entfaltung selbst zu entscheiden.

Zu den am häufigsten genannten Sozialverhalten gehört der **Individualismus**. Die Schweizer Gesellschaft wird als individualisierend wahrgenommen. Dem Begriff Individualismus wird nur selten eine positive Konnotation zugesprochen. Umschrieben wird er meist mit Ausdrücken wie Egoismus, Anonymität, Wettbewerb an Schule und Arbeitsplatz wie im Sport, unmittelbare Befriedigung von Bedürfnissen und Gefühlen usw. Gegenstücke dazu wären etwa Sozialpartnerschaft, kulturelle Zugehörigkeit, Gemeinschaft, Beteiligung, Solidarität. Der Akzent wird auf individuelle Werte und persönliche Verantwortung gelegt, beides wiederum mit Freiheit assoziiert, die vor kollektiver Verantwortung rangiert. Der in unserer Gesellschaft vorherrschende Materialismus führt geradewegs in den

Individualismus. Dann aber gilt: *Die Hölle, das sind die anderen!* Gegen diese meist als missbräuchlich, ja erschreckend qualifizierte Tendenz anzugehen bedeutet, die Familie, soziale Aktivitäten, Gemeinschaftsleben, und zwar insbesondere im religiösen Bereich, zu fördern und in den Medien und in der Schule aufzuwerten. Die Bewahrung der Gesellschaft in ihrer heutigen Form hängt zum Teil von der Ablehnung solch individualisierender Tendenzen ab, welche die Fundamente unserer kulturellen und territorialen Zugehörigkeit bedrohen.

Über das Verhältnis von **Individuum** und Gesellschaft wird ebenfalls nachgedacht. Zum Ausdruck kommt die Auffassung, das Individuum vereinsame immer mehr und ihm falle heute zunehmend die Bewahrung von Werten zu, während früher die Gruppe und die Familie diese Rolle übernommen hätten. Das Individuum wird aufgerufen, für sein Verhalten geradezustehen; es muss eine Wahl treffen, es wird von ihm aber auch erwartet, dass es seinem Leben Sinn gibt und seine Versprechen gegenüber den Anderen einlöst. Zur eigenen Entscheidungsfreiheit zu stehen, Nein zu sagen wagen, den eigenen Ort zu beanspruchen – das sind die Einstellungen, die für das im Mittelpunkt der Gesellschaft stehende Individuum kennzeichnend wären. Um solchen Ansprüchen zu genügen, muss das neue Individuum in den Beziehungen zu den Anderen zu einem Gleichgewicht, zu innerer Harmonie finden.

Mit unserem **Verhalten** senden wir sehr klare Signale an unsere Umwelt aus und fordern damit die Anderen auf, so oder anders zu handeln. Gleichgültigkeit, Passivität, Laisser-faire, Fehlen von Empörung und Kritik sind Verhaltensweisen, die dazu einladen, den von der Gesellschaft eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Die meisten Antworten zu diesem Themenkomplex rufen dazu auf, Ideen und Werte, eine Ethik zu verteidigen; sich auf die Politik einzulassen, indem man aktiv wird und Interesselosigkeit ablehnt, indem man die eigenen christlichen Werte und die Liebes- und Friedensbotschaft einbringt. Es geht darum, sich der Folgen des eigenen Handelns, des eigenen Verhaltens dem Mitmenschen gegenüber bewusst zu werden. Unser Verhalten vermag kollektives Handeln nachhaltig zu beeinflussen. Auch vor grössten Herausforderungen gilt es den Mut nicht zu verlieren und sich selbst zu behaupten wagen. Das Gewicht einer vielleicht kleinen, aber entschlossenen Gruppe, die ihr Verhalten ändert, kann beträchtliche Wirkung zeitigen.

An entsprechenden Handlungsfeldern besteht kein Mangel. Die Vorschläge zielen auf eine aktivere Beteiligung am sozialen Leben, auf die Meh-

rung von Zeichen der Solidarität gegenüber Arbeitslosen und Bedürftigen. Dabei geht es auch um konkrete Gesten, etwa bewusstes Einkaufen unter Beachtung der von den Produzenten eingegangenen Verpflichtungen (etwa unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellte Kleider). Die Beispielhaftigkeit unseres Verhaltens soll einen «Schneeballeffekt» auslösen. Auftrag der Kirchen wird es sein, soziale, wirtschaftliche und politische Normen festzulegen helfen, die als Leitplanken für unser Verhalten dienen können. Darin werden sie sich auf die Lehre Christi abstützen können.

Übersetzung: Elisabeth Mainberger-Ruh (Zürich)

Redaktionelle Bearbeitung: Christian Kissling

Dem Themenbereich Staat lassen sich rund 8500 Textauszüge zuordnen, die sehr unterschiedlich lang sein können. Die rund 120 Schlagwörter, die hier in Betracht fallen, sind im Folgenden **fett** ausgezeichnet, um der Leserin und dem Leser eine Kontrolle anhand der auf CD-ROM zugänglichen Eingaben zu ermöglichen. Sie wurden für den Auswertungsbericht zu fünf Abschnitten gruppiert: Zuerst werden die Aussagen über spezifisch christliche Zugänge zur Politik (1) und anschließend diejenigen zur ethischen Grundorientierung des Staates resümiert (2). Die Themenkomplexe soziale Sicherheit (3), Staat und Gesellschaft (4) und der Platz der Schweiz in der Welt (5) werden jeweils durch einen Abschnitt eingeleitet, in dem die Aussagen zu den spezifischen normativen Grundlagen Darstellung finden.

Hauptanliegen der folgenden Darstellung ist es, Schwerpunkte in den Eingaben zu bestimmen und sie an verschiedenen Stellen mit der «normalen» politischen Diskussion, wie sie in der Medienöffentlichkeit stattfindet, zu vergleichen, auf auffallende Lücken aufmerksam zu machen und schliesslich auch instruktive Beispiele aus den Stellungnahmen gesondert hervorzuheben. Dabei ist sich der Autor dieses Kapitels bewusst, in der gebotenen Kürze nicht mehr als einen notwendigerweise subjektiven Eindruck aus der Fülle der Stellungnahmen zur Ökumenischen Konsultation vermitteln zu können.

## 1 Christliche Perspektiven

Die beiden Schlagwörter **Nächstenliebe** und **Sozialethik** (zusammen 226 Textauszüge) umreissen das Möglichkeitsfeld der Beschäftigung der Kirchen mit politischen Fragen. Die Eingaben ziehen kaum je eine strikte Grenze zwischen Nächstenliebe und politischem Engagement. Der Unterschied zwischen beiden wird eher darin gesehen, dass erstens Nächstenliebe unspektakulär-alltäglich ist und damit im Unterschied zu politischen Vorstössen in der medialen Öffentlichkeit wenig Beachtung findet, und zweitens Nächstenliebe immer konkret und somit unbequem ist, anders als mitunter das Aufstellen abstrakter sozialethischer Postulate. Generell wird ein grösseres diakonisches Engagement der Kirchen postuliert – sowohl was das Handeln als Institution betrifft wie auch hinsichtlich der

Verpflichtung der einzelnen Christen zur Barmherzigkeit mit dem Nächsten. Letzteres ist umso notwendiger, als die Gefahr gesehen wird, dass institutionelle sozialstaatliche Solidarität die freie Nächstenliebe erstickt.

Bezüglich der Sozialethik als kirchlicher Disziplin ergibt sich kein einheitliches Bild. Kaum eine Eingabe äussert sich allgemein zu methodologischen Fragen, hingegen wird mehrmals bestritten, dass das Reich Gottes als sozialetisches Kriterium herangezogen werden könne (davon wird im Folgenden noch verschiedentlich die Rede sein). In diesem Sinne wird auch mehrfach darauf hingewiesen, dass die kirchliche Sozialethik nicht in eigener Kompetenz Patentrezepte zur Lösung sozialer Probleme bieten könne; viel wichtiger sei die Aufgabe der Kirchen, sozialetische Aspekte in die politische Diskussion einzubringen. Umweltethische Belange werden verhältnismässig wenig erwähnt (vgl. dazu unten Abschnitt 4.4), was auch an der weitgehenden Ausblendung dieser Thematik in der Diskussionsgrundlage liegen könnte, und an konkreten sozialetischen Problemen wird vor allem die Arbeitslosigkeit genannt. Eine Eingabe stellt explizit die Frage, die mehrfach durchschimmert: Gewichtet die Diskussionsgrundlage die Sozialethik gegenüber der Individualethik zu stark?

## 2 Normative Grundlagen des Staates

2842 Textauszüge äussern sich zu Fragen, die die ethische Grundorientierung des Staates betreffen. Bezüglich der in der Diskussionsgrundlage postulierten Notwendigkeit eines neuen **Gesellschaftsvertrags** lassen sich drei Tendenzen ausmachen: Die einen halten dafür, den alten Gesellschaftsvertrag (etwa in der aktualisierten Trikolore-Formel Freiheit-Gleichheit-Solidarität) zu revitalisieren, weil er nach wie vor verbindlich sei, andere sind der Meinung, der alte Gesellschaftsvertrag sei angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung obsolet geworden, und wieder andere sind der Meinung, so etwas wie einen Gesellschaftsvertrag habe es ohnehin nie gegeben. Am bisherigen Gesellschaftsvertrag und speziell an seiner Darstellung in der Diskussionsgrundlage wird kritisiert, dass er frauenspezifische (Honorierung von Familien- und Hausarbeit bzw. der gesellschaftlichen Leistungen der Familien insgesamt) und ökologische Aspekte ausblende und sich auf die Schweiz beschränke. Anstelle eines inhaltlichen Vertrages, von dem unklar bleibt, wer ihn mit wem abschliesst und wie Vertragsverletzungen sanktioniert werden können, wird vorgeschlagen, angemessene formale Rahmenbedingungen des Miteinanders

zu etablieren. Eine Verbindung zwischen «Reich-Gottes-Verträglichkeit» und Gesellschaftsvertrag wird, soweit ersichtlich, nirgends gezogen. Angemahnt wird hingegen die Solidarität (s. u.) als zentraler Bestandteil eines künftigen Gesellschaftsvertrags. Einzelne Eingaben fragen darüber hinaus, welche Rolle die Religionen und die Erziehung für einen neuen Gesellschaftsvertrag haben und ob ein solcher jemals die individuelle Umkehr ersetzen könne.

Die **Grundwerte**, die die Diskussionsgrundlage auflistet (Gerechtigkeit, Freiheit und Verantwortung, Mitbestimmung, Nachhaltigkeit, Solidarität), finden insgesamt Zustimmung und werden in ihrer Bedeutung auch anerkannt. Daneben sind aber in den Eingaben noch zahlreiche weitere Vorschläge zu finden; besondere Beachtung verdienen wohl die – wiewohl nur vereinzelt – Nennungen der Gewaltlosigkeit und der theologischen Tugenden Glaube, Hoffnung und Liebe. Insgesamt werden die Grundwerte als wesentlich wichtiger eingeschätzt als ein wie auch immer gearteter Gesellschaftsvertrag. Es ist bemerkenswert, dass bürgerliche Sekundärtugenden wie Sauberkeit, Gehorsam und Pünktlichkeit nur wenig genannt werden. Daneben fällt auf, dass die Grundwerte durchgehend auf das Individuum bezogen sind (das könnte mit den Vorbehalten gegenüber dem Konzept «Gesellschaftsvertrag» zusammenhängen); ein Konzept «Grundwerte der Gesellschaft» taucht eigentlich nur dort auf, wo vorgeschlagen wird, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen als verbindliche Selbstverpflichtung der Gesellschaft zu übernehmen. Ebenso fast selbstverständlich werden die Grundwerte auf die SchweizerInnen bezogen; die globale Perspektive und die Frage gemeinsamer Grundwerte von Menschen verschiedener kultureller Herkunft, die in der Schweiz leben, werden kaum thematisiert. Die Multikulturalität ist hier also kein Thema – vielleicht deshalb, weil sich nur wenige AusländerInnen an der Konsultation beteiligt haben. Unbestritten bleibt, dass die Menschenwürde die Basis aller Grundwerte abgibt.

Bei der Durchsicht der Stellungnahmen fällt auf, dass das **Gemeinwohl** häufig zusammen mit Kirchen und Diakonie genannt wird; offensichtlich sehen die EingaberInnen kaum andere Instanzen, auch nicht den Staat, die für die Wahrung des Gemeinwohls zuständig wären (nur ausnahmsweise wird in den Eingaben mit Argumenten aus der klassischen katholischen Soziallehre ausdrücklich eine gemeinwohlorientierte Politik des Staates gefordert). Offensichtlich werden also die Kirchen als die letzten Anwältinnen des Gemeinwohls wahrgenommen, und das bedeutet dann

wohl auch, dass von ihrer Seite Protest erwartet wird, wenn sie Verstösse gegen das Gemeinwohl wahrnehmen. Besondere Berücksichtigung verdienen die Äusserungen, die ein weltweites und auch die künftigen Generationen einbeziehendes Verständnis des Gemeinwohls anmahnen.

Die Notwendigkeit und auch Brauchbarkeit des Konzepts der **Solidarität** wird nicht bestritten. Die Stellungnahmen diskutieren allerdings weniger den abstrakten Begriff der Solidarität, sondern interessieren sich vor allem für seine Konkretisierung: Solidarität kann es nur als reale Tat – und nicht in Form einer institutionell vermittelten Solidarität wie etwa bei den Sozialversicherungen – geben, und sie ist heute, in einer weitgehend individualisierten Gesellschaft, an individuelles Umdenken gebunden. Wichtig sind auch hier wieder die Postulate einer globalisierten Solidarität und der Solidarität mit unseren Nachkommen.

Dass eine «Bekehrung der Herzen» notwendig ist, wird auch beim Schlagwort **soziale Gerechtigkeit** erwähnt. Es werden kaum Einwände dagegen laut, dass für die Kirchen Gerechtigkeit in erster Linie die Parteinahme für Benachteiligte und Schwache bedeutet. Allerdings zeigt eine genauere Betrachtung der Eingaben eine interessante Parallele zur Behandlung des Begriffs Solidarität: Es geht weniger um abstrakte Diskussionen über die Definition von Gerechtigkeit, als vielmehr darum, wie der barmherzige Samaritaner (Lk 10,29–37) in der konkreten Situation zu erkennen und zu tun, was sie verlangt. Gerechtigkeit wird weniger als Kriterium, sondern vor allem als Handlungsorientierung verstanden. Auf theoretischer Ebene bleibt kontrovers, was soziale Gerechtigkeit kriteriell bedeutet; die Gleichsetzung von Gerechtigkeit und Gleichheit jedenfalls wird häufig bestritten, ebenso wie verbreitet Unbehagen beim Konzept einer Bedürfnisgerechtigkeit geäussert wird (in diesem Zusammenhang erfolgt auch häufig Kritik an der Auslegung des Gleichnisses von den Arbeitern der letzten Stunde aus Mt 20,1–15 in der Diskussionsgrundlage). Hingegen wird nicht in Abrede gestellt, dass die Grundvoraussetzung jeder sozialen Gerechtigkeit die Gewährleistung eines Existenzminimums sein muss; in diesem Sinne wird auch gesagt, man solle weniger über Gerechtigkeit und mehr über Menschenwürde sprechen: Die Gewährleistung des Existenzminimums ist gleichsam der gesellschaftliche Tatbeweis für die Beachtung der Menschenwürde – ein Tatbeweis, der aber nicht nur von «der Gesellschaft» als kollektivem Abstraktum, sondern auch von jedem und jeder Einzelnen zu erbringen ist. Wiederum wird die Gerechtigkeit weltweit und gegenüber der Schöpfung angemahnt. Weiter fällt auf, dass das in der

aktuellen sozialpolitischen Diskussion häufig genannte Gegensatzpaar «Gerechtigkeit oder Freiheit» in den Eingaben zur Konsultation kaum auftaucht. Und teilweise explizit, teilweise implizit wird darauf hingewiesen, dass Gerechtigkeit nicht nur Nehmen und Bekommen, sondern auch Geben und Leisten bedeutet.

Der Bereich der **Menschenrechte** (zusammen mit den Schlagwörtern **Mensch, Menschenwürde, Person** und **Grundrechte**) wird in knapp 800 Textauszügen angesprochen. Man hätte, angesichts der fundamentalen Bedeutung dieses Themenkomplexes, eine grössere Zahl erwarten können, doch dürfte der Mangel an expliziten Nennungen eher an der Selbstverständlichkeit dieses Themas liegen: Die Grundlage der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, der Vorrang der Menschenrechte vor dem positiven (Staats-) Recht, die Erweiterung der bürgerlichen Grundrechte um Sozialrechte etc. würden wohl nur von einer verschwindenden Minderheit der Teilnehmenden an der Konsultation bestritten, wenn sie sich tatsächlich dazu äussern würden.

### 3 Soziale Sicherheit

#### 3.1 Übergreifendes und Normatives

Eine Durchsicht der Äusserungen zu den Stichwörtern **soziale Sicherheit, Sozialpolitik, Sozialstaat** und **Sozialvertrag** (322 Textauszüge) ergibt einen breiten Konsens in der Überzeugung, dass sich das gegenwärtige Modell der sozialen Sicherheit (Leistungen der Sozialversicherungen bzw. der Sozialhilfe für all die Personen, die über kein genügendes eigenständiges Einkommen verfügen) in der heutigen Form nicht in alle Zukunft hinein aufrechterhalten lässt. Uneinigkeit besteht aber in der Begründung dieser Unmöglichkeit: Von den einen wird beispielsweise prognostiziert, dass in Zukunft immer weniger Menschen einer «produktiven» (Erwerbs-) Tätigkeit nachgehen werden, andere weisen darauf hin, dass bereits heute ein Erwerbseinkommen oft nicht zur materiellen Sicherheit ausreicht, und dritte betonen, dass ein Übermass an staatlicher Unterstützung die Individuen in die Abhängigkeit treibt. Generelle Strategien, wie die soziale Sicherheit erhalten werden kann, sind dementsprechend heterogen und nur vereinzelt zu finden; sie sind in Abschnitt 3.4 dargestellt.

Interessanterweise werden aber die bekannten Finanzengpässe der Sozialversicherungen und etwa die demographische Entwicklung der Gesell-

schaft, anders als in der «offiziellen» sozialpolitischen Diskussion, in den Eingaben zur Ökumenischen Konsultation vergleichsweise wenig als Probleme genannt. Dementsprechend ertönt auch kein Ruf nach einem Sozialabbau aus finanziellen Gründen. Hingegen wird vereinzelt darauf hingewiesen, dass wir unsere Sicherheit nicht mit Schulden, die unsere Nachkommen abzutragen haben werden, finanzieren dürfen. In diesem Zusammenhang ist auch eine verbreitete Kritik an einer «alt-sozialdemokratischen» Sicht der aktuellen Lage der sozialen Sicherheit in der Schweiz, wie sie die Diskussionsgrundlage bietet, zu vermerken.

Wenn die Diagnose der Probleme der Sozialpolitik der Schweiz in den Eingaben beträchtlich über die übliche sozialpolitische Diskussion hinausgeht, gilt das erst recht von den Wortmeldungen, die darauf hinweisen, dass das eigentliche sozialpolitische Problem unseres Landes der Platz der Schweiz in der Welt darstelle, die Schweiz in Richtung einer globalisierten Sozialpolitik handeln müsse und wir generell unseren Wohlstand nicht auf Kosten anderer Länder verteidigen könnten (vgl. dazu Abschnitt 5.3.1). Gegenüber den Kirchen besteht die Erwartung, konstruktive, über die aktuelle Diskussion hinausführende Vorschläge zu machen – leider ohne dass gesagt würde, wie diese auszusehen hätten. Schliesslich ist zu erwähnen, dass immer wieder nach der Rolle der Familie für die soziale Sicherheit gefragt und das Fehlen einer Familienpolitik in der Schweiz beklagt wird.

### 3.2 Das System der sozialen Sicherheit und seine Entwicklung

Die 445 hier zu betrachtenden Textauszüge reflektieren aus unterschiedlicher Perspektive, dass das **soziale Sicherungssystem** der Schweiz einer Belastungsprobe unterworfen ist. Zum einen ist klar, dass jeder ökonomische und gesellschaftliche Wandel Härtefälle hervorruft. Auf der anderen Seite wird aber zumindest implizit auch bestritten, dass es sich hier bloss um eine vorübergehende Krise handelt; so ist etwa zu lesen, das heutige Sozialsystem eigne sich wohl für die Probleme der fünfziger Jahre (Alter und Invalidität), nicht aber für die heutigen Herausforderungen (Langzeitarbeitslosigkeit, Ein-Eltern-Familien, inadäquate Ausbildungen etc.). In mehreren Eingaben wird festgestellt, dass das Sozialsystem in einer unheilvollen und mehrfachen Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt steht – und zwar auf der Einnahmen- wie der Ausgabenseite – und generell die Folgekosten der Wirtschaftsentwicklung der Gesellschaft überantwortet werden. Von Letzterem her sind wohl auch die zahlreichen Äusserun-

gen zu verstehen, dass das soziale Klima der Schweiz unwirtlicher geworden und die Diskrepanz zwischen Wohlhabenden und Menschen in prekären materiellen Verhältnissen gewachsen ist (vgl. Abschnitt 3.3). Das eigentliche Problem des sozialen Sicherungssystems liegt also im Arbeitsmarkt (Arbeitslosigkeit, zu tiefe Löhne etc.). Generell wird die Legitimität von Lohnabgaben zur Finanzierung des Sozialsystems nicht bestritten, wenn auch in einzelnen Eingaben zusätzliche Finanzierungsquellen (Mehrwert-, Energie- oder Maschinensteuer) vorgeschlagen werden, um das Sozialsystem wenigstens auf der Einnahmenseite vom Arbeitsmarkt unabhängiger zu machen.

An wichtigen Einzelbemerkungen zum sozialen Sicherungssystem kann hier auf den Vorschlag hingewiesen werden, sich durch einen Sozialdienst den Anspruch auf eine (nicht existenzsichernde) Grundrente erwerben zu können; weiter wird bemängelt, dass wir ja gar kein schweizerisches Sozialsystem, sondern viele verschiedene kantonale Systeme hätten; und schliesslich wird an einigen Stellen implizit davon ausgegangen, dass auch ein robustes Sozialsystem durchaus kompatibel ist mit der Forderung nach mehr Eigenverantwortung – einmal mehr eine Absage an Gegensätze, wie sie in der offiziellen sozialpolitischen Diskussion immer wieder begegnen.

Bezüglich **AHV/IV** werden die Verringerung der Nichtbezugsquote bei den Ergänzungsleistungen sowie häufig ein flexibles Rentenalter gefordert. Einzelne Stellungnahmen äussern gewisse Befürchtungen bezüglich der Zukunft der AHV. Daneben wird, auch nach der 10. AHV-Revision, noch immer eine Benachteiligung der Frauen beklagt.

Im Bereich der **Arbeitslosenversicherung** und **Arbeitslosenhilfe** steht die Forderung nach einer vertieften Überprüfung neuer oder in der Praxis schon erprobter Modelle im Vordergrund. Genannt werden etwa die Gegenleistung für Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung oder das waadtländische Beispiel des *Revenu minimal de réinsertion* (RMR: Mindesteinkommen zur Wiedereingliederung). Unfreiwillig erwerbslose Personen sollen nicht dafür bezahlt werden, dass sie «nichts» tun. Es findet sich in den Eingaben der Hinweis, dass die Arbeitslosenversicherung auch zur Folge hat, dass Unternehmen im Unterschied zu früheren Krisen durchaus verantwortungslos Mitarbeiter entlassen. Anderswo werden die Kirchen angeregt, in einer eigentlichen «Ethik der Arbeitslosigkeit» jedem Missbrauch der Arbeitslosenversicherung entgegenzutreten. Die Höhe des **Arbeitslosengeldes** wird derweil kaum thematisiert.

Es wird nicht bestritten, dass es unter den heutigen Bedingungen das Phänomen der **Langzeitarbeitslosigkeit** gibt: Menschen, die auf dem normalen Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben. Langzeitarbeitslose und Ausgesteuerte stellen eine Problemgruppe dar, für die unser Sozialsystem noch immer keine Lösungen bereit hat. Ihre **Wiedereingliederung** ist eine gesellschaftliche Pflichtleistung, kein sozialer Luxus. Dazu braucht es eine gesamtschweizerische Strategie. Alle konkret gemachten Vorschläge laufen wiederum darauf hinaus, sich nicht auf eine materielle Unterstützung (garantiertes existenzsicherndes Einkommen, vgl. Abschnitt 3.4) zu beschränken, sondern eine Gegenleistung in Form gesellschaftlich nützlicher Tätigkeit oder aktiver Bemühungen zur Wiedereingliederung vorzusehen. – Besondere Beachtung verdient eine Eingabe, die nach einer wirklichen gesellschaftlichen Elite fragt, welche sich um die soziale Integration der Menschen am Rand der Gesellschaft kümmert.

Bezüglich der **Fürsorge** stellt vor allem ein Eingabe die Frage, ob es Aufgabe der Kirche ist, den Rückzug des Staates aus der Sozialhilfe zu kompensieren, beantwortet sie aber nicht ausdrücklich. In diesem Zusammenhang ist die anderswo vertretene These interessant, dass die Option für die Armen nicht nur materielle Hilfe bedeutet, sondern auch eine gesellschaftliche Verhaltensänderung erfordert. Armut – so ist auch zu lesen – bedeutet ja nicht nur materielle, sondern auch soziale Bedürftigkeit, d. h. gesellschaftliche Marginalisierung. In diesem Sinne wird auch mehrfach die Aufgabe der ebenso sozialen wie wirtschaftlichen (Re-) Integration unterstrichen.

In der Frage der **Kinderzulagen** geht eine als Stellungnahme eingereichte Diplomarbeit von der Tatsache aus, dass Haushalte mit Kindern überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind. Dies ist Ausdruck der strukturellen Benachteiligung der Familien in unserer Gesellschaft. Von Armut betroffene Kinder haben geringere Chancen als ihre Altersgenossen aus begüterten Haushalten. Verschiedene Eingaben fordern daneben einheitliche Kinderzulagen in allen Kantonen.

Insgesamt äussert sich die grösste Besorgnis sicher angesichts der ständig steigenden Prämien in der **Krankenversicherung**. Verbreitet wird eine sozialere Ausgestaltung in Form einkommens- und vermögensabhängiger Prämien gefordert. Einzelne Stellungnahmen verstehen Sucht als Krankheit, deren Heilung folglich auch durch die Krankenversicherung abzudecken ist.

Über die Ursachen der Kostensteigerung im Gesundheitswesen werden hingegen keine expliziten Überlegungen angestellt. Es besteht aber ein breiter Konsens, dass das derzeitige Arbeitsleben spürbare Belastungen der **Gesundheit** mit sich bringt, und zwar nicht nur für die ArbeitnehmerInnen selbst, sondern auch für deren Angehörige. Gesundheit hat nach wie vor einen hohen Stellenwert in der gesellschaftlichen Werteskala, gleichzeitig wird aber verschiedentlich auch die Selbstverantwortung für die Gesundheit unterstrichen. Vereinzelt Erwähnung findet auch die indirekte Gesundheitsbelastung von Seiten der Wirtschaft durch die Umweltverschmutzung, und andere Eingaben äussern die Befürchtung, dass in Zeiten der Finanzknappheit der öffentlichen Hand Präventionsprogramme gekürzt werden. Die Einschätzung der Entwicklung des **Gesundheitswesens** ist geteilt: Es wird ebenso die Ansicht vertreten, das Gesundheitswesen entwickle sich trotz hoher Kosten in eine positive Richtung, wie auch Angst vor der zunehmenden Unpersönlichkeit medizinischer Leistungen geäussert wird. Begründungen oder zusätzliche Reflexionen zu diesem Thema sind aber kaum zu sehen.

Die eingegebenen Erfahrungsberichte von pensionierten Personen zeigen, dass die verfügbare **Rente** für einen bescheidenen Lebensstil ausreicht. Bezüglich der **Pensionskasse** wird häufig darauf hingewiesen, dass die Anlagestrategien für das angehäuften Kapital oft sozial unverträglich sind. Insbesondere bei der Verwaltung kirchlicher Gelder sind also andere Anlagemöglichkeiten zu wählen. Und darüber hinaus wird mehrfach darauf hingewiesen, dass wenig Verdienende heute in der 2. Säule noch immer benachteiligt sind.

Nur wenige Eingaben beschäftigen sich mit den Themen **Wohnung** und **Wohnungspolitik**. Der Zugang zu Wohneigentum (zumindest für mittlere Schichten) soll gewahrt bleiben. Wichtig ist die Betonung, dass auch die Wohnungspolitik ein Teil der Sozialpolitik, insbesondere der Familienpolitik, darstelle. Einige wenige Eingaben plädieren für Wohngemeinschaften von Teilzeiterwerbstätigen, die sich z. B. bei Betreuungsarbeiten gegenseitig unterstützen können, bzw. für die Realisierung von Modellen des «durchmischten Wohnens».

### 3.3 Die Ängste

Ähnlich wie in Abschnitt 3.1 bereits festgestellt, gehen auch die 40 Textauszüge, die dem Stichwort **Sozialabbau** zugeordnet werden können,



beträchtlich über die übliche sozialpolitische Diskussion hinaus. Unter Sozialabbau wird nämlich interessanterweise nicht ein Abbau der Leistungen der Sozialversicherungen oder dergleichen verstanden, sondern eine Verschlechterung des allgemeinen gesellschaftlichen Klimas, sicht- und spürbar in erster Linie natürlich am Arbeitsplatz (Stress, schlechte Arbeitsbedingungen etc.), aber auch beim sich vertiefenden Graben zwischen Arm und Reich. Ein ausdrücklicher Widerspruch zur These, dass das allgemeine gesellschaftliche Klima rauer geworden ist, findet sich nirgends. Auffallenderweise werden aber ebenso wenig die Pfarreien oder Kirchgemeinden als Orte sozialer Gemeinschaft von Wohlhabenden und materiell weniger gut Gestellten, als Orte der Begegnung, die frei geblieben sind von einem Sozialabbau in diesem umfassenden Sinne, genannt. – Die besonders in einer Eingabe breit ausgeführte These fällt auf, wonach um sich greifende Armut die Demokratie ruiniere. Ähnlich wird andernorts betont, dass der Staat allein um der Bewahrung der Demokratie willen die (auch sozialen) Grundrechte zuverlässig garantieren muss.

### 3.4 Vorschläge

Nicht ganz überraschend, beziehen sich die meisten Vorschläge für eine Neuorganisation des Sozialwesens auf die Einführung eines garantierten **Mindesteinkommens** (97 Textauszüge). Die zahlreichen Modellvorschläge zur Ausgestaltung und Finanzierung decken in etwa das ganze Spektrum ab, das auch aus der Literatur bekannt ist, so dass hier auf ihre Darstellung verzichtet werden kann. Allerdings werden gegenüber diesen Modellen einer Abkoppelung der Existenzsicherung bzw. der sozialen Sicherheit von der Erwerbsarbeit auch Vorbehalte angemeldet. So findet sich etwa das Postulat, dass es allen Menschen möglich gemacht werden muss, ihre Grundbedürfnisse durch Erwerbsarbeit zu decken – eine Position, die also an der bestimmenden gesellschaftlichen Rolle der Erwerbsarbeit festhalten will. Und schliesslich bevorzugt eine dritte – allerdings nur selten vertretene – Richtung gezielte staatliche Unterstützung bei nicht existenzsichernden Löhnen, allenfalls subsidiär ergänzt durch Beiträge kirchlicher und privater gemeinnütziger Organisationen (die Frage der Missbrauchsgefahr wird hier allerdings nicht thematisiert). Bei alledem verdient wohl die Mahnung Beachtung, dass eine garantierte materielle Existenzsicherung allein das Problem der sozialen Integration noch nicht löst. – Als weitere Vorschläge sind die allgemeine Verpflichtung zur Leistung von (gesellschaftlich notwendiger) Nichterwerbsarbeit und die Etablierung von Mindestnormen für Arbeit auf Abruf zu vermelden.

## 4 Staat und Gesellschaft

### 4.1 Übergreifendes und Normatives

Grundsätzliche und normative Aussagen zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft nehmen mit 2530 Textauszügen einen ausserordentlich breiten Raum ein. Da die hier vorgetragenen Aussagen auch inhaltlich ein weites Feld abdecken, drängt sich eine Unterteilung der Darstellung auf.

#### 4.1.1 Der Wandel der Gesellschaft

Rund 800 Textauszüge lassen sich den Schlagwörtern **Gesellschaft**, **Gesellschaftliche Entwicklung**, **Gesellschaftspolitik**, **Sozialer Wandel** und **Partizipation** zuordnen. Es ist kaum möglich, aus der Menge von Aussagen eindeutige Schwerpunkte herauszufiltern, und die folgende Aufzählung erfolgt auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Zahlreiche Stellungnahmen äussern sich zur gemeinsamen und gegenläufigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft; dabei konstatieren viele Eingaben, dass sich die Gesellschaft weitgehend unter dem Diktat der Wirtschaft entwickelt. Das zeigt sich nicht zuletzt auch daran, dass der soziale Alltag durch Konkurrenz gekennzeichnet ist; Arbeit als bewertbare Leistung wird zur bestimmenden Grösse des individuellen und sozialen Lebens und damit das Leben in der Leistungsgesellschaft zum Stress. Exemplarisch sei in diesem Zusammenhang auf eine Eingabe hingewiesen, die behauptet, nicht absolut konkurrenzfähige ArbeitnehmerInnen würden vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen, aber nicht in Grossbetrieben beschäftigt. Folge dieser Entwicklung ist, dass die öffentliche Hand immer weniger Ressourcen hat, um die gewachsenen Aufgaben zu erfüllen, oder allgemeiner, dass die gesellschaftliche bzw. politische Macht gegenüber der wirtschaftlichen geschwächt wird. Als ein Beispiel könnte hier die (vor allem von französischsprachigen Eingaben kritisierte) Privatisierung staatlicher Regiebetriebe (SBB, ehemalige PTT) angeführt werden.

Dieser negativen Sichtweise wird allerdings in zweierlei Hinsicht auch widersprochen: Zum einen wird darauf hingewiesen, dass nur eine leistungs- und somit konkurrenzfähige Wirtschaft die Voraussetzungen für eine faire Gesellschaft, welche Rechts- und Chancengleichheit gewährleistet, bereitstellen kann. Und zweitens wird gesagt, dass nicht der – von der Wirtschaft angestossene und vorangetriebene – soziale Wandel als solcher, sondern lediglich seine Geschwindigkeit problematisch ist; man

muss demzufolge zwischen der Kurzfrist- und einer Langfristperspektive unterscheiden und Übergangs- und Anpassungsprobleme auch als solche benennen und behandeln.

Die Besorgnis über die soziale Entwicklung angesichts eines globalisierten Wirtschaftswettbewerbs ist aber quantitativ stärker. Eine Stellungnahme etwa stellt explizit die Frage nach dem Ende der Arbeitsgesellschaft, eine andere fragt, warum nicht statt eines Verdrängungswettbewerbs ein gesellschaftlicher Qualitätswettbewerb in Gang gesetzt werden kann. Verschiedene Eingaben erhoffen sich eine Veränderung der zeitlichen Arbeitsstrukturen. Vereinzelt wird die gängige Auffassung bestritten, dass die rasante technologische Entwicklung den Graben zwischen Arm und Reich verkleinert habe, und verschiedentlich erfolgt der Hinweis, dass die Sozialpartnerschaft unter Druck geraten ist (vgl. im Kapitel *Wirtschaft* Abschnitt 2.4).

Wie sähe nun nach Meinung der eingegangenen Stellungnahmen eine sozial- und menschenverträglichere gesellschaftliche Entwicklung aus? Zielvisionen werden zahlreiche genannt, etwa die Gesellschaft als Solidargemeinschaft, in der es keinen Platz für selbstsüchtiges Verhalten gibt, eine Kultur des Genug-haben-Könnens statt des Immer-mehr-haben-Wollens, ein neues Aufeinander-hören-Lernen, die Entwicklung einer Kultur gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung, aber auch die Stärkung der persönlichen Verantwortung, die erst die Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft möglich macht. – Nur nebenbei sei darauf hingewiesen, dass eine solche Gesellschaft kaum als «Reich-Gottes-verträglich» bezeichnet wird; dieses Kriterium aus der Diskussionsgrundlage der Konsultation spielt in den Eingaben nur eine marginale Rolle bzw. wird gar explizit abgelehnt (das Reich Gottes ergebe sich nicht aus der sozialen Entwicklung), es kann aber als Motivation für soziales Handeln bzw. politisches Engagement dienen.

Visionen einer besseren Gesellschaft gibt es viele, aber ebenso gross ist die Ratlosigkeit der Eingebenden vor der Frage, wie sich eine solche Gesellschaft realisieren liesse. In einem ersten Zugang konstatieren viele, dass eine im umfassenden Sinne «gerechte» Gesellschaft auf individuelle Einstellungsveränderungen angewiesen ist; wir müssen unser eigenes faktisches Wertgefüge hinterfragen, um die eigenläufige gesellschaftliche Entwicklung verändern zu können. Eher wissenschaftliche Zugänge situieren diese Problematik im Kontext der gesellschaftlichen Individualisierung. Die schwindende Bereitschaft zur Übernahme von Verpflichtungen, die

Auflösung privater Beziehungs- und Unterstützungsnetze (die dann durch das staatliche Sozialsystem ersetzt werden müssen) zeitigen nicht nur heute bereits hohe Kosten, sondern erfordern auch qualitativ ganz neue Integrationsanstrengungen in der Zukunft. Auf diesen weitgehenden (wenn auch nicht immer reflektierten) Konsens unter den Eingebenden ist besonders hinzuweisen, weil, soweit sichtbar, nirgends irgendwelche «sozialtechnischen» Rezepte zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts vorgeschlagen werden.

Die gesellschaftliche Entwicklung basiert auf den individuellen Einstellungen und Wertmustern: Diese allgemein akzeptierte These erklärt wohl – abgesehen vom Umstand, dass es sich bei der Konsultation um eine kirchliche Veranstaltung handelt – auch, warum immer wieder die Kirchen genannt werden, wenn von gesellschaftlicher Entwicklung die Rede ist. Von den Kirchen wird nicht nur die prophetische Verkündigung erwartet, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung an der Menschenwürde und damit an den Bedürfnissen der Schwächsten auszurichten hat oder dass die Wirtschaft für den Menschen da ist und nicht umgekehrt – vielmehr wird auch an sie ganz selbstverständlich die Erwartung gestellt, bei der Bildung des so notwendigen neuen kollektiven Wertesystems massgeblich mitzuwirken. Dass die christlichen Werte in unserer Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit mehr darstellen, wird nicht als Widerspruch zu dieser Forderung verstanden, ebenso wenig wie die Einsicht, dass die Kirchen ihre gesellschaftliche Glaubwürdigkeit nur über das Verhalten ihrer Mitglieder zurückgewinnen können. Mit anderen Worten: Den Kirchen wird eine wichtige Rolle beim kulturellen Aufbau einer besseren Gesellschaft zugewiesen, ohne dass darüber nachgedacht würde, welche Möglichkeiten sie in der heutigen Gesellschaft noch haben. Und wie können die Kirchen den in sie gesetzten Erwartungen gerecht werden? Vereinzelt werden etwa das glaubwürdige Verhalten der Gläubigen genannt, das tätige Engagement der Kirchen für die Benachteiligten statt wortreiches Bemitleiden, prophetisches Reden aus der politischen Machtlosigkeit heraus statt blosses Mittun im etablierten politischen Prozess.

Weiter oben wurde bereits die Notwendigkeit einer besseren Dialogkultur erwähnt; in diesem Zusammenhang werden auch gegen die Diskussionsgrundlage der Konsultation pointierte Vorwürfe erhoben. Besondere Beachtung verdient wohl die Mahnung, die jeweils andere Seite nicht in einen Katalog der Feindbilder einzuordnen. Unerörtert bleibt aber die Frage, wie prophetisches Reden in einer Gesellschaft, die immer von Konflikten gekennzeichnet sein wird, eben nicht als Aufreissen von Gräben,

sondern als Anstoss zu ihrer Überschreitung empfunden werden kann. Allerdings, so einige Stellungnahmen, dürfe die politische Kontroverse auch nicht einfach als schlecht angesehen werden: Politische Auseinandersetzung ist notwendig, weil nicht von vornherein Konsens über das richtige Recht besteht.

Auf ein weiteres Thema, das häufig angesprochen wird, soll hier wiederum beispielhaft hingewiesen werden, nämlich die Rolle der Familie in der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung. Dabei ist weniger überraschend, dass das Entstehen für eine familienfreundliche Gesellschaft als Aufgabe der Kirche angesehen wird – überraschend ist vielmehr, dass das Thema überhaupt aufgebracht wird, wurde es doch in der Diskussionsgrundlage zur Konsultation überhaupt nicht erwähnt und steht es darüber hinaus zum erwähnten sozialen Individualisierungsprozess in einer erheblichen Spannung. Konkret wird etwa eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit und mehr familienexterne Kinderbetreuungsmöglichkeiten gefordert. Der Stellenwert des Themas Familie zeigt aber erneut, dass kaum eine Eingabe davon ausgeht, dass die Zukunft der Gesellschaft mit einfachen Rezepten und Massnahmen gesichert werden kann.

#### 4.1.2 Die Entwicklung der Demokratie

Die Durchsicht der gut 150 Textauszüge, die sich zu Fragen der **Demokratie**, des **Demokratievertrags** und der **Demokratieverträglichkeit** äussern, zeigt, dass die hier erörterten Fragen durchaus nicht zuoberst auf der Traktandenliste stehen. Man ist sich bewusst, dass insbesondere die direkte Demokratie eine ausserordentlich voraussetzungsreiche Regierungsform darstellt. Gerade weil es nicht einfach ist, politischer Bürger (*citoyen* im Unterschied zum *bourgeois*) zu sein, braucht es intermediäre gesellschaftliche Organisationen, die freilich im Zug der Individualisierung unter immer grösseren Druck geraten. Häufig wird die Stimmabstinenz als Problem genannt und in diesem Zusammenhang von den Kirchen erwartet, den Gläubigen ihre politische Verantwortung bewusst zu machen. Die Erziehung zum *citoyen*, so die in einer Eingabe aufgestellte These, ist gleichbedeutend mit dem Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt. Diese und ähnliche Aussagen sind vor dem Hintergrund eines normativen Verständnisses von Demokratie zu sehen: Demokratie darf nicht die Diktatur der Mehrheit sein, und sie bedeutet den Primat der Politik vor wirtschaftlichen und ideologischen Partikularinteressen. Demokratie setzt voraus, dass sich eine Mehrheit der Bürger ernsthaft mit den politi-

schen Problemen befasst, sie braucht gleichzeitig aber auch eine Selbstbeschränkung: Die Forderung nach Mitbestimmung kann gemeinwohlwidrig (motiviert) sein, und ursprünglich positive Institute der direkten Demokratie können sich im Laufe der Zeit ins Gegenteil verkehren.

Als Problempunkte der Demokratie heute werden die fehlende demokratische Kontrolle internationaler Organisationen (vgl. Abschnitt 5.3.2) und das Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft genannt. Das Anliegen, nach der politischen nun auch eine wirtschaftliche Demokratie einzuführen, kommt mehrfach zur Sprache – allerdings ohne Erläuterung, was das konkret heissen könnte.

Je nachdem, was unter politischem Handeln genau verstanden wird, fällt auch die Einschätzung eines (verstärkten) politischen Engagements der Kirchen unterschiedlich aus (vgl. zum Folgenden auch im Kapitel *Kirche* Abschnitt 2). Eine starke Tendenz kommt dort zum Ausdruck, wo gesagt wird, Aufgabe der Kirchen sei es, herrschende Mythen und Idole zu entlarven und sich für Anliegen einzusetzen, die die säkularen politischen Akteure nicht sehen können oder nicht sehen wollen. Eine prinzipielle politische Abstinenz der Kirchen wird, wie gesagt, nur vereinzelt gefordert, und zwar offensichtlich vor allem dort, wo Politik als blosser Parteipolitik verstanden wird. Die Mehrheitsmeinung ist eine andere: Die Kirchen sollen notwendige Veränderungen anmahnen, ohne Parteipolitik zu betreiben, sie sollen jedoch parteiisch sein für die Benachteiligten, auch wenn das nicht allen politischen Kreisen gefällt. Allerdings, so ein weiteres mehrfach vorgetragenes Anliegen, muss berücksichtigt werden, dass die Bibel selbst noch keinen Entwurf für ein politisches Programm enthält; kirchliche bzw. christliche Politik hat in Grundwerten verankert, aber gleichzeitig pragmatisch zu sein. Pointierter kann resümiert werden: Politik, auch christliche bzw. kirchliche Politik, bedeutet nicht, das Reich Gottes hienieden verwirklichen zu wollen, sondern faire Konfliktlösungen zu ermöglichen – aber Konflikte wird es in einer offenen Gesellschaft immer geben. Übrigens wird, wie bereits angetönt, die fehlende politische Macht der Kirche auch als Chance gewertet für eine prophetische Sprache und die Erringung von Vertrauen und Autorität.

Die Postulate für die Zukunft der Demokratie sind erwartungsgemäss widersprüchlich: Wo die einen ein Übermass an Demokratie auf nationaler Ebene konstatieren, wollen die anderen keinesfalls die Benützung bestehender direktdemokratischer Instrumente erschwert sehen. Ebenso unterschiedlich fällt die Beurteilung des Ausländerstimmrechts aus (gegen das

Ausländerstimmrecht in Kirchgemeinden zeigt sich übrigens kein Widerspruch).

#### 4.1.3 Politische Einzelanliegen

Es kann hier nicht darum gehen, aus den rund 650 Eingaben zu den Schlagwörtern **Politik, Macht** und **Recht** eine umfassende Liste der vorgebrachten Einzelanliegen (die häufig von hohem Aktualitätsgehalt und wohl entsprechend tiefer Halbwertszeit sind) zu bieten, zumal vieles anderswo in diesem Bericht zur Sprache kommt. Zahlreiche Eingaben bedauern die Reduktion der politischen Auseinandersetzung auf Parteipolitik bzw. -taktik und fordern mehr Wertpolitik. Andere warnen vor einem gesinnungsethischen Idealismus in der Politik, wie er etwa auch in der Diskussionsgrundlage aufscheine, weil das ausschliessliche Nachdenken über grosse Würfe die Notwendigkeit und Machbarkeit kleiner Schritte vergessen lasse und überdies die Toleranz für unvollkommene Lösungsversuche schwinde.

Es soll hier nur auf einige besonders anregende Thesen hingewiesen werden: Es fehlt in unserem Land an einer kohärenten Arbeits-(zeit-)politik. Damit in Zusammenhang steht der wachsende Kontrast zwischen der individuellen Verantwortung auf sozialer und politischer Ebene und einer anonymen Finanzmacht; von daher ist weiter nach einer effizienten Organisations- und Kontrollbehörde für die internationalen Finanzmärkte zu suchen. Und schliesslich die folgende Warnung eines Eingebers: Wenn das Gesetz über alles herrscht, geht es über Leichen.

#### 4.1.4 Die Eigenart der Schweiz

Die Schlagwörter **Schweiz, Staat, Subsidiarität** und **Verfassung** verzeichnen rund 900 Nennungen. Dabei beeindruckt, dass in diesen Textauszügen der Weltbezug beinahe durchwegs sehr stark zum Ausdruck kommt und eine Beschränkung auf die Schweiz kritisiert wird. So wird etwa gesagt, dass die Schweiz ihre Zukunft nicht für sich, losgelöst von globalen Entwicklungen, gestalten kann; insofern wird denn auch andernorts gefragt, welchen neuen Gesellschaftsvertrag wir in der Schweiz bräuchten, um einen angemessenen Beitrag zur Lösung der Probleme auf der ganzen Welt leisten zu können. Der Einsatz für weltweite Gerechtigkeit wird als mindestens gleichberechtigt zu den anderen, «egoistischen» Staatszielen der Schweiz gesehen. Vereinzelt Stimmen widersprechen

der Meinung, die Globalisierung schränke zwingend die politischen Handlungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene ein. Und ebenfalls Beachtung verdient der gelegentliche Hinweis, dass in der Schweiz, international gesehen, aller berechtigten Kritik zum Trotz die Lebensbedingungen nach wie vor sehr gut sind.

Bezüglich der Einschätzung der Aufgaben des Staates heute und in der Zukunft gehen die Meinungen stark auseinander; die bekannte Divergenz zwischen «Staatsgläubigkeit» und «Eigenverantwortung» zeigt sich auch hier. Ebenso besteht kein Konsens, wie weit der Staat auf die Wirtschaft überhaupt gestaltenden Einfluss nehmen kann – national und international, in Form von Rahmenbedingungen oder bloss in der Schaffung von Voraussetzungen, als prospektive Gestaltung oder bloss als nachholende Korrektur.

Viele Eingaben kritisieren, dass in der Diskussionsgrundlage der Konsultation die Subsidiarität unterschlagen wird. Als Schutz von Freiräumen von Einzelnen und kleineren gesellschaftlichen Einheiten verstanden, wird Subsidiarität erstaunlich wenig in einen Gegensatz zum Prinzip der Solidarität gesetzt. Bezüglich der neuen Bundesverfassung werden vor allem die Sozialziele (Art. 41) und die Präambel hervorgehoben. Weiter wird eine eigene Verfassungsbestimmung zur gerechten Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit gefordert.

#### 4.2 Institutionen und Akteure

Zu den institutionellen Akteuren des politischen Lebens der Schweiz (**Bundesrat, Parlament, Partei, Verband, NGO, Kanton, Region**) finden sich insgesamt in den 113 einschlägigen Textauszügen nur wenige konkrete Aussagen. Generelle Kritik an den Behörden ist nicht sichtbar, übrigens auch keine Parteienverdrossenheit. Gleichwohl wird den Nichtregierungsorganisationen vor allem auf internationaler Ebene eher als den etablierten politischen Akteuren zugetraut, positive Wirkungen zu entfalten. Politische Interessenverbände, die ja einen beträchtlichen Teil des politischen Betriebs der Schweiz ausmachen, werden gar nicht erwähnt. Bezüglich der Kantone wird auf die negativen Auswirkungen des Föderalismus aufmerksam gemacht, etwa was die Steuerungleichheit oder das undemokratische Ständemehr bei Verfassungsabstimmungen anbelangt. Und eine weitere Eingabe weist darauf hin, dass Subsidiarität auch die Förderung regionalen Denkens bedeuten muss.

### 4.3 Ideologien

Die 220 Textauszüge, die mehr oder weniger direkt den Schlagwörtern **Kommunismus, Sozialismus, Revolution** sowie **Liberalismus** und **Neoliberalismus** zugeordnet werden können, zeigen insgesamt eine grosse Wachsamkeit gegenüber Ideologien. Dabei definiert eine Stellungnahme Ideologie als Glaube an eine einzige Idee oder Vorstellung. Einige Stellungnahmen werfen der Diskussionsgrundlage mehr oder weniger verborgene «linke» Ideologiereste vor, während andere dort eher ein zu unkritisches Verhältnis zum Markt konstatieren. Insgesamt sind die Stimmen, die vor der Ideologie des Neoliberalismus – ein vulgärer Wirtschaftsliberalismus im Unterschied zum aufgeklärten, echten Liberalismus – warnen, deutlich in der Überzahl. Einst, so eine Stellungnahme, habe der Liberalismus die Demokratie gebracht, und heute drohe der Neoliberalismus dem Staat alle Macht zu nehmen. Von Marktradikalismus ist da und dort die Rede und von einer Beschränkung der Freiheit auf die Wohlhabenden. Immerhin fragen einzelne Stimmen aber auch, ob der Neoliberalismus nicht als Prügelknabe erhalten müsse und allgemein in seiner tatsächlichen Bedeutung überzeichnet werde. Bessere Noten erhält hingegen in einzelnen Stellungnahmen der klassische Liberalismus. So wird etwa gesagt, er stelle insofern eine realistische, ja menschenfreundliche Weltanschauung dar, als er ganz nüchtern vom Menschen in seiner Unvollkommenheit bzw. Sündhaftigkeit ausgehe und ihn als solchen auch annehme. Diese Sichtweise kann durch eine andere Stellungnahme ergänzt werden, wonach es auch in liberaler Sicht Aufgabe des Staates ist, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass gemeinwohlverträgliches Handeln von Unternehmen und Individuen nicht selbstschädigend wird.

### 4.4 Umweltpolitik

Von den 639 Textauszügen, die sich zu ökologischen Fragen äussern (sie sind den Schlagwörtern **Bevölkerungswachstum, Energie, Nachhaltigkeit, Natur, Ökologie, Ressourcen, Schöpfung, Umwelt, Umweltbelastung, -ethik, -politik, -schutz, -vertrag, -verträglichkeit** und **Verkehr** zugeordnet), können an dieser Stelle nur die berücksichtigt werden, die spezifisch politische Aussagen beinhalten (vgl. daneben im Kapitel *Wirtschaft* Abschnitt 1.2.4).

Der Staat ist nach verbreiteter Auffassung der EingebenerInnen verpflichtet, der Bewahrung der ökologischen Lebensgrundlagen höchste Priorität einzuräumen und die Wirtschaft diesem Ziel unterzuordnen. Verschiedene

Eingaben äussern jedoch Angst, dass die Politiker oft nur materielle und produktionsistische Visionen der Gesellschaft haben – Visionen einer Gesellschaft, die nicht nachhaltig sein kann. Generell sollen Gesetze an der Nachhaltigkeit orientiert sein; sie müssen festlegen, was der Markt nicht aus eigener Kraft zu regeln vermag. Eine Mehrheit der Stellungnahmen spricht sich deshalb für ökologische Regulierungen der Wirtschaft aus. Der freie Markt allein gewährleistet den notwendigen Umweltschutz nicht; er muss vielmehr in ökologischer Zielsetzung vom Staat geregelt und korrigiert werden. Der Markt kann auf Dauer nur dann zum Wohle der Menschen funktionieren, wenn er in einen verlässlichen Rahmen eingebettet ist.

Eine Energiesteuer (sei es als allgemeine Verbrauchssteuer, sei es als Lenkungsabgabe auf nichterneuerbaren Energieträgern) wird in zahlreichen Eingaben favorisiert, ebenso wie eine Förderung alternativer bzw. erneuerbarer Energieträger. Die tiefen Preise werden für die schlechte Nutzung der Energie verantwortlich gemacht; zudem verhindern sie zukunftsfähige wirtschaftliche Investitionen. Auch beim Verkehr steht eine Verteuerung durch eine Internalisierung der externen Kosten im Vordergrund. Die Ursachen für den überbordenden Verkehr werden in den zu geringen Treibstoffpreisen und dem grossen Strassenangebot gesehen. Einige Eingaben fordern auch eine gesetzliche Einschränkung der (Auto-) Mobilität.

Die Liberalisierung des Welthandels (WTO) hat sich bisher nach Ansicht verschiedener Eingaben negativ auf die Umwelt ausgewirkt, und andere Bemühungen auf internationaler Ebene (Umweltgipfel) konnten dem noch nicht Gegensteuer geben. Umweltprobleme können aber wirksam nur auf internationaler Ebene angegangen werden. Das Ziel sind globale Regelungen und Minimalstandards für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Einige Eingaben fordern dazu die Gründung neuer Institutionen, die über bestimmte Sanktionsmöglichkeiten verfügen. Von der Schweiz wird konkret erwartet, die Gewährung von Exportrisikogarantien an Umweltauflagen zu knüpfen und innerhalb der WTO-Verhandlungen eine mit dem developmentpolitischen Leitbild des Bundesrates vereinbare Position einzunehmen. Auffallenderweise wird gerade hier die Erwartung an die Kirchen herangetragen, sich konkret in die Politik einzumischen und für ökologische Massnahmen Stellung zu beziehen.

Wiederum lohnt es sich, zu überlegen, was in den Eingaben zu Umweltfragen nicht erwähnt wurde: Kaum eine Eingabe verlangt mehr Geld vom Staat für den Umweltschutz. Im Vordergrund stehen eindeutig Lenkungs-

massnahmen, nicht Schadensbegrenzung und -behebung. Ebenso finden sich kaum Aussagen über Naturschutzgebiete, und schliesslich befürchtet kaum jemand einen Konkurrenzverlust der schweizerischen Wirtschaft wegen strengerer Umweltschutzgesetze.

#### 4.5 Weitere Themen und Anliegen

572 Textauszüge bringen weitere Themen zur Sprache. Zu verschiedenen Einzelanliegen liegen aber derart wenige Äusserungen vor, dass daraus kaum Schlüsse gezogen werden können (**Interdisziplinärer Dialog, Kinderkrippe, Korruption, Kriminalität, Rüstung, Verschuldung, Vertrag, Wohlfahrt**). Zu den Themen **Landwirtschaft** und **Boden** sind zahlreichere Wortmeldungen von interessierten Kreisen zu verzeichnen, die die schwierige Umbruchssituation, in der sich die Landwirtschaft heute befindet, widerspiegeln; sie vermitteln einen Eindruck von den Orientierungsproblemen gerade junger Bauernfamilien.

Rund 90 Eingaben äussern sich zum Bildungsbereich (**Forschung, Schule und Wissenschaft**). Sie weisen auf die überragende Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für unsere Gesellschaft hin. Einzelne Stimmen fordern eine engere ethische Begleitung der Forschung und eine verstärkt wertorientierte Schulbildung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden hier ökologische Aspekte: Verschiedene Eingaben fordern eine Sensibilisierung von SchülerInnen und LehrerInnen für Umwelterziehung und die Aufnahme von Energiefragen in den Lehrplan. Allgemein wird ein gesellschaftlicher Lernprozess bezüglich Nachhaltigkeit, der sich auch in der Gesetzgebung niederschlägt, als notwendig erachtet. Jugendliche und Arbeitslose sollten zudem im Umweltbereich ausgebildet und beschäftigt werden.

Zum Themenkreis **Medien** (zusammen mit den Schlagwörtern **Massenmedien, Medienpolitik, Neue Medien** und **Radio**) liegen ebenfalls rund hundert Textauszüge vor. Sie dokumentieren zum einen eine gewisse Verunsicherung ob der veränderten Rolle und des Charakters der Medien; charakteristisch ist dafür etwa die These, wir bräuchten in den Medien keine schlechten Beispiele, sondern Vorbilder. Häufig wird die Erwartung geäussert, die Kirchen müssten die Medien neu und besser benützen lernen. Mehrere Eingaben äussern Unbehagen über die privaten elektronischen Medien; charakteristisch ist hier etwa der Ruf nach einer Begrenzung der Rolle der Werbeeinnahmen zur Finanzierung von Privatsendern. Eindrücklich ist weiter, dass die so genannten Neuen Medien

durchwegs positiv eingeschätzt werden, als Möglichkeit der direkten Information und des weltweiten Kontakts. Eine Eingabe weist auf die Auswirkungen der Neuen Medien auf die Gestaltung der Arbeitswelt und die betriebliche Realität hin.

Rund 250 Wortmeldungen verzeichnet das Thema **Steuern** (mit den Schlagwörtern **Steuerhinterziehung** und **Steuerreform**). Dabei fällt auf, dass über alle Grenzen hinweg eine ökologische Steuerreform gefordert bzw. begrüsst wird (vgl. Abschnitt 4.4). Auch wird für eine Abgabe auf dem internationalen Devisenhandel (so genannte *Tobin-Tax*) plädiert. Viele Eingaben votieren auf nationaler Ebene für die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer, wobei allerdings andere darauf aufmerksam machen, dass konsequenterweise dann auch eine Rückerstattung bei Kapitalverlusten vorzusehen wäre. Generell findet man kaum Klagen über eine zu hohe Fiskalquote und eine sich daraus ergebende Verschlechterung im internationalen Standortwettbewerb – wiederum eine interessante Differenz zur offiziellen politischen Diskussion in unserem Land. Und schliesslich ist auf die Eingaben hinzuweisen, die Steuerhinterziehung als moralisch verwerflichen Betrug qualifizieren und dafür plädieren, vom Staat her den Steuerpflichtigen wieder besser bewusst zu machen, wofür die Steuern verwendet werden.

## 5 Die Schweiz in der Welt

### 5.1 Übergreifendes und Normatives

Die 167 Textauszüge, die grundsätzlich zum Platz der Schweiz in der **Welt (Weltvertrag, Weltverträglichkeit)** Stellung nehmen, setzen sich mehrheitlich – wenn auch in unterschiedlichen Formulierungen und Akzentuierungen – für die Wahrnehmung einer grösseren Verantwortung der Schweiz in der Welt ein; als Ziele werden unter anderen genannt: die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern durch marktwirtschaftliche Mittel, eine umfangreichere Entwicklungszusammenarbeit, die mindestens so gross sein muss wie der Profit aus dem Handel mit Ländern der Dritten Welt, der Einsatz für globale sozial- und umweltverträgliche Rahmenbedingungen innerhalb der WTO, eine international harmonisierte Steuerpolitik und die Einführung der *Tobin-Tax* (vgl. Abschnitt 4.5, oft erwähnt im Zusammenhang mit der Gruppe *Action pour une taxation des transactions pour l'aide aux citoyens* ATTAC), eine offene Aussenpolitik inklusive EU- und UNO-Beitritt (vgl. dazu Abschnitt

5.3.2), Entschuldung usw. In einzelnen Eingaben wird auch darauf hingewiesen, dass echte Problemlösungen für unser Land nur aus der Sicht globaler Zusammenhänge gefunden werden können, ja es wird sogar die Frage gestellt, ob wir nicht gewisse Missstände in unserem Land bestehen lassen müssen, um grössere Übel in anderen Teilen der Welt zu bekämpfen.

Dieser Betonung der Wichtigkeit des Weltbezuges stehen zwei, allerdings nur sehr vereinzelt vertretene, Sichtweisen gegenüber: Die eine ordnet die internationale Solidarität der Solidarität auf Landesebene unter – im Extremfall wird sogar das Kriterium der Weltverträglichkeit ausdrücklich abgelehnt und stattdessen zuerst eine Solidarität gegenüber dem eigenen Volk und erst danach gegenüber den anderen Völkern gefordert –, und die andere stellt, etwa unter Hinweis auf Jesu Wort «Mein Reich ist nicht von dieser Welt» (Joh 18,36), das gesamte Bemühen der Kirchen um mehr Gerechtigkeit in der Welt in Frage. Diesen und ähnlichen Einwänden begegnen wesentlich zahlreichere Stellungnahmen, die durchaus zwischen Welt und Transzendenz unterscheiden wollen (und somit auch eine «Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung» wohl ablehnen), aber trotzdem an der Verpflichtung der Kirchen und Gläubigen zum Kampf gegen Hunger, Elend und Ungerechtigkeit festhalten.

## 5.2 Internationales und Globales

Da in der Ökumenischen Konsultation nach der Zukunft *der Schweiz* gefragt wird, ist es vielleicht verständlich, wenn zu internationalen Fragen nur gerade 44 Textauszüge gezählt werden können. Der **Nord-Süd-Konflikt** wird von den Eingaben, die sich dazu äussern, meist im Kontext der Globalisierung der Wirtschaft gesehen. Insofern betonen einige Stellungnahmen, dass es auch beim besten Willen aller Beteiligten zumindest in der kurz- und mittelfristigen Dimension Entwicklungsprobleme gibt. Mehrere Eingaber fordern zum Stichwort **Schulden** die Einführung eines internationalen Insolvenzrechts oder betonen die Notwendigkeit eines Schuldenerlasses. Es ist eine gewisse Skepsis festzustellen, einen solchen Schuldenerlass aus der fünften Vater-unser-Bitte begründen zu wollen, wie die Diskussionsgrundlage dies tut, aber zumindest als Motivation für einen solchen Schritt findet diese Verbindung auch Zustimmung.

## 5.3 Der Platz der Schweiz in der Welt

Auch die Ausführungen zum Platz der Schweiz in der Welt fallen mit 329 Textauszügen vergleichsweise spärlich aus, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass die Diskussionsgrundlage diesem Themenbereich nur wenig Beachtung schenkte. Da es hier aber um einen wichtigen Fragenkomplex geht, zu dem in den nächsten Jahren politische Entscheidungen anstehen, sollen die hier einschlägigen Wortmeldungen doch etwas ausführlicher dargestellt werden.

### 5.3.1 Entwicklungspolitik

Der grösste Teil der Bemerkungen zur **Entwicklungspolitik** der Schweiz (mit den Schlagwörtern **Dritte Welt, Eine Welt, Entwicklungshilfe** und **Entwicklungsland**) lässt sich grob in zwei Gruppen unterteilen: politische Postulate für das künftige Handeln der Schweiz und Erwartungen an die Kirchen. Dass Entwicklungszusammenarbeit notwendig ist, wird nirgends wirklich bestritten, und es wird interessanterweise auch nicht nur eine moralische Pflicht zur Hilfe an die armen Länder postuliert, sondern ebenso auf das Eigeninteresse der Schweiz verwiesen: In einer zunehmend interdependenten Welt muss sich unser Land aus realpolitischen Gründen um die verarmten Länder des Südens und Ostens kümmern; wir können nicht mehr davon ausgehen, in alle Zukunft hinein vom Elend in der Dritten Welt nicht betroffen zu sein. Ein ähnlich nüchterner Blick zeigt sich auch in der immer wieder vorgetragenen Mahnung, die Wirtschaft nicht zu verteufeln: Zum einen habe die ökonomische Globalisierung für alle Vor- und Nachteile, und zum anderen könne realistischerweise das globale Elend ohne oder gegen die Wirtschaft ohnehin nicht bekämpft werden. Von Realismus zeugen allerdings auch die Aussagen, wonach unsere Wirtschaft bis anhin vom Elend in der Dritten Welt profitiert habe und ein Ausgleich zwischen Arm und Reich auf globaler Ebene auch ein Zurückfahren des hiesigen Wohlstandsniveaus bedeute. Dazu sind etwa auch die Fragen zu zählen, warum exotische Südfrüchte in der Schweiz billiger sind als einheimisches Obst, und ob es nur schlecht sein soll, wenn Arbeitsplätze von der Schweiz in Länder der Dritten Welt verschoben werden. Letztlich bleibt die in einigen Eingaben explizite Frage im Raum stehen, ob eine wirkliche Entwicklungspolitik und damit eine Einebnung der Wohlstands- und Einkommensunterschiede zwischen den Weltregionen angesichts der Fixierung auf materiellen Wohlstand in der westlichen Hemisphäre nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sein werden.

Konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit sind hingegen nicht viele zu sehen. Unter anderem wird gefordert, die Schweiz solle ihre Entwicklungszusammenarbeit auf die international vereinbarten 0,7% des BSP anheben, d. h. gegenüber heute mehr als verdoppeln, und ein anderes Mal wird ein grösseres Engagement der Schweiz zur Unterstützung von Frauen (*Empowerment*) in der Dritten Welt verlangt. Mehrere Eingaben fordern die Berücksichtigung der Regierungstätigkeit des Empfängerlandes bei der Erteilung von Entwicklungshilfe (*Good Governance*-Kriterien), was allerdings von anderen auch wieder relativiert wird: Wir sollten den jungen Demokratien in der Dritten Welt auf ihrem Weg helfen, statt unsere abendländisch-bürgerlichen Grundrechte globalisieren zu wollen.

Die Rolle der **Weltbank** wird in den wenigen Stellungnahmen, die sich dazu äussern, fast durchwegs kritisch kommentiert: Ihre Strukturanpassungsprogramme führten in der Dritten Welt zu einem Sozialabbau, den die zu tragen hätten, die ohnehin schon benachteiligt seien.

Anders fällt die Einschätzung der **Hilfswerke** aus: Sie finden mit wenigen Ausnahmen ein positives Echo. Bedenkenswert erscheint allerdings der Hinweis auf die Problematik der Anonymisierung der Solidarität, wenn sie über institutionelle Kanäle geleistet wird; konkret wird hier die Frage gestellt, ob es den Kirchen möglich ist, Hilfeleistungen wieder in menschliche, erfahrbare Bahnen zu leiten. Andere betonen, dass zur Verantwortung der Kirchen für gegenseitige Solidarität auch die Kritik an modernen Götzen wie etwa dem Neoliberalismus gehört.

**Abrüstung** ist nur für sehr wenige Eingaben ein Thema, die besagen, dass ohne weltweite Abrüstung die Armut nicht bekämpft werden kann und auch die Schweiz, angesichts fehlender militärischer Bedrohung, ihre Armee noch weiter reduzieren soll.

Wenn auf politischer Ebene keine wirklich neuen Vorschläge zur Entwicklungszusammenarbeit sichtbar werden, so bestehen doch gewisse Erwartungen an die Kirchen. Dabei geht man nicht so weit zu behaupten, die Kirchen wüssten die Antworten auf die drängenden Fragen der Zukunft der Menschheit. Dennoch wird aber vereinzelt gefordert, die Kirchen hätten, etwa im Sinne eines Motors, die Ausarbeitung neuer entwicklungspolitischer Konzepte voranzutreiben. Es findet sich auch der Ruf nach einem verstärkten entwicklungspolitischen Engagement der Kirchgemeinden und Pfarreien sowie nach Partnerschaften zwischen den Kirchen des Nordens und des Südens zur Überwindung von Armut und Benachteiligung

und zur Schaffung gerechterer Strukturen. Noch weiter gehen Eingaben, die in unterschiedlicher Konkretion eine interreligiöse Ökumene zur Bekämpfung der Weltprobleme fordern. – Kaum ausdrücklich thematisiert wird eigenartigerweise das Engagement der Kirchen für eine entwicklungspolitische Mentalitätsänderung in den Industrieländern und insbesondere in der Schweiz; lediglich Informationsanstrengungen wie etwa der Fastenkalender finden lobende Erwähnung.

Im Zusammenhang mit dem Platz der Schweiz in der Welt verdient die **Solidaritätsstiftung** gesonderte Beachtung. Die Schaffung dieses Werks wird durchs Band begrüsst, allerdings wird an einer Stelle vorgeschlagen, dass auch die Unternehmen daran beteiligt werden sollen, die bisher aus dem internationalen Handel grosse Gewinne erzielt haben.

### 5.3.2 Integrationspolitik

Neben der Entwicklungspolitik stellen **Europa** bzw. die **Europäische Union**, die **UNO** und die Frage des Beitritts der Schweiz zu beiden Institutionen den zweiten Schwerpunkt in der Diskussion um den Platz der Schweiz in der Welt dar. Dabei zeigt vorweg eine Durchsicht der wenigen Textauszüge, die sich zur **Neutralität** äussern, die bekannte Polarisierung: Wenn von internationaler Solidarität die Rede ist, müsse auch das Tabuthema Neutralität angegangen werden, sagen die einen, während die anderen an der Neutralität als bewährter Maxime festhalten möchten.

In der Frage des schweizerischen Beitritts zur Europäischen Union werden die Stellungnahmen aber schnell wesentlich differenzierter: Von vielen wird die EU als Wirtschafts- und Währungsunion wahrgenommen, aber nicht als im eigentlichen Sinne politische Organisation, die sich auch um Menschenrechts-, Minderheiten- und Sicherheitspolitik kümmert (insofern wird auch das schweizerische Mittun in der OSZE nicht in Frage gestellt). Ausgehend von diesem Befund werden logisch stringent und etwa in gleicher Stärke zwei gegensätzliche Argumentationen ins Feld geführt: Die eine besagt, die Schweiz soll der EU beitreten, um sie von innen her zu verbessern, und die andere meint, ein Beitritt bringe weder bezüglich globaler Solidarität noch bezüglich Demokratie noch bezüglich Umwelt etwas. Allerdings sind sich beinahe alle Stellungnahmen einig, dass die Europadiskussion in der Schweiz nicht nur unter utilitaristischen Gesichtspunkten geführt werden soll; ein Nicht-Beitritt zur EU soll nicht aus Gründen der Nicht-Bereitschaft zur Solidarität erfolgen. Wesentlich seltener sind die Stellungnahmen, die sich von Europa eine Erhöhung der Kraft der



Politik gegenüber der Wirtschaft versprechen und die europäische Einigung als Hoffnungszeichen oder die Schweiz als Vorbild für die Gestaltung der EU (und der UNO) ansehen.

Neben den argumentativen Stellungnahmen für oder gegen den EU-Beitritt springen aber auch die Eingaben ins Auge, die die Frage der Wünschbarkeit eines solchen Schritts gar nicht mehr stellen, weil er ja ohnehin unausweichlich sei. Nur sehr wenige Stellungnahmen halten eine Mitsprache in EU und UNO ganz einfach deswegen für unabdingbar, weil die Probleme dort angegangen werden müssen, wo sie sich stellen. Vereinzelt wird auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Bewahrung der Identität der Schweiz nicht gleichbedeutend sei mit Isolationismus.

Wird von den Kirchen erwartet, in der Diskussion um den EU-Beitritt eine Rolle zu spielen? Dazu findet sich zwar die Aussage, die Kirchen sollten dem Kontinent eine Seele geben. Konkretisierende Ausführungen unterbleiben aber.

Der Beitritt der Schweiz zur UNO wird insgesamt klarer befürwortet als der zur EU; allerdings erscheint der UNO-Beitritt als weniger dringlich. Es gibt einzelne Stellungnahmen, die nur den Beitritt zur UNO wünschen, aber, soweit ersichtlich, keine, die nur einen Beitritt zur EU fordert. Vereinzelt wird die Meinung vertreten, die Schweiz solle nicht nur den internationalen Finanzorganisationen angehören, sondern auch der UNO. Das deutet auf den weitgehenden Konsens hin, dass ein Beitritt der Schweiz zu UNO und EU aus politischen, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen zu erfolgen habe.

## Wirtschaft

**K**napp 6000 Textauszüge befassen sich mit wirtschaftlichen Themen und sind beinahe einhundert Schlagwörtern (diese sind im Folgenden **fett** ausgezeichnet) zugeteilt worden. Dabei beziehen sich fast die Hälfte aller Ausführungen, über die in diesem Kapitel berichtet wird, auf Fragen der Wirtschaftsordnung (Abschnitt 1) und weitere knapp 40% auf den Themenkomplex Arbeit (Abschnitt 2). Sehr viel weniger Aussagen finden sich zu finanzpolitischen Themen (Abschnitt 3) und zu weiteren Fragen im Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft (Abschnitt 4). Da es nicht einfach ist, die Schlagwörter zum Thema Wirtschaft sinnvoll zu gruppieren, können im Folgenden gewisse Überschneidungen zwischen den einzelnen Abschnitten, insbesondere in Abschnitt 2 rund um den Themenkomplex «Arbeitslosigkeit», nicht ganz vermieden werden; im Interesse einer verständlichen Darlegung wird dies aber in Kauf genommen.

### 1 Die Wirtschaftsordnung

#### 1.1 Grundsätzliches und Normatives

##### 1.1.1 Grundsätzliche Aussagen zur Wirtschaft

Die zahlreichen Eingaben, die sich grundsätzlich zur wirtschaftlichen Entwicklung äussern (689 Textauszüge zu den Schlagwörtern **ProduzentIn**, **Volkswirtschaft**, **Wirtschaft** und **Wirtschaftswissenschaft**), lassen sich grösstenteils zwei Gruppen zuteilen: Eine starke Mehrheit äussert Betroffenheit und Besorgnis und bringt damit ein negatives Image der Wirtschaft in der breiten Gesellschaft zum Ausdruck, während andere sich eher analytisch-wissenschaftlich mit der Wirtschaft beschäftigen und von ihr auch eine deutlich positivere Einschätzung haben. Wenn man vermutet, dass die Autorinnen und Autoren der erstgenannte Gruppe über weniger wirtschaftswissenschaftliche Fachkenntnisse verfügen, führt das zur Hypothese, dass – mit wenigen Ausnahmen – die Einschätzung aktueller Vorgänge in der Wirtschaft von den ökonomischen Kenntnissen abhängig ist. Liesse sich diese Hypothese demoskopisch verifizieren, könnte der Befund in verschiedener Richtung interpretiert werden: Die unterschiedliche Einschätzung der Wirtschaft und ihrer Entwicklung könnte eine ökonomische Betriebsblindheit ebenso zum Ausdruck bringen wie einen Beleg für die These darstellen, dass das verbreitete Negativbild der

Wirtschaft Resultat mangelnder Sachkenntnis ist. Wie auch immer: Man sollte wohl in jedem Fall der These aus einer Eingabe Beachtung schenken, dass es nicht angehe, die rein «sachliche» Perspektive der marktwirtschaftlichen Systemlogik der lebensweltlichen Perspektive der Betroffenheit überzuordnen. Deshalb sei im Folgenden das in den Eingaben zum Ausdruck kommende Bild der Wirtschaft in der Gesellschaft etwas ausführlicher referiert.

Globalisierung, Fusionen und der damit verbundene Abbau von Arbeitsplätzen werden deutlich am meisten als Angst machende Entwicklungen im Wirtschaftsleben genannt; etwas weniger häufig wird die grösser werdende Kluft zwischen Arm und Reich angeführt. Zu Letzterem ist auch die vereinzelt festzustellende Befürchtung zu zählen, die wirtschaftliche Entwicklung führe zu einer Erosion des (staatstragenden) Mittelstandes. Wortmeldungen, die diese Besorgnisse zu zerstreuen versuchen, finden sich kaum.

Etwas anders sieht der Befund aus bei der ebenfalls häufig angeführten Beobachtung einer wachsenden Distanz zwischen Wirtschaft und Gesellschaft bzw. eines zunehmenden Primats der Wirtschaft über die Politik. Hier bringen vereinzelt Eingaben explizit eine andere Einschätzung zum Ausdruck. So wird an einer Stelle von einer Symbiose zwischen Staat und Wirtschaft gesprochen, und anderswo kommt die Interdependenz zwischen Wirtschaft und Politik zur Sprache, die einen institutionalisierten Dialog zwischen beiden notwendig mache. Dieser Einschätzung widersprechen aber wiederum andere, ebenfalls eher analytisch vorgehende Eingaben, die etwa ausführen, politische Instanzen würden mehr und mehr zu Bittstellerinnen vor wirtschaftlichen Verantwortungsträgern mit dem Anliegen, doch bitte die sozialen Folgen der unternehmerischen Entscheidungen zu beachten. Wortmeldungen aus politischen Kreisen, die einen Primat der Politik über die Wirtschaft behaupten würden, sind nicht zu sehen. Im Gegenteil wird hier in einer Eingabe gesagt, die Politik könne die Wirtschaftsentwicklung nur geringfügig steuern und müsse das Beste aus der schwierigen Situation machen. Dem widersprechen die zahlreichen Eingaben, die davon ausgehen, dass der Staat bzw. die Gesellschaft der Wirtschaft Rahmenbedingungen zu setzen habe, und vereinzelt wird ausdrücklich angemerkt, dies gelte auch für die internationale bzw. globale Ebene. Allerdings – so eine Äusserung – dürfen politische Rahmenbedingungen dann auch nicht zu einer Wiedereinführung der Planwirtschaft ausarten.

Zum Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft (vgl. zu Einzelthemen auch Abschnitt 4) gehört auch die – nicht explizit bestrittene – These, eine leistungsfähige Wirtschaft sei eine Voraussetzung für eine stabile Gesellschaft. Allerdings erfolgen zu diesem Grundsatz auch zahlreiche Differenzierungen: So wird etwa gesagt, auch eine gesunde Volkswirtschaft könne gesellschaftliche Stabilität nicht garantieren, vielmehr brauche es noch eine tatsächlich gelebte Solidarität, eine individuelle Werthaltung also, die nach Meinung einiger Stellungnahmen gerade von der Wirtschaft unterminiert werde. Ebenso wird an einer Stelle gesagt, eine legitim funktionierende Wirtschaft müsse die berechtigten Interessen aller zu einem fairen Ausgleich bringen. Auf prinzipieller Ebene dürfte wohl die hier durchscheinende Absage an einen Marktabsolutismus bzw. Ökonomismus von einer breiten Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Konsultation geteilt werden.

Häufig wird der fundamentale Grundsatz herangezogen, der Mensch müsse wieder zum Mittelpunkt bzw. Ziel der Wirtschaft werden. In diesen Zusammenhang gehören auch Forderungen wie die, den «Produktionsfaktor Mensch» bzw. die menschliche Arbeit gegenüber dem Kapital stärker zu gewichten. Nach Meinung verschiedener Stellungnahmen ist das allerdings nicht damit getan, dass man vermehrt von «*human resources*» spricht; dieses Konzept bedeute im Gegenteil vielmehr, dass der einzelne Mensch im Wirtschaftsleben austauschbar werde.

Zahlreiche Eingaben beklagen, dass wirtschaftliche Entscheidungen häufig an kurzfristigen Renditeerwartungen orientiert seien, ökologischen und sozialen Nebenwirkungen kaum Beachtung schenkten und allein die Interessen der Investoren (so genannter *shareholder value*, wobei der Begriff selbst in den Eingaben überraschend wenig auftaucht) berücksichtigten. Dazu kommen noch die Stellungnahmen, die kritisieren, dass sich Investitionen nicht an gesellschaftlichen Nützlichkeits-, sondern an Renditekriterien orientierten, oder dass nicht produziert werde, was gebraucht werde, sondern was sich vermarkten lasse. Die Kritik an der Überlegenheit des Produktionsfaktors Kapital lässt sich jedenfalls häufig feststellen.

Aus den zahlreichen weiteren Themen, die in den hier betrachteten Stellungnahmen angeschnitten werden, sei exemplarisch noch auf den prekären Status der Familie in der heutigen Wirtschaftsgesellschaft hingewiesen. Verschiedene Eingaben weisen darauf hin, dass die Entwicklung der Wirtschaft die Familie in verschiedener Hinsicht unter Druck setzt, sei es etwa durch die Beanspruchung der Eltern im Arbeitsleben, durch die

Ungleichverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit oder auch durch die Konsumbeeinflussung der Kinder und Jugendlichen.

Was die Einschätzung des Wettbewerbs betrifft, kann in keiner Weise von einem Konsens gesprochen werden. Beklagen die einen, der Wettbewerb werde zu sehr zu einem strukturbildenden Faktor der Gesellschaft, mahnen andere, ihn nicht zu diabolisieren, da er gesamtgesellschaftlich die besten Ergebnisse zeitige und keinesfalls durch einen «Gesellschaftsvertrag» ersetzt werden könne. Ähnliches lässt sich auch zur Einschätzung der individuellen Leistung sagen: Ängste vor einer einseitigen Leistungsgesellschaft sind ebenso festzustellen wie das Anliegen, die richtigen Anreize zu setzen, damit Leistung auch belohnt wird. – Nur am Rande sei angemerkt, dass die in der Diskussionsgrundlage zur Ökumenischen Konsultation an verschiedenen Stellen auftauchende Kritik an Leistung und Wettbewerb zahlreichen und prononcierten Widerspruch erfährt; viele Stellungnahmen warnen diesbezüglich vor einer einseitigen Sichtweise.

Oben wurde darauf hingewiesen, dass die Beeinflussung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens durch die so genannte Globalisierung Ursache vieler Befürchtungen ist. Es fällt aber auf, dass kaum je auch die Frage gestellt wird, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung weltweit darstelle. Die ökonomische Situation etwa in Entwicklungsländern oder die ungleiche Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern und verschiedenen Regionen der Dritten Welt werden kaum angesprochen.

### 1.1.2 Ordnungspolitik

Es erstaunt wohl nicht, dass sich die in den Eingaben vorfindlichen ordnungspolitischen Aussagen (351 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Kapitalismus, Markt, Marktwirtschaft, Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftsordnung**) mehrheitlich innerhalb der Grenzen halten, die auch die allgemeine öffentliche Diskussion kennt. Kritik am «Marktradikalismus» und am «Dogma des freien Marktes» findet sich ebenso wie die Äusserung, der Markt sei weder Mythos noch Dogma, sondern schlicht ein Faktum. Allerdings sind die Extreme selten. Eine Mehrheit der Stellungnahmen plädiert für eine soziale bzw. ausdrücklich für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Der Markt wird – nach dem nirgends bedauerten Zusammenbruch der Planwirtschaft – als geeignetes Steuerungsinstrument für einen effizienten Ressourceneinsatz allgemein anerkannt; auch die Kritikerinnen und Kritiker des Marktes zeigen keine Alter-

native auf. Das marktwirtschaftliche Effizienzprinzip ist aber, wie sich zwei Stellungnahmen ausdrücken, zu ergänzen durch das ethische Prinzip umfassender sozialer und ökologischer Rücksichtnahme. Nur sehr wenige Eingaben scheinen das als nicht notwendig anzusehen und insofern eine «Marktwirtschaft ohne Adjektiv» zu fordern. Die Position der überwiegenden Mehrheit kann hingegen dahingehend charakterisiert werden, dass die Marktwirtschaft so zu gestalten sei, dass sich die Ergebnisse des Marktes als sozial gerecht und ökologisch nachhaltig erweisen. Ein ohne Rahmenbedingungen funktionierender Markt wird ein solches Ziel gemäss dieser Position nicht erreichen.

Regulierungen braucht es, wie verschiedene Stellungnahmen betonen, jedoch auch aus markt-internen Gründen: Optimale Wettbewerbsbedingungen stellen sich nicht von alleine ein, vielmehr muss der Wettbewerb überhaupt erst zum Spielen gebracht und gegen Kartellbildungen geschützt werden. Sowohl aus marktwirtschaftlichen wie aus sozialen und ökologischen Gründen braucht die Marktwirtschaft also Leitplanken – doch, so mahnt ein Eingabe, dürfen diese Leitplanken den Wettbewerb nicht wieder abwürgen, denn sonst ist auch keine Chancengleichheit mehr denkbar. Oder, wie in einer anderen Stellungnahme sinngemäss gesagt wird: Die Alternative zum Wettbewerb heisst Korruption. – Allerdings sehen einige andere Stellungnahmen noch eine weitere Alternative zur herkömmlichen, wie auch immer geordneten Marktwirtschaft, nämlich die so genannte Natürliche Wirtschaftsordnung oder Freiwirtschaft, und erläutern ihre Theorie mit grossem Nachdruck.

Wenn auch die einen die Nützlichkeit des Marktes als Allokationsinstrument breit hervorheben und andere betonen, dass der geordnete Markt auf das Gemeinwohl hin ausgerichtet werden kann, gehen doch verschiedene Stimmen in der Differenzierung noch weiter. So wird etwa verschiedentlich darauf hingewiesen, dass auch der Markt, über die bereits erwähnten Leitplanken hinaus, noch auf normativen Voraussetzungen beruht. Genannt werden das Menschenbild und das sittlich korrekte Verhalten der Marktteilnehmer. Andere Stimmen weisen darauf hin, dass nicht alle Lebensbereiche einfach marktgängig gemacht werden dürfen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Warnung vor dem Ökonomismus, hier verstanden als Mentalität, alles unter dem Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung und Verwertung zu beurteilen.

Hat der Einzelne gegenüber den Marktkräften überhaupt Gestaltungsspielraum oder muss er sich ihnen einfach fügen? Überraschend wenige

Stellungnahmen weisen darauf hin, die einzelnen Konsumentinnen und Konsumenten könnten durch ihr Verhalten den Markt beeinflussen (vgl. dazu Abschnitt 4.2); sehr viel mehr lassen hingegen ein – wenig bestimmtes – Gefühl des Ausgeliefert-Seins durchblicken, das wohl auch den Hintergrund abgibt für die sichtbare Markt-Kritik.

Einen besonderen Hinweis verdient wohl die Eingabe, die dazu rät, sich nicht in der Kritik am Markt festzubeissen und ihn zu dämonisieren:

*«Wünschenswert ist ein ähnlich angstfreier und unbekümmerter Umgang mit dem Thema, wie er immer wieder bei Jesus erstaunt. Er hatte offenbar keine Berührungsängste in Sachen ungerechte Wirtschaftsstrukturen, sondern nahm gewisse Zustände in seiner Gesellschaft erst einmal als gegeben hin. Gerade durch seinen unbekümmerten Umgang hat er die Allmacht der Zustände (die sog. Sachzwänge) gründlich entmythologisiert und das System von innen her aufgebrochen. Warum sollten wir heute weniger selbstbewusst auftreten?»*

Und schliesslich sei noch darauf aufmerksam gemacht, dass einige wenige Stellungnahmen im Zusammenhang mit ordnungspolitischen Fragen den Blick über die Schweiz hinaus ausweiten und ausdrücklich auf die Fairness im internationalen Handel zu sprechen kommen. Eine Stimme sagt ausdrücklich, es sei falsch, von einem freien Markt zu sprechen, wenn er auf unfairen Austauschbeziehungen und Naturzerstörung beruht.

### 1.1.3 Ethische Perspektiven

Zum bereits Gesagten sind aus den speziell wirtschaftsethischen Anliegen gewidmeten Passagen der Eingaben (142 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Ausbeutung, soziale Ungerechtigkeit, wirtschaftliche Gerechtigkeit** und **Wirtschaftsethik**) nur noch wenige Nachträge zu machen. Die meisten der hier eingeordneten Stellungnahmen vertreten die beiden Thesen, dass die Wirtschaft für den Menschen da sein muss und nicht umgekehrt und dass der Markt nicht funktionieren kann ohne Recht und Gerechtigkeit. Das Kriterium der Lebensdienlichkeit wird mehrfach genannt, etwa auch in der Wendung, dass die Gewinnmaximierung nicht das einzige ökonomische Motiv sein darf. Die angebliche Wertneutralität der Wirtschaft wird mehrfach explizit bestritten.

Speziell diskutiert wird die Frage der so genannten Sachzwänge. Recht viele Eingaben lehnen diese Leitlinie wirtschaftlichen Handelns ab, indem sie etwa sagen, das wirtschaftlich Machbare gehe oft über das angeblich wirtschaftlich Vertretbare hinaus oder die Logik der Sachzwänge sei par-

teilich zu Gunsten der Kapitalverwertungsinteressen. Sehr prägnant wird sogar gesagt, Sachzwänge seien in Tat und Wahrheit Menschenzwänge.

Einige Eingaben kommen auch darauf zu sprechen, dass eine realisierte Wirtschaftsethik individuelles Umdenken und entsprechendes Handeln voraussetzt: sei es in Form eines freiwilligen Verzichts auf einen Teil unseres Wohlstands zu Gunsten der Menschen, denen es schlechter geht als uns, sei es als Etablierung einer Kultur des Genug-haben-Könnens, sei es auch ganz konkret in Form einer umwelt- und gemeinwohlorientierten Anlage des eigenen Vermögens.

## 1.2 Die Entwicklung der Wirtschaft

### 1.2.1 Allgemeine Bemerkungen

Bei einer Durchsicht der Passagen aus den Stellungnahmen, die sich auf die Wirtschaftsentwicklung ganz allgemein beziehen (277 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Krise, Produktivität, Restrukturierung, wirtschaftliche Entwicklung** und **Wirtschaftswachstum**) fällt zuerst einmal auf, dass mehrere Eingabe explizit die These aus der Diskussionsgrundlage bestreiten, die Schweiz hätte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts so etwas wie einen Gesellschafts- bzw. Wirtschaftsvertrag gekannt; unser Land hatte nach dieser Meinung vielmehr eine Art unreflektierten nationalen Kompromiss, der umso leichter eingegangen werden konnte, als die Schweiz nach dem 2. Weltkrieg beinahe als einziges Land in Europa über eine intakte Infrastruktur verfügte, und der danach in den Jahrzehnten eines rasanten Wirtschaftswachstums ohne grössere Probleme und Verteilungskämpfe auch aufrechterhalten werden konnte. Dieser Kompromiss zerbrach in den neunziger Jahren, aber nicht an der verhärteten Haltung der Sozialpartner, sondern an den veränderten Rahmenbedingungen. Dabei wird freilich nirgends bestritten, dass unter diesen neuen Bedingungen die Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft schwierig werden wird.

In verschiedenen Eingaben kommt die Hoffnung zum Ausdruck, die heutige Krise (wobei nicht immer ganz klar wird, was damit genau gemeint ist) als Chance nutzen zu können, und zwar eben deshalb, weil es sich hier offensichtlich nach Meinung vieler nicht um ein konjunkturelles, sondern um ein strukturelles Phänomen handelt. Andere gehen noch weiter und sagen, die ökonomische Krise sei in Tat und Wahrheit eine gesellschaftliche Krise, eine moralische und kulturelle und nicht nur eine wirt-

schaftliche Herausforderung. Das zeigt sich zuerst einmal an der Erwerbsarbeit, die, wie mehrmals gesagt wird, eben nicht nur eine ökonomische, sondern in erster Linie eine soziale Grösse, ein gesellschaftlicher Strukturfaktor ist: Erwerbsarbeit vermittelt nicht nur Einkommen, sondern auch gesellschaftliche Achtung. Verschiedene Eingaben stellen die Frage, ob dieser wirtschaftlich und gesellschaftlich bestimmende Charakter der Erwerbsarbeit aufrechterhalten werden könne (vgl. dazu eingehender unten Abschnitt 2). Einige Stimmen weisen auch warnend darauf hin, dass in Krisen- und Unsicherheitssituationen rechtsextreme Positionen Auftrieb erhalten.

Lässt sich die Krise durch Wirtschaftswachstum überwinden? In der Beantwortung dieser Frage müssen zwei konträre Lager festgestellt werden: Die einen betonen die Wichtigkeit des quantitativen Wirtschaftswachstums, mit dem allein wieder die nötigen Arbeitsplätze geschaffen werden können, und die anderen sind im Gegenteil davon überzeugt, dass die Wachstumswirtschaft untergehen werde. Das zweite Lager ist sicher stärker vertreten; hier wird ebenso von einem «Mythos des Wirtschaftswachstums» gesprochen wie darauf hingewiesen, dass in die herkömmliche Berechnung der Wertschöpfung auch Sozialindikatoren einfließen müssten. Besondere Beachtung erfordert in diesem Lager der mehrfach erfolgende Hinweis, dass auch die ökologischen Folgen des quantitativen Wirtschaftswachstums in Rechnung gestellt werden und wir unseren begrenzten Ressourcen Beachtung schenken müssen. Diesem Aspekt, der dort schön zum Ausdruck kommt, wo gesagt wird, «dass dem Menschen in dieser Welt Grenzen gezogen sind», wird unten in Abschnitt 1.2.4 vertieft nachgegangen.

Die Entwicklung des Arbeitslebens und ihre gesellschaftlichen Konsequenzen werden in zahlreichen Stellungnahmen angesprochen. Der Trend zu mehr immaterieller und intellektueller Arbeit wird nach Meinung zahlreicher Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Konsultation dazu führen, dass weniger leistungsfähige Menschen immer grössere Schwierigkeiten haben werden, einen Arbeitsplatz zu erringen und auch zu behalten. Die Frage bleibt letztlich unbeantwortet, wie die Gesamtgesellschaft mit diesem Problem umgehen soll, wenn sie nicht in eine Dualisierung treiben will. Auch Eingaben aus Kreisen der Wirtschaft sehen dieses Problem, wenn sie es auch eher an der rasanten Geschwindigkeit der Veränderungen denn am Wandel als solchem festmachen.

Bezüglich einer anderen derzeit heftig diskutierten Frage, ob nämlich die Produktivitätssteigerung zu einer breiten Arbeitszeitverkürzung genutzt und so der Arbeitslosigkeit Abhilfe geschaffen werden könne, finden sich ebenfalls zwei Lager: Das eine fordert eine Verteilung der Erwerbsarbeit auf mehr Schultern bzw. Köpfe, das andere favorisiert dagegen die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Im Grunde ist diese Kontroverse natürlich eng gekoppelt mit der soeben referierten Diskussion über quantitatives bzw. Null-Wachstum, und ein Konsens oder auch nur ein Suchen in einer gemeinsamen Richtung ist somit auch hier nicht zu sehen.

Speziell soll hier darauf hingewiesen werden, dass Eingaben aus Wirtschaftskreisen nachdrücklich betonen, dass auch für sie eine sozialverträgliche Wirtschaftsentwicklung ein wichtiges Anliegen sei. Der in der Diskussionsgrundlage erhobene Behauptung, gewisse Kreise der Wirtschaft strebten zu Lasten der etablierten Verbände nach politischer Macht oder gefährdeten politische und Stadt-Land-Gleichgewichte, wird mit Entschiedenheit widersprochen. Interessanterweise wird in anderen Stellungnahmen auf diese Vorwürfe auch kaum positiv Bezug genommen.

Dass schliesslich zum Stichwort Restrukturierung nur wenige betriebswirtschaftlich-rechtfertigende Ausführungen zu finden sind, verwundert wenig. Hier beeindruckt aber die zahlreichen Erlebnisberichte und Beispiele aus erster Hand, die nicht in einer griffigen Formel zusammengefasst werden können. Sie zeigen Folgen, die betriebliche Restrukturierungen für betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien haben.

### 1.2.2 Die Internationalisierung der Wirtschaft

Es ist bemerkenswert, dass in den Eingaben, die die Globalisierung der Wirtschaft thematisieren (431 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Fusion, Globalisierung, Konzern, Produktionsverlagerung, Protektionismus, Weltmarkt** und **Weltwirtschaft**), verschiedene substantielle Konsensbereiche zu verzeichnen sind. Eine erste Übereinstimmung besteht darin, dass die Globalisierung der Wirtschaft zu einer Erhöhung des Effizienzdrucks auch in der Schweiz führt; der Wettbewerb wird härter, für Unternehmen ebenso wie für die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für das Land – den «Wirtschaftsstandort Schweiz» – insgesamt. Das bedeutet (dem würden wohl nur wenige Teilnehmer an der Konsultation widersprechen), dass die Verhandlungsposition der

Arbeitnehmer geschwächt wird und Sozialstandards, wohl auch Umweltstandards, unter Druck geraten.

Daraus ergibt sich eine zweite wesentliche Übereinstimmung: Die wirtschaftliche Globalisierung wird bisher noch nicht begleitet durch eine Globalisierung der Politik bzw. des Rechts; viele Kreise fordern deshalb eine – wie in einer Eingabe gesagt wird – «Festigung des völkerrechtlichen Rahmens der globalisierten Wirtschaft». Unterhalb dieser allgemeinen Beschreibung fällt die Diagnose dann allerdings wieder bis zu einem gewissen Grade kontrovers aus: Sprechen die einen von einer Entmachtung der Politik (wobei nicht immer klar ist, ob damit nur die nationalstaatliche oder auch die supranationale Ebene gemeint ist) und fordern demzufolge eine Wiederherstellung des Primats der Politik über die Wirtschaft, widersprechen andere der These von der Abdankung der Politik. Hier wird eher davon gesprochen, dass der globalisierten Weltwirtschaft keine Weltgesellschaft im eigentlichen Sinne gegenübersteht. Und in einer solchen Weltgesellschaft, so klingt an einigen Stellen durch, könnte die Schweiz Verschiedenes, an das sie sich gerne gewöhnt hat in den letzten 50 Jahren, nicht aufrecht erhalten.

Eine dritte wesentliche Übereinstimmung ist darin zu sehen, dass eine Rückkehr zum Protektionismus kein zukunftsfähiger Weg sein kann, allgemein nicht und erst recht nicht für die Schweiz mit ihrem bedeutenden Aussenhandel. Das bedeutet aber keineswegs ein Einverständnis darüber, dass der Freihandel vorteilhaft ist für alle Beteiligten. Verschiedentlich wird vielmehr gesagt, dass die Globalisierung de facto vor allem dem Kapital und den grossen Unternehmen nützt.

Wie können humane und damit auch soziale und ökologische Aspekte in die Globalisierung eingeführt werden? Auf diese Frage lassen sich zahlreiche und sehr verschiedene Antworten finden, die aber meist nur wenig konkret sind. Hier nur einige Beispiele: In einer Eingabe wird eine Neufokussierung der schweizerischen Sozialpolitik nach dem Bedürftigkeitsprinzip gefordert, damit die Globalisierung nicht mit sozialer Desintegration bezahlt werden muss. Verschiedene Eingaben verlangen dagegen, internationale Wirtschaftsorganisationen (IWF, Weltbank und WTO) einer demokratischen Kontrolle zu unterstellen, damit sie eine gesellschaftliche Orientierung erhalten. Wieder andere sprechen von einer Globalisierung des Gewissens oder der Normen oder fordern nach der wirtschaftlichen jetzt eine ethische Globalisierung: Die Globalisierung dürfe nicht das Humane auf dem Altar des Profits opfern. Und schliesslich wird auch die

Anregung einer Globalisierung der Sozialpolitik dankbar aufgenommen, aber nicht weiter konkretisiert.

Zwar wird da und dort angemerkt, die Globalisierung werde mitunter auch zum Vorwand genommen, um arbeitnehmerfeindliche Massnahmen und umweltschädigendes Verhalten zu legitimieren. Insgesamt aber ist man sich dennoch einig, dass sie als Realität angenommen und bewältigt werden muss. Beeindruckend ist jedoch, wie häufig (vor allem in Stellungnahmen aus der Romandie) die Globalisierung als Quelle der Angst genannt wird; teilweise wird sogar Bereitschaft zum Widerstand sichtbar. Auch werden Entlassungen sehr häufig in Zusammenhang mit der Globalisierung gesetzt und diese damit von Beginn weg negativ konnotiert. Nur sehr wenige Eingaben sehen dagegen die Globalisierung prinzipiell positiv, etwa mit dem Hinweis darauf, dass das Christentum eine globale Grösse bzw. die Kirche ein *global player* sei. Und ebenfalls nur wenige Eingaben weisen darauf hin, dass die Globalisierung als Phänomen so neu nun auch wieder nicht ist. Insgesamt kann somit in der Durchsicht der vorliegenden Stellungnahmen ein deutlicher Unterschied in der Wahrnehmung der Globalisierung ausgemacht werden: Wo die Vertreter der Wirtschaft in der Globalisierung eine Herausforderung sehen, die es anzunehmen gilt, und sei es auch mit schmerzhaften Massnahmen, und darüber hinaus die Globalisierung als Chance verstehen, sieht eine breite Mehrheit die Globalisierung als Bedrohung.

Vielleicht steht damit in Zusammenhang, dass offensichtlich vor allem an die Schweiz gedacht wird, wenn von Globalisierung die Rede ist. Die Betroffenheit anderer Länder und Weltregionen durch diesen Prozess taucht meist nur dann auf, wenn die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland thematisiert wird. Und deren Beurteilung ist dann wiederum teilweise ambivalent: Zwar wird einerseits der Abbau von Arbeitsplätzen in der Schweiz bedauert, andererseits aber die Schaffung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in anderen Regionen mit womöglich weit höherer Arbeitslosigkeit auch anerkannt. Nur in wenigen Eingaben wird die Etablierung von Umweltstandards für den Standortwettbewerb oder die Beachtung von Sozialrechten bei der Produktionsverlagerung thematisiert.

Welche Aufgaben kommen den Kirchen zu angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung? Zu dieser Frage finden sich nur wenige Äusserungen. So wird etwa gesagt, die Kirchen hätten die Auswirkungen der Globalisierung auf christliche Grundwerte wie soziale Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu thematisieren.

Der Zusammenschluss grosser Unternehmen zu noch grösseren taucht häufig im Zusammenhang mit der Globalisierung auf. Diese Fusionen werden sehr oft als Quelle der Angst genannt; an einer Stelle wird etwa gesagt, die Zusammenschlüsse von Unternehmen degradierten die Menschen zu Schachfiguren, die umhergeschoben würden. In einigen Eingaben wird der Verdacht laut, bei Fusionen würden häufig mehr Stellen abgebaut als nötig, und explizit wird gelegentlich eine spezielle Besteuerung fusionierender Firmen gefordert. Eine wirtschaftswissenschaftlich argumentierende Eingabe fordert über das geltende Kartellrecht hinaus eine staatliche Genehmigungspflicht von Fusionen: Diese sollten nur bewilligt werden, wenn sie volkswirtschaftlich effizient sind – nicht ausreichend als Begründung für eine Fusion wäre aber die blosser Steigerung der Gewinne durch grössere Marktmacht. Und schliesslich wird an einer Stelle auch noch auf einen markanten Kulturwechsel hingewiesen: Früher habe ein Unternehmer um jeden Preis das Überleben seines Betriebs zu sichern versucht, und heute werde das nur noch so lange getan, als hohe Gewinne flössen.

### 1.2.3 Wirtschaftspolitik

Die hier zu referierenden Aussagen zur Wirtschaftspolitik (187 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Deregulierung, Wettbewerb** und **Wirtschaftspolitik**) lassen sich erwartungsgemäss nicht auf einen Nenner bringen, aber immerhin sind Schwerpunkte auszumachen. Dabei ist aber vorgängig darauf hinzuweisen, dass nur wenige Eingaben explizit mit Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erfolgen.

Die bekannte Kontroverse zwischen keynesianischen und so genannten neoliberalen wirtschaftspolitischen Strategien ist in den Eingaben gut sichtbar. Stichwortartig verkürzt geht es um die Streitfrage, ob Vollbeschäftigung oder Preisstabilität das Hauptziel der Wirtschaftspolitik sein soll. Bekanntlich wird weltweit seit rund zwei Jahrzehnten Letzteres in den Vordergrund gestellt, und diese Position erfährt auch in den Eingaben gelegentlich Unterstützung, weil dadurch langfristig die Beschäftigung am besten gefördert werde. Weit zahlreicher sind aber die Stellungnahmen, die ausdrücklich oder eher implizit eine Rückkehr zu keynesianischen Maximen fordern.

Dem entspricht bis zu einem gewissen Grade, dass in zahlreichen Eingaben eine Stärkung der Rolle des Staates in der Gewährleistung der Wettbewerbsordnung verlangt wird; allerdings erfolgen kaum Konkretisierungen,

was das (zumindest im Kontext der wirtschaftlichen Globalisierung) bedeutet. Hinweise lassen sich nur aus verstreuten Aussagen gewinnen wie etwa der, ökologische Massnahmen dürften nicht länger als Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit hingestellt oder generell dürfe der internationale Wettbewerb nicht weiter durch Sozial- und Umweltdumping verzerrt werden; damit ist bereits angedeutet, dass offen bleibt, wie eine Gewährleistung der Wettbewerbsordnung auf globaler Ebene aussehen kann (vgl. oben Abschnitt 1.2.2). Dem häufig erfolgenden Hinweis, ein funktionierender Wettbewerb sei der Motor einer leistungsfähigen Wirtschaft, wird eigentlich nicht widersprochen. Kritisiert werden lediglich die Auswirkungen auf die Gesellschaft, etwa auf die Kinder, die bereits in der Schule einem höheren Konkurrenzdruck ausgesetzt sind, oder auch auf die Familien. Interessant zum Thema Wettbewerb schliesslich noch die folgende (nicht repräsentative) Beobachtung in einer Eingabe:

*«Die Unternehmen kämpfen heute ums Überleben an den Kapitalmärkten und ringen weniger darum, den Kunden möglichst preisgünstige Produkte anzubieten.»*

Welche Vorschläge zur Wirtschaftspolitik der Schweiz werden konkret gemacht? Es können hier nur einige Beispiele aufgezählt werden: Verschiedene Eingaben fordern eine Unterstützung von Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, eine stärkere Förderung der Teilzeitarbeit und eine höhere Besteuerung von Überstunden und überdurchschnittlichen Arbeitszeiten. Dasselbe Anliegen, positives Verhalten der Unternehmen von Staates wegen zu belohnen, verfolgt auch der Vorschlag, ein Label für arbeitsplatzfreundliche Unternehmen zu schaffen. Und an zahlreichen Stellen wird eine bessere Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen (so genannte KMU) verlangt. Zur Forderung nach ökologischen Lenkungsabgaben vgl. zudem den folgenden Abschnitt.

### 1.2.4 Wirtschaft und Umwelt

Wie im Vorangegangenen bereits angetönt, äussern sich recht viele Eingaben zu Fragen der ökologischen Folgen des heutigen Wirtschaftens (639 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Bevölkerungswachstum, Energie, Nachhaltigkeit, Natur, Ökologie, Ressourcen, Schöpfung, Umwelt, Umweltbelastung, -ethik, -politik, -schutz, -vertrag, -verträglichkeit** und **Verkehr**; vgl. auch im Kapitel *Staat* Abschnitt 4.4). Im Zentrum stehen dabei Sorgen um die Umweltverschmutzung, die Vergeudung von natürlichen Rohstoffen, Waldsterben, Ozonloch und Klima-

erwärmung. Umgekehrt wird hoffnungsvoll aber auch zur Kenntnis genommen, dass in der Landwirtschaft mehr biologisch produziert wird und die Konsumentinnen und Konsumenten diese Produkte auch tatsächlich nachfragen. Ein gewisses Umdenken wird auch im Finanzbereich festgestellt, etwa mit der Alternativen Bank und ökologisch-ethischen Anlagefonds.

Viele Eingaben werfen der Wirtschaft ein rücksichtsloses, auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtetes Verhalten gegenüber der Natur vor; beispielsweise würden ganze Betriebe ins Ausland verlagert, um umweltpolitische Auflagen umgehen zu können. Allerdings weisen einige Stellungnahmen auch darauf hin, dass in vielen Fällen eine genaue Schuldzuweisung für solches Fehlverhalten kaum möglich ist, weil sich gerade in einem multinationalen Grossunternehmen Entscheide innerhalb von Netzwerken herausbilden. Und in anderen Eingaben scheint auch die Einsicht auf, dass wir alle uns an einen Lebensstil gewöhnt haben, dessen Grundlage ein naturverachtender Produktivismus ist. Interessanterweise wird übrigens die Bestrafung von Unternehmen, die die Umwelt schädigen, kaum erwähnt. Vermutlich finden die Eingebenden Anreizsysteme für umweltverträgliches Wirtschaften aussichtsreicher.

Die Fortschritte in Wirtschaft und Technik haben nach Meinung vieler die Umwelt sehr geschwächt. Wir müssen uns neben den herkömmlichen natürlichen Gefahren immer mehr mit Gefährdungen beschäftigen, die wir selbst geschaffen haben (z. B. Anstieg der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Luft, sinkender Grundwasserspiegel und Verschlechterung der Bodenqualität, Risiken der Gentechnologie). Einige Eingaben warnen vor überraschenden Kippeffekten. Schliesslich besteht keine Einigkeit darüber, ob in den letzten Jahren das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung gestiegen ist oder nicht.

Es wurde bereits gesagt, dass einfache Schuldzuweisungen nicht vorgenommen werden können; in den Eingaben wird klar, dass sowohl die einseitige Fokussierung der Wirtschaft auf Quantität, Produktivität und schnellen Gewinn als auch das hohe Konsumniveau die heutigen Umweltprobleme verursachen, wobei beide Momente sich gegenseitig bedingen. In Abschnitt 1.2.1 wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich die Aussagen zur Frage, ob ein weiteres Wirtschaftswachstum erwünscht sei, widersprechen. Und weiter ist zu beachten, dass in den Eingaben die Globalisierung häufig in Zusammenhang mit der Umweltbelastung genannt wird.

Gibt es Alternativen zum heutigen Umweltverbrauch in der Wirtschaft? Die Eingaben vermitteln hier teilweise einen optimistisch gestimmten Eindruck. Dem ökologischen Wirtschaften werden langfristig Chancen eingeräumt. Einige Eingaben sehen im Umweltbereich den grössten Arbeitsplatzproduzenten der Zukunft. Insgesamt reflektieren allerdings die Stellungnahmen die grossen volkswirtschaftlichen Chancen einer nachhaltigen Entwicklung noch nicht wirklich. Auch werden Ökologie und Ökonomie in vielen Antworten noch immer gegeneinander ausgespielt, da sie sich scheinbar gegenseitig behindern. Somit fallen insgesamt die Aussichten für die Zukunft disparat aus: Die einen prognostizieren eine weitere Zunahme der Umweltverschmutzung, während andere einen vollständigen Umbau der Wirtschaft nach ökologischen Prinzipien als möglich ansehen. So oder so: Nirgends wird der Verzicht auf ganze Industriebereiche gefordert.

Unter den vordringlichen Handlungsfeldern wird in erster Linie der Energiesektor genannt. Hier findet vor allem die Internalisierung der externen Kosten von Energieproduktion aus nicht erneuerbaren Quellen Erwähnung. Generell werden Preise gefordert, die die gesamten Kosten eines Gutes widerspiegeln. Weiter werden häufig die Transporte angesprochen, etwa wenn eine dezentralere Produktion verlangt wird, um die Transportwege zu den Konsumentinnen und Konsumenten zu verkürzen, oder wenn eine stärkere Benützung der Bahn als Transportmittel angemahnt wird. Insgesamt besteht Übereinstimmung darüber, dass der Wirtschaft bei der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen eine zentrale Rolle zukommt. Viele Eingaben fordern eine konsequente Ausrichtung der Wirtschaft an der Nachhaltigkeit. Was technisch und ökonomisch machbar ist, soll realisiert werden, auch wenn sich die Erfolge erst langfristig einstellen. Gleichzeitig müssen aber auch die Auswirkungen neuer Technologien auf Mensch und Umwelt unter Kontrolle gehalten werden. Den Konsumentinnen und Konsumenten kommt bei diesem Umbauprozess nach Meinung vieler Eingaben eine entscheidende Verantwortung zu. Sie könnten unterstützt werden durch die Einführung von Sozial- und Umweltlabels. Und in einigen Eingaben wird auch die Problematik angesprochen, dass ein Umbau der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit auf globaler Ebene erfolgen muss. Dazu sind entsprechende soziale und ökonomische Rahmenbedingungen notwendig (vgl. oben Abschnitt 1.2.2). Offen bleibt allerdings in den Eingaben, wer diese Rahmenbedingungen zu setzen hat.



## 2 Arbeit und Beschäftigung

Die Veränderungen in der Arbeitswelt, der steigende Druck am Arbeitsplatz, generell die erlebte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Arbeitslosigkeit: Diese Themen sind (so kann wohl ohne unzulässige Verallgemeinerung gesagt werden) für die Menschen in diesem Land ein zentrales Thema der sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz.

### 2.1 Arbeit und Arbeitsleben

Was bedeutet Arbeit für den Einzelnen? Die klassische Auffassung nicht nur der katholischen Soziallehre, Arbeit sei für den Menschen neben Broterwerb vor allem auch Selbstfindung, Entfaltung und Dienst an der Gemeinschaft, wird insgesamt in den Eingaben zum Thema geteilt. Allerdings gilt das nur für die Theorie. Die Lektüre der 782 Textauszüge, die sich generell mit der Arbeit heute befassen (sie sind den Schlagwörtern **Arbeit**, **Arbeitsbedingungen**, **Arbeitsplatz**, **Arbeitsrecht** und **Arbeitswelt** zugeordnet), vermittelt ein anderes Bild. Das verdient Beachtung, selbst wenn man berücksichtigt, dass Negatives normalerweise eher erwähnt wird als Positives. Und die Beachtung ist umso mehr gerechtfertigt, als, wie eine Eingabe anmerkt, es sich im Grunde bei der Arbeit nicht bloss um ein wirtschaftliches Thema handelt, sondern um eine entscheidende Grundlage unserer ganzen Gesellschaft.

In der grossen Vielfalt von Äusserungen zur Arbeit sticht die häufig vertretene These hervor, dass in den letzten Jahren der humane und soziale Charakter der Arbeit unter Druck geraten ist. In zahlreichen Eingaben wird dargelegt, dass die Ansprüche an die Arbeit gestiegen sind, dass eine Arbeitsverdichtung (Produktivitätssteigerung) stattgefunden hat und dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor immer grösseren Anforderungen an ihre Flexibilität stehen. Dieser Intensivierungsprozess hat viele Ursachen; unter anderem werden genannt: die verschärfte Konkurrenz, und zwar nicht nur zwischen Unternehmen, sondern auch unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Intellektualisierung der Arbeit, die etwa zurückzuführen ist auf die Informatisierung und den Dienstleistungscharakter von immer mehr Arbeitsplätzen, die gewachsene Selbstständigkeit, Vereinzelung und Verantwortung am Arbeitsplatz, fortlaufend verfeinerte betriebswirtschaftliche Controlling-Instrumente etc. Daneben wird verschiedentlich auch persönliches Fehlverhalten (Mob-

bing) erwähnt. Das Arbeitsleben wird immer anspruchsvoller und hektischer; Produktivität und Effizienz stehen im Vordergrund. Diese Entwicklung führt natürlich, wie häufig angemerkt wird, dazu, dass Personen, die nicht voll und ganz mitzuhalten vermögen, in die Arbeitslosigkeit zu fallen drohen (vgl. dazu ausführlich die folgenden zwei Abschnitte); in einigen Eingaben findet sich deshalb der Vorschlag, Firmen sollten sich verpflichten, einen bestimmten Anteil ihrer Arbeitsplätze für in diesem Sinne nicht voll konkurrenzfähige Personen zu reservieren – Personen notabene, die früher ohne weiteres ihren Platz im Erwerbsleben gefunden haben. Zahlreiche Stellungnahmen bekunden weiter nicht Mühe mit dem angesprochenen Intensivierungsprozess an sich, sondern mit der Geschwindigkeit der Veränderungen in der Arbeitswelt und mit der Aussicht, dass kein Ende der Veränderungen absehbar ist: Die einzige Konstante ist die Veränderung. – Es muss zur Verdeutlichung angemerkt werden, dass in den hier ausgewerteten Eingaben kaum bzw. keine Berichte über positive Entwicklungen in der Arbeitswelt auszumachen sind.

Der beschriebene Intensivierungsprozess hat Auswirkungen. Es ist in der Wahrnehmung vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Konsultation nicht nur so, dass die Betonung der Leistung den Aspekt des Dienstes der Arbeit verdrängt. Vielmehr erhält auch die Charakterisierung unserer Gesellschaft als Arbeitsgesellschaft eine neue Bedeutung. In verschiedenen Stellungnahmen wird gesagt, heute sei der Einzelne so viel wert, wie er leistet und sich leisten kann. Die gesellschaftliche Anerkennung des Menschen definiert sich also über die Arbeit, die zunehmend nur noch unter dem Leistungsaspekt bewertet wird, und die Höhe des Einkommens. Das führt dazu, dass Segregationen auf dem Arbeitsmarkt – unbezahlte Arbeit im Unterschied zu Erwerbsarbeit, Inhaber von Nischenarbeitsplätzen im Unterschied zu voll konkurrenzfähigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – und insbesondere die Arbeitslosigkeit soziale Folgen haben, die weit über monetäre Aspekte hinausgehen. Verschiedene Eingaben stellen deshalb in diesem Zusammenhang explizit die Frage nach einem (moralischen) Recht auf Arbeit und auf Anerkennung der Arbeit. Gesellschaftspolitisches Ziel muss es jedenfalls sein (das ist unbestritten), allen die Teilhabe an der gesellschaftlichen Tätigkeit zu ermöglichen. In einzelnen Stellungnahmen wird insbesondere an die Kirchen die Erwartung herangetragen, Alternativen zur Arbeitsgesellschaft zu entwickeln. Leider unterbleiben Konkretisierungen; vermutlich wird am ehesten an den Zusammenhang von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit gedacht (vgl. den folgenden Abschnitt 2.2).

In zahlreichen Eingaben werden die Auswirkungen dieser Entwicklung in der Arbeitswelt auf die Familien angesprochen. Dabei geht es zuerst einmal um die Folgen des wachsenden Stresses am Arbeitsplatz und der steigenden Anforderungen an die individuelle Flexibilität auf das Familienleben. Weiter wird angemerkt, dass das zunehmende Engagement im Berufsleben generell ein abnehmendes Engagement in der Familie und in der Gesellschaft ganz allgemein zur Folge hat: Die Erwerbsarbeit verdrängt die Nicht-Erwerbsarbeit, auch wenn diese gesellschaftlich notwendig bzw. erwünscht ist. Und schliesslich: Das Familienleben wird überfordert, wenn es eine – gar die einzige – emotionale Insel im Meer des Wettbewerbs sein soll. Diese Widersprüchlichkeit im sozialen Leben kommt übrigens in verschiedenen Eingaben zum Ausdruck: In der Arbeitswelt sind Wettbewerbsfähigkeit und Konkurrenzverhalten gefordert, und in den anderen Lebensbereichen soll man – gerade gemäss der Predigt der Kirchen – solidarisch sein. Was folgt daraus, so muss man wohl fragen, für die kirchliche Verkündigung?

Zahlreiche Eingaben äussern sich zur Frage, ob – nach dem berühmten Diktum von Hannah Arendt – unserer Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe, also das Einzige, worauf sie sich noch versteht. Die These, dass die Menge der Erwerbsarbeit abnehme und diese deshalb verteilt werden müsse, wird vor allem von Wirtschaftsseite vehement bestritten. Hier setzt man auf Innovation, Ideen, eine konkurrenzfähige Tarifpolitik, günstige Währungsparitäten, Aus- und Weiterbildung etc., die die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglichen sollen. Andere verlangen demgegenüber eine substantielle Arbeitszeitverkürzung, um die Erwerbsarbeit besser verteilen zu können; denn es sei doch, so wird häufig gesagt, ein Unding, wenn die Arbeitenden ständig wachsenden Stress und Überstunden zu bewältigen hätten, während die Arbeitslosen stempelten. Und wiederum andere sind der Ansicht, Arbeit wäre genug vorhanden, aber es fehle das Geld, sie zu bezahlen. Verschiedene Aspekte dieser Diskussion werden in den folgenden beiden Abschnitten noch zur Sprache kommen, so dass hier nur einige Übereinstimmungen verzeichnet werden sollen: Man ist sich weitgehend einig, dass die Menge niedrig qualifizierter Arbeitsplätze – manuelle, repetitive Tätigkeiten vor allem im Produktionsbereich – weiter zurückgehen wird. Eine Stellungnahme weist darauf hin, dass so genannte «kleine Arbeiten» (im Wesentlichen Unterhalts-, Wartungs-, Haus- und Sozialarbeiten) vergleichsweise wenig von der Globalisierung betroffen seien und einen neuen Stellenwert erhalten müssten. Eine weitere Übereinstimmung ist darin zu sehen, dass die Bedeutung der Aus- und Weiter-

bildung noch zunehmen wird. Und schliesslich ertönt auch häufig der Ruf nach neuen Arbeits- und Arbeitszeitmodellen, freilich ohne dass immer klar würde, was damit konkret gemeint ist. In einigen Stellungnahmen wird beklagt, dass die Schweiz über keine Arbeitspolitik im eigentlichen Sinne verfüge, dass Arbeitspolitik vielmehr eine Ableitung bzw. Folge der Wirtschaftspolitik sei. Arbeitspolitik wäre, so eine Eingabe, ein staatlich herbeigeführter Interessenausgleich zwischen den Sozialpartnern. Andere legen dagegen mehr Wert auf Subsidiarität und wollen deshalb die Aus-handlung von Arbeitsbedingungen weiterhin den Sozialpartnern überlassen. Und weiter stellt sich die Frage, wie eine nationale Arbeitspolitik angesichts der Globalisierung überhaupt aussehen könnte. Eine Eingabe jedenfalls schlägt vor, Staaten mit ähnlichen sozialen Standards sollten sich zu einer gemeinsamen Arbeitspolitik zusammenschliessen, denn der Arbeitsmarkt müsse ebenso international geregelt werden wie die Märkte für Güter und Dienstleistungen.

Viele weitere und wichtige Aussagen zur Arbeit generell können hier aus Platzgründen nicht referiert werden. Der Hinweis ist aber vielleicht nützlich, dass verschiedene Aspekte kaum oder keine Erwähnung finden. Erstaunlich wenig wird die spezifische Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt angesprochen; vielleicht ist das auf die Ausblendung dieses Themenfelds in der Diskussionsgrundlage zurückzuführen. Um ein vollständiges Bild zu erhalten, wird man jedenfalls aus den Aussagen über die gesellschaftlich notwendige Nichterwerbsarbeit (vgl. den folgenden Abschnitt 2.2) Rückschlüsse ziehen müssen. Noch seltener werden Jugend-Aspekte erwähnt; das mag daran liegen, dass sich nur wenige Jugendliche an der Konsultation beteiligt haben, ist aber besonders bedauerlich, weil die Jugendlichen im Arbeitsmarkt vor spezifischen Fragen stehen und der Sozialisationscharakter des Arbeitslebens einen sicher wichtigen Faktor des gesellschaftlichen Lebens darstellt; auch fehlende Lehrstellen werden kaum thematisiert. Und schliesslich findet die Situation von behinderten Menschen im Erwerbsleben kaum Erwähnung.

Schliessen wir diesen Abschnitt mit einer nicht-repräsentativen Beobachtung: Einige Eingaben erinnern an das benediktinische *ora et labora*. Gebet und Arbeit gehören zusammen – eine Einsicht, die sicher in der heutigen sozialen Realität der Arbeit und der Kirchen zu wenig zum Tragen kommt. Der religiöse Sinn menschlicher Arbeit, wie er seit der Mitte des 20. Jahrhunderts als «Theologie der Arbeit» in beiden Konfessionen erhoben wurde, scheint heute jedenfalls nur noch wenig sichtbar zu sein.

Das bedeutet sicher, dass eine neue Theologie der Arbeit entwickelt werden muss, wenn die kirchliche Verkündigung im Arbeitsleben spürbar werden soll.

## 2.2 Erwerbsarbeit, Nichterwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit

Wer heute von der Arbeit spricht, meint normalerweise die Erwerbsarbeit, und häufig spielt dabei auch die Problematik der (Erwerbs-) Arbeitslosigkeit eine Rolle. Die Darlegungen dieses Abschnitts wie des vorangegangenen können deshalb von dem über die Arbeitslosigkeit (2.3) nicht wirklich getrennt werden. Und weiter muss für das Folgende beachtet werden, dass die Diskussionsgrundlage zur Ökumenischen Konsultation ausdrücklich die Frage nach der «Verteilung der ‚Mangelware‘ Erwerbsarbeit» stellt und viele Eingaben darauf auch antworten, womit vielleicht erklärt werden kann, dass andere Aspekte der Thematik weniger Erwähnung finden. Die folgende Darstellung möchte dem Beachtung schenken und erhebt deshalb keinen Anspruch auf eine mengenmässig verstandene Repräsentativität.

587 Textauszüge können dem Themenkomplex Arbeit und Zeit zugeordnet werden (Schlagwörter **Arbeitszeit, Arbeitszeitverkürzung, Beschäftigungssystem, Erwerbsarbeit, Feiertag, Freizeit, Sonntag und Teilzeitarbeit**). Dabei bilden die Aussagen zur *Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit* einen ersten Schwerpunkt. Viele Eingaben fordern eine gerechte Verteilung nicht nur der Erwerbs-, sondern eben auch der Nichterwerbsarbeit, die bisher überwiegend von Frauen erbracht wird. Einzelne Stellungnahmen vor allem von Frauenseite weisen auch darauf hin, dass die Vorstellung, früher habe in der Schweiz Vollbeschäftigung geherrscht, einer Differenzierung bedarf: Für Männer gab es «Vollerwerbstätigkeit», und für die Frauen «Vollbeschäftigung». Die Gleichverteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern ist eine eigenständige gesellschaftliche Aufgabe, die nicht mit der Überwindung der (Erwerbs-) Arbeitslosigkeit verwechselt werden darf. Wie ist aber eine bessere Verteilung der Familienarbeit, der ehrenamtlichen und der Freiwilligenarbeit möglich? Und wie kann überhaupt erreicht werden, dass die gesellschaftlich notwendige Nichterwerbsarbeit, die bisher zu oft liegen bleibt, geleistet wird? Vorgeschlagen werden ebenso die immaterielle Anerkennung und Aufwertung wie die finanzielle Entschädigung. Einzelne Stimmen meinen aber auch, dass eine Bezahlung der (bisherigen) Nichterwerbsarbeit einen erheblichen kulturellen Verlust darstellen würde; in

der Tat stellt ja, wie andere Eingaben sagen, die Vorrangstellung der Erwerbsarbeit das eigentliche Problem dar, und dem kann man wohl nicht dadurch begegnen, dass Nichterwerbs- in Erwerbsarbeit umfunktioniert wird. Eine Zwischenposition nimmt der Vorschlag ein, die Nichterwerbsarbeit vermehrt mit der Möglichkeit auszustatten, sozialversicherungsrechtliche Ansprüche zu erhalten; damit wäre auch die häufig bedauerte Koppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherheit etwas gelockert. An die Kirchen ergeht in einigen Stellungnahmen die Aufforderung, die in ihren Reihen geleistete ehrenamtliche und freiwillige Arbeit sichtbar zu machen und auch (immateriell) zu honorieren.

Einen zweiten Schwerpunkt in den Antworten zur Konsultation bilden die Aussagen zur *Arbeitszeitverkürzung*, zur *Verteilung der Erwerbsarbeit* und zur *Teilzeitarbeit*, und zwar vor allem im Zusammenhang mit der Krise auf dem Arbeitsmarkt. Viele Eingaben erachten eine Überwindung der Arbeitslosigkeit durch bessere Verteilung der Erwerbsarbeit als möglich. Dabei wird normalerweise auch eine – wenn auch gegebenenfalls gestufte – Lohnreduktion akzeptiert. Andere, weniger zahlreiche Stellungnahmen sind dagegen skeptisch; sie fordern vielmehr die Schaffung von Arbeitsplätzen, was die entsprechenden Rahmenbedingungen für technische und wirtschaftliche Innovationen, Preisstabilität und gesunde Staatsfinanzen, international konkurrenzfähige Steuer- und Abgabeverhältnisse, Deregulierung und Privatisierung von Staatsbetrieben etc. voraussetzt. Und wiederum andere Stellungnahmen weisen darauf hin, dass allein durch die demografische Entwicklung in naher Zukunft viele Arbeitsplätze vor allem im Pflege- und Betreuungsbereich geschaffen werden müssen.

Wenn gemäss offizieller Statistik weit über 95% der erwerbsfähigen und -willigen Menschen in unserem Land einen Arbeitsplatz haben, und wenn man gleichzeitig die Arbeitslosenquoten in anderen Ländern betrachtet, kann man sich abgesehen davon mit verschiedenen Eingaben fragen, ob die Erwerbsarbeit in unserem Land tatsächlich eine «Mangelware» sei. Dabei bringt eine Stellungnahme allerdings eine wichtige Differenzierung an: Das gesellschaftliche Hauptproblem ist nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen an sich, sondern die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen für schlecht qualifizierte Personen. Kaum auf Widerspruch stossen wird die Forderung, Schwarzarbeit wirksamer zu bekämpfen. Daneben wird aber auch die Schaffung von fiskalischen Anreizen für Teilzeitarbeit bzw. die steuerliche Belastung von Überzeitarbeit vorgeschlagen.

Vielleicht kann man aus den Eingaben den Schluss ziehen, dass eine Förderung der Teilzeitarbeit erwünscht ist – aber nicht unbedingt zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, sondern aus allgemeinen gesellschaftlichen Gründen. Ohne Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit sind jedenfalls, wie an einzelnen Stellen betont wird, eine Aufwertung der Nichterwerbsarbeit, die Gleichverteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen und insbesondere die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit nicht zu haben. Und wiederum ergeht an die Kirchen die Aufforderung, Teilzeitarbeit in den eigenen Reihen aktiv zu fördern.

Die Verkürzung der Arbeitszeit soll aber – so ein dritter, allerdings weniger ausgeprägter Schwerpunkt in den Eingaben – nicht einfach unterschiedslos zu einer Vermehrung der Freizeit führen, sondern die Etablierung eines Sektors «Sozialzeit» ermöglichen. Da zu dieser Thematik Publikationen von schweizerischen Autoren vorliegen (in den Eingaben wird auf H. Ruh und P. Spescha hingewiesen), darf eine breite Darstellung hier unterbleiben. Ebenfalls nur hingewiesen werden kann hier auf die einzelnen Stellungnahmen, die ein Festhalten am Sonntag als gemeinsamem Ruhetag fordern. Und schliesslich werden verschiedentlich auch Vorschläge aufgegriffen, Arbeit und Einkommen zu entkoppeln und ein garantiertes Mindesteinkommen zu schaffen (vgl. dazu im Kapitel *Staat* Abschnitt 3.4).

In der öffentlichen Diskussion zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zur Gleichverteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit werden zahlreiche Vorschläge gemacht, auch wenn wohl nur wenige davon überzeugt sind, das Patentrezept in der Tasche zu haben. Dabei wird freilich meist die kulturelle Problemebene ausgeblendet. Einige Stellungnahmen zur Ökumenischen Konsultation weisen hingegen ausdrücklich darauf hin, dass die Erwerbsarbeit erst dann besser verteilt werden kann, wenn die Menschen nicht mehr über ihre Leistung definiert bzw. nach ihrer Erwerbsarbeit klassiert werden. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit setzt also individuelle und gesamtgesellschaftliche Mentalitätsänderungen voraus. Das gilt zumal für die Teilzeitarbeit als Teil-Lösungsansatz, die die Bereitschaft zum Verzicht auf Einkommen voraussetzt. In den Eingaben wird leider kaum die Frage aufgeworfen, was die Einsicht in dieses Voraussetzungsverhältnis für die sozialetische Verkündigung der Kirchen bedeutet. Vielleicht liegt hierin die Antwort auf die vereinzelt in den Eingaben gestellte Frage, ob Teilzeitarbeit und Arbeitszeitverkürzung wirklich Themen seien, mit denen sich die Kirchen zu beschäftigen hätten.

### 2.3 Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit

In den vorangegangenen Abschnitten ist bereits einiges zur Arbeitslosigkeit referiert worden, das hier nicht mehr wiederholt werden muss. Generell kann nur bekräftigt werden, dass unter den Zukunftsängsten die Arbeitslosigkeit in den Eingaben zur Ökumenischen Konsultation an erster Stelle genannt wird. Und wie aus einer Reihe von Antworten von Jugendlichen klar wird, nehmen gerade diese die Arbeitslosigkeit als Bedrohung sehr ernst.

Die hier darzustellenden Aussagen (433 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Arbeitslosigkeit**, **Arbeitsmarkt**, **Rationalisierung** und **Vollbeschäftigung**) führen eindringlich vor Augen, dass es kein einfaches Rezept zur Überwindung der Krise auf dem Arbeitsmarkt gibt; auch die kirchliche Ethik kann, wie eine Eingabe betont, einen solchen Anspruch nicht erheben. Von den Kirchen wird an anderer Stelle vielmehr erwartet, sich für einen Wertewandel einzusetzen, damit erstens Arbeitslosigkeit nicht mehr als individuelles Versagen interpretiert wird und zweitens die Offenheit für neue Lösungsansätze zunimmt. Zum ersten: Verschiedene Eingaben dokumentieren, wie gravierend der Verlust des Arbeitsplatzes für die Betroffenen ist. An einer Stelle wird gesagt, es gebe für viele Menschen keine schlimmere Erniedrigung als das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden. Die Arbeitslosigkeit wird – auch von den Betroffenen und, schlimmer noch, ihren Angehörigen – individualisiert, d. h. als eigenes Versagen aufgefasst. Und zum zweiten: Die Diskussion der verschiedenen Lösungsansätze in den Stellungnahmen zeigt, dass keine Strategie für sich allein wirklich zu überzeugen vermag: weder eine Senkung der Lohnkosten noch, wie oben (Abschnitt 2.2) gezeigt, die Arbeitszeitverkürzung, noch die Mobilität der Arbeitslosen und die Deregulierung des Arbeitsmarktes etc. Selbst beim Ziel besteht keine Einigkeit: Findet sich in den einen Stellungnahmen die Überzeugung, die Erreichung von Vollbeschäftigung sei machbar und im Grunde eine Frage des politischen Willens, sagen andere, eine Aufrechterhaltung der gewohnten Vollbeschäftigung sei nicht möglich.

Exemplarisch soll hier nur auf zwei Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hingewiesen werden: Erstens wird vom Ergänzenden Arbeitsmarkt der Stadt Zürich berichtet, der, quasi als Fortsetzung der Aktivitäten der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, den Erwerbslosen, die nicht in den ordentlichen Arbeitsmarkt reintegriert werden können, Arbeitsangebote und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt.

Der Ergänzende Arbeitsmarkt hat die berufliche und die soziale Reintegration zum Ziel – und die Berichte über den Verlust eines ganzen sozialen Beziehungsnetzes, der sozialen Identität und schliesslich auch der sozialen Selbstachtung dokumentieren, wie wichtig gerade die gesellschaftliche Wiedereingliederung ist. Und zweitens ist auf die Forderungen nach einer verbesserten Bildungspolitik hinzuweisen, von der alle profitieren können und die auch Spezialisierungen nicht auf Kosten einer breiten Allgemeinbildung fördert. Eine Stellungnahme bringt es sinngemäss wie folgt auf den Begriff: Im Ausbildungsbereich muss die Chancengleichheit realisiert werden.

Verschiedene Stellungnahmen konstatieren, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung den Zugang zum Arbeitsmarkt nicht mehr aus eigener Kraft schafft. Die Gesellschaft, so wird ebenfalls festgehalten, kann sich mit einer solchen Tatsache nicht abfinden, wenn sie nicht politische Radikalisierung, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt zulassen will. Ausländerinnen und Ausländer, insbesondere Jugendliche mit fremdem Pass, Langzeitarbeitslose und schlecht ausgebildete Personen erfordern besondere Aufmerksamkeit. Öffentliche Arbeitspolitik ist also, so wird an einer Stelle gesagt, die Korrektur des freien Arbeitsmarktes, und das bedeutet weiter, dass Arbeitspolitik mehr sein muss als eine arbeitsmarktbezogene Wettbewerbspolitik (zur dahinter stehenden Auseinandersetzung um den Neoliberalismus vgl. oben Abschnitt 1.2.3). Auf der anderen Seite wird allerdings auch eine Aufhebung unnötiger Behinderungen von unternehmerischen Aktivitäten gefordert. Und wiederum an anderer Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, dass durch die Globalisierung der Spielraum der nationalen Arbeitsmarktpolitik empfindlich eingeschränkt worden ist (vgl. dazu oben Abschnitt 1.2.2).

Bei der Durchsicht der Passagen zum Arbeitsmarkt erstaunt es allerdings etwas, dass der spezifische Charakter dieses Arbeitsmarktes doch recht wenig reflektiert wird. Zwar wird da und dort bemerkt, Familienväter und -mütter könnten nur schwer und mit entsprechenden sozialen Kosten die vom Arbeitsmarkt geforderte Mobilität und Flexibilität gewährleisten. Weiter gehende Überlegungen zu dieser speziellen Ware «Arbeit», die da gehandelt wird, sind aber kaum zu sehen, ausser dort, wo diese Charakterisierung insgesamt abgelehnt wird. Dass es sich beim Arbeitsmarkt um einen ganz speziellen Markt handelt, auf dem keine Gleichheit zwischen Anbietern und Nachfragern herrscht, zeigt schliesslich auch ein Blick in die Berichte von der subjektiven Befindlichkeit von Arbeitslosen: Nach unge-

zählten Absagen glaubt man nicht mehr daran, dass die nächste Bewerbung auf eine offene Stelle Erfolg bringt.

## 2.4 Die Sozialpartner

Aus den vielfältigen Äusserungen zur Sozialpartnerschaft in der Schweiz (238 Textauszüge zu den Schlagwörtern **ArbeitgeberIn, ArbeitnehmerIn, Gesamtarbeitsverträge, Gewerkschaft, sozialer Frieden, Sozialpartner, Streik** und **UnternehmerIn**) seien hier nur zwei Punkte herausgegriffen. Allgemein wird erkannt, dass die Sozialpartnerschaft in unserem Land seit Jahren einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt ist. Das gilt sowohl auf der überbetrieblichen Ebene, wo die Aushandlung und Erneuerung von Gesamtarbeitsverträgen immer schwieriger wurde, wie auch auf der betrieblichen, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer mehr das Gefühl bekamen, nur noch als Kostenfaktoren betrachtet zu werden, während Arbeitgeber von ihren Angestellten eine loyale Haltung gegenüber dem Unternehmen fordern. Auch hier zeigt sich wieder, dass sich das soziale Klima in der Arbeitswelt verschlechtert hat. Umso wichtiger ist es gemäss zahlreichen Eingaben, die Sozialpartnerschaft aktiv zu pflegen, denn sie macht, wie ebenfalls angemerkt wird, einen zentralen Faktor für den Wohlstand in der Schweiz aus.

Die Situation der Unternehmerinnen und Unternehmer und besonders der Chefs kleiner und mittlerer Unternehmen verdient besondere Beachtung, wurden sie doch, wie verschiedentlich kritisiert wird, in der Diskussionsgrundlage nicht erwähnt. Die Kirchen sollen mit den Wirtschaftsverantwortlichen den Kontakt pflegen, denn die Kirchen können, wie an einer Stelle gesagt wird, durchaus auf der Seite der Benachteiligten stehen, ohne deswegen eine Kreuzzugstimmung verbreiten zu müssen. Immerhin ist aber eine Veränderung in der gängigen Unternehmenskultur zu verzeichnen, die eine Stellungnahme so beschreibt: War früher das gute Image des Betriebs durch qualitativ hochstehende Produkte das Ziel, geht es heute primär um den finanziellen Erfolg. Diese Entwicklung soll, wie unbestritten bleibt, korrigiert werden. Man kann sich dabei etwa an den Aussagen eines prominenten schweizerischen Unternehmers orientieren, der in einer Stellungnahme wie folgt zitiert wird:

*«Wir dürfen uns nicht einbilden, ein Unternehmen sei lediglich eine betriebswirtschaftliche Zweckveranstaltung, und der unternehmerische Auftrag sei mit der Erzielung von Gewinn erfüllt, für alles andere fühle man sich weder zuständig noch verantwortlich.»*

## 2.5 Erwerbseinkommen

Übers Ganze gesehen äussern sich relativ wenige Eingaben zu Fragen von Arbeit und Einkommen (215 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Einkommen, Lohn, Lohnkosten** und **Working poor**), und beinahe durchgehend geht es dabei nicht um den eigenen Verdienst. In vielen Stellungnahmen ist Besorgnis spürbar bezüglich des wachsenden Lohngefälles. Und im Speziellen herrscht Betroffenheit darüber, dass offensichtlich immer mehr Menschen trotz einer vollzeitlichen Erwerbstätigkeit den notwendigen Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen nicht decken können (so genannte *Working poor*). Der sich daraus ergebenden Forderung nach staatlich festgesetzten Mindestlöhnen wird allerdings auch widersprochen und stattdessen die staatliche Ergänzung nicht existenzsichernder Löhne vorgeschlagen. Die Lösung dieses – nach Meinung vieler skandalösen – Problems der nicht existenzsichernden Löhne ist allerdings nur das eine; das andere ist die Frage, wie es überhaupt entstehen konnte. Und hier interpretiert eine Stellungnahme die *Working poor* als Zeichen für eine Fehlentwicklung, die durch eine rücksichtslose Entsolidarisierung gekennzeichnet ist.

Welcher Lohn ist gerecht? In dieser Frage lässt sich erwartungsgemäss keine Übereinstimmung ausmachen. Die Forderung nach Lohngleichheit wird in den Eingaben ebenso vertreten wie das Leistungslohnprinzip. Die meisten Stellungnahmen lassen aber Distanz zu beiden Extremen erkennen und erachten eine Kombination des Bedürfnis- mit dem Leistungsprinzip für angebracht. Der Grundsatz, dass jeder Mensch Anrecht habe auf eine gesicherte Existenz und dass es grundsätzlich möglich sein müsse, mit einer Vollzeitstelle die eigene Familie angemessen zu versorgen, wird als vereinbar betrachtet mit dem Prinzip, dass Leistung auch honoriert werden soll. Und zahlreiche Aussagen lassen sich wohl auf die folgende Formel bringen: Ein marktgerechter Lohn ist nicht unbedingt auch schon ein gerechter Lohn.

## 3 Geld und Kapital

### 3.1 Finanz- und Steuerpolitik

Die hier zu referierenden Aussagen (162 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Finanzierung, Finanzpolitik** und **Kapital**) beschlagen ein ausserordentlich weites Feld. Insgesamt lassen sich vier Schwerpunkte ausma-

chen. Ein erster ist, dass die Finanzierung der Sozialwerke zwar als Problem ernstgenommen wird, das aber gelöst werden kann. Das Gefühl, die Schweiz könnte sich ein tragfähiges System der sozialen Sicherheit in Zukunft nicht mehr leisten, ist jedenfalls kaum auszumachen. Zweitens wird häufig eine Steuerreform gefordert (vgl. auch im Kapitel *Staat* Abschnitt 4.5). Als Ziele einer solchen Fiskalreform werden genannt die Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen und den Gemeinden – vereinzelt wird gar die Abschaffung der kantonalen Steuerhoheit gefordert – sowie die Einführung neuer Steuern – genannt werden Reichtums-, Kapitalgewinn-, Erbschafts- und Energiesteuer. Wohl die meisten Nennungen betreffen, drittens, die internationale Ebene. Gefordert wird hier die Besteuerung internationaler Finanztransaktionen, die heute oft kurzfristig und aus spekulativem Interesse erfolgen (so genannte *Tobin-Tax*), um den Erlös developmentpolitisch orientiert zu investieren. Ebenfalls ein wichtiges Anliegen ist der Schuldenerlass für hochverschuldete Länder der Dritten Welt. Schliesslich wird viertens sehr häufig die zunehmende Macht des Produktionsfaktors Kapital beklagt. Die Geldgeber, so wird gesagt, haben heute ein Übergewicht über die anderen Interessengruppen. Dagegen wird eine Inpflichtnahme des Kapitals zur Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gefordert. Und die These aus einer Stellungnahme verdient besondere Beachtung: Im Grunde ist es nicht so, dass das Kapital arbeitet; vielmehr arbeiten Menschen für das Kapital, damit es Dividenden und Zinsen bringt.

### 3.2 Der Finanzplatz Schweiz

Die relativ wenigen Aussagen aus den Stellungnahmen, die mehr oder weniger direkt auf den Finanzplatz Schweiz bezogen werden können (88 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Bank, Bankgeheimnis** und **Finanzmarkt**), zeigen als Schwerpunkt die Forderung nach einer Aufhebung oder zumindest Aufweichung des schweizerischen Bankgeheimnisses. Nirgends wird es verteidigt, hingegen wird häufig betont, es könne nicht ethisch akzeptabel begründet werden, weil es zu verwerflichen Zielen benutzt werde und Missbrauch geradezu provoziere. Den Banken wird ein freiwilliger Verhaltenskodex vorgeschlagen, der soziale, ökologische und ethische Kriterien enthält; das wäre ein Schritt zum an einer Stelle geforderten Wechsel vom Renditedenken zu einem gemeinnützigen Verhalten. Und schliesslich fordern mehrere Eingaben die Unterstützung alternativer Geldanlagemöglichkeiten, die ökologische und soziale Gesichts-

punkte in den Vordergrund stellen. Dieser Aufruf ergeht explizit auch an die Kirchen, die grosse Vermögenswerte verwalten.

### 3.3 Gewinn und Reichtum

Zahlreiche Eingaben kommen auf den Gewinn als Ziel der Wirtschaft zu sprechen (390 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Eigentum, Geld, Geldanlage, Gewinn, Investition, Reichtum** und **Vermögensbildung**). Dabei wird beinahe durchgehend beklagt, dass die Gewinnmaximierung im heutigen Wirtschaftsleben an oberster Stelle steht. Diese Vorrangstellung wird in verschiedenen Wortmeldungen als ebenso volkswirtschaftlich fragwürdig wie sozial gefährlich erachtet. So wird etwa gesagt, es sei anstössig, gleichzeitig Milliardengewinne zu machen und Personal zu entlassen. Zwar wird sehr vereinzelt auch gesagt, Gewinne an sich seien nicht schlecht und abgesehen davon auch notwendig. Aber Äusserungen wie die, die Wirtschaftsunternehmen sollten sich nicht an der Gewinnmaximierung, sondern an der Nachhaltigkeit orientieren, oder gar, es gebe auch unmoralisch hohe Gewinne, geben den Grundtenor der Eingaben zu diesem Thema besser wieder. Spezielle Beachtung wird dabei dem Umstand geschenkt, wie Gewinne erzielt werden: Es macht offensichtlich für viele einen Unterschied, ob die Gewinne aus Börsengeschäften resultieren oder aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. So wird an einer Stelle sinngemäss etwa gesagt, Gewinne sollten aus Arbeit entstehen und auch wieder Arbeit schaffen. Die heute zu beobachtende Tendenz, Gewinne zu privatisieren und Verluste – bzw. die externen Kosten der Gewinnerzielung – zu sozialisieren, wird jedenfalls scharf kritisiert. Und selbstverständlich wird auch an einigen Stellen das Ausnützen von Monopol- und Kartellmacht als ungerecht qualifiziert.

Worauf beruht eigentlich dieses Gewinnstreben? Die Eingaben lassen auf diese Frage keine schlüssige Antwort zu. Beobachtet wird einfach, dass das Geld in unserer Gesellschaft ein ungeheures Machtpotential darstellt; das Geld hat Vorrang über das Menschliche. Dem kann sich der Einzelne kaum entziehen. Und doch gibt es in der Einschätzung einiger weniger Stellungnahmen noch immer Menschen und vor allem Jugendliche, die die immaterielle Lebensqualität über den Reichtum stellen. Häufig wird abstrakt gefordert, das Geld müsse im Dienst des Menschen stehen, und nicht umgekehrt. Und eine Stellungnahme beschreibt pointiert, mit Geld könnten wir nur Mittel kaufen (beispielsweise ein Buch), aber keine Zwecke (also hier die Intelligenz, es zu verstehen).

Welche Aufgabe kommt den Kirchen in dieser Situation zu? Zuerst einmal müssen sie sich fragen, welche Rolle denn in ihrem Leben das Geld spielt und – konkret – wie sie ihre Gelder anlegen. Und weiter wird von den Kirchen da und dort durchaus auch erwartet, das Besitz- und Geldstreben mehr in Frage zu stellen. Allerdings stellt sich da, wie einige Stellungnahmen bemerken, ein heikles Problem: Wenn die Kirchen ein «weg vom Mammon» fordern, können sie nicht umgekehrt wieder soziale (Um-) Verteilungsforderungen stellen. In diesem Zusammenhang wird denn auch gerade der Diskussionsgrundlage zur Konsultation zum Vorwurf gemacht, allzu materialistisch orientiert zu sein. Vielleicht hilft hier die Stellungnahme weiter, die ausführt, die Kirchen sollen in gleicher Masse, in dem sie ihre Option für die Armen wahrnehmen, die Reichen auf ihre grössere Verantwortung aufmerksam machen. Die ungleiche Reichtumsverteilung, so kann gefolgert werden, ist nicht ein «sozialtechnisch» zu lösendes Problem, sondern erfordert den Rekurs auf dem Grundsatz der Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Diese Verantwortung gilt übrigens ausdrücklich auch für die Unternehmen: Wie dieselbe Stellungnahme ausführt, sind sie mitverantwortlich für die Entlassenen und für die Armen der Gesellschaft.

Einzelne Stellungnahmen zeigen Alternativen zum Gewinnstreben in der Wirtschaft auf. So wird in einigen Eingaben auf die Gewinnverwendung in Unternehmen, die einer bestimmten religiösen Bewegung nahe stehen, hingewiesen: Der Gewinn wird gebraucht für Löhne, die Reinvestition ins Unternehmen und für Notleidende und Bedürftige. In anderen Eingaben wird die Abschaffung des Bodeneigentums und des Zinswesens (so genannte Freiwirtschaft) gefordert. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer würden aber sicher zumindest dem an einigen Stellen postulierten Grundsatz zustimmen, dass die erzielten Gewinne prinzipiell dem Unternehmen und nicht den Unternehmern bzw. den Investoren gehören.

Schliesslich soll noch darauf hingewiesen werden, dass die zunehmende Ungleichverteilung des Reichtums in unserer Gesellschaft und insbesondere die offensichtlich zunehmende Armut und Bedürftigkeit viele mit Sorge erfüllt: «Reiche werden reicher – Arme werden ärmer». Auch in diesem Zusammenhang wird wieder die Forderung erhoben, Rechte und Pflichten im Umgang mit Geld sollten wieder Thema der kirchlichen Moralverkündigung werden.

## 4 Wirtschaft und Gesellschaft

War bisher beinahe ausschliesslich von der Wirtschaft unseres Landes die Rede, bietet sich in diesem abschliessenden Abschnitt Gelegenheit, mit einigen Hinweisen den Horizont um die globale und die soziale Dimension zu erweitern.

### 4.1 Das gesellschaftliche Umfeld der Wirtschaft

Nur vergleichsweise wenige Eingaben äussern sich auf allgemeiner Ebene zum Zusammenhang von Wirtschaft und Gesellschaft (64 Textauszüge zu den Schlagwörtern **Industriegesellschaft**, **Sozialverträglichkeit** und **Wirtschaftsvertrag**). Dabei liegt ein deutlicher Schwerpunkt in der Überzeugung, dass der Lebensstil in den Industrieländern – nicht nur in der Schweiz – nicht globalisierbar und auch nicht zukunftsfähig ist. Es braucht hier im reichen «Norden» also eine neue Bereitschaft zum bewussten Verzicht, damit die Länder des «Ostens» und «Südens» Platz erhalten für ihre Entwicklung. Die kirchliche Verkündigung soll dazu eine spirituelle Hilfeleistung geben. Allerdings weicht eine Stellungnahme markant von dieser Position ab; sie betont, dass es aus Sicht der soziologischen Systemtheorie nicht zu erwarten ist, durch Rückgriff auf verbindliche Sinn- und Wertordnungen die Gesellschaft insgesamt steuern zu können. – Weiter muss angemerkt werden, dass das Konzept «Wirtschaftsvertrag» aus der Diskussionsgrundlage bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Konsultation nur wenig Reaktionen hervorzurufen vermochte, und diese bleiben vorwiegend beim Wunsch nach stärkerer Einbindung der Wirtschaft in die Gesellschaft.

### 4.2 Die Auswirkungen der Wirtschaft auf das gesellschaftliche Leben

Etwas mehr Eingaben äussern sich zu Einzelthemen im Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft (215 Textauszüge zu den Schlagwörtern **KonsumentIn**, **Lebensstandard**, **Staatsverschuldung**, **Werbung** und **Wohlstand**). Auf die diesbezügliche Frage in der Diskussionsgrundlage zur Konsultation äussern viele Eingabegeberinnen und Eingabegeber die Bereitschaft, auf Wohlstand – hier verstanden im Sinne von materiellem Reichtum – verzichten zu wollen, wenn das jemandem auch wirklich zu Gute kommt. Allerdings muss dieser Verzicht wirklich und sichtbar jemandem helfen, der Zweck von Solidarität muss also erkennbar sein. Dabei ist auf die Eingabe besonders zu achten, die ausführt, dass Teilen nicht unbe-

dingt eine Minderung der – nun aber nicht mehr nur in materiellem Sinn verstandenen – Wohlfahrt bedeutet. Generell ist der Lebensstandard für alle Teile der Bevölkerung unseres Landes in den letzten Jahrzehnten gestiegen – zugenommen haben gemäss einer Eingabe aber gleichzeitig auch Gewalt und Unsicherheit. Wie eine andere Eingabe ausführt, könnte das daran liegen, dass wir eben so sehr auf unseren materiellen Wohlstand fixiert sind, und sobald dieser Wohlstand in Frage gestellt scheint, schwindet unser (auch religiöses) Vertrauen.

Verschiedene Eingaben weisen darauf hin, dass die Einzelnen als Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit haben, die Wirtschaft mitzubestimmen. Das setzt freilich auch das Bemühen um Information über die Produkte und ihre Herstellung voraus – Information, die aber heute ohne weiteres verfügbar ist. Verschiedene Eingaben unterstreichen die Wichtigkeit von Sozial- und Umweltlabels für Produkte, um ein bewusstes Konsumverhalten zu fördern.

Schliesslich sei darauf hingewiesen, dass die Verschuldung der öffentlichen Hand – ein Problem, das eng mit dem Wirtschaftsverlauf und unserem Lebensstandard zusammenhängt – mit grosser Sorge betrachtet wird. Jedenfalls ist keine Stellungnahme zu sehen, die die öffentlichen Schulden auf die leichte Schulter nehmen würde. Wie dem Problem aber Abhilfe geschaffen werden kann, ohne neue Probleme im sozialen Bereich hervorzurufen, bleibt – in den Eingaben zur Konsultation ebenso wie in der öffentlichen Diskussion – unklar.



## Kirche

Das Kapitel *Kirche* besteht aus zwei Abschnitten: In Abschnitt 1 wird dargestellt, wie sich Einsenderinnen und Einsender als Christinnen und Christen verstehen und welche Bedeutung für sie das Gebet und die Bibel haben. Abschnitt 2 befasst sich mit den Vorstellungen über die Kirche. In Abschnitt 1 werden die behandelten Schlagwörter **fett** hervorgehoben, während in Abschnitt 2, der die Textauszüge zum Schlagwort **Kirche** referiert, ohne systematischen Anspruch Zitate zur Illustration eingefügt werden.

### 1 Christinnen und Christen

#### 1.1 Christliches Leben und Glauben

Rund 250 Einsenderinnen und Einsender haben sich explizit dazu geäußert, was es bedeutet, als **ChristIn** in unserer Gesellschaft zu leben. Dabei betonen viele, dass ihnen der **Glaube** Halt und Kraft gebe. Die einen legen mehr Gewicht auf die individuelle ethische Seite des Glaubens, die anderen mehr auf die soziale ethische. Gottesliebe und Nächstenliebe werden als grundlegend für das christliche Leben betrachtet, wobei für einige **Gott** im Zentrum stehen muss. Die Nächstenliebe allein mache das **Christsein** nicht aus, erst die Hingabe des Lebens an Gott führe dazu. Mit «Gott» werden verschiedene Aspekte verbunden: Gott wird als Schöpfer gesehen, der den Menschen als seinen Ebenbildern Würde verleiht, die alle respektieren müssen; Gott wird als universaler Herrscher verstanden, vor dem sich die Menschen zu verantworten haben. Er ist für die Menschen, die sich dazu geäußert haben, der Grund ihres Vertrauens. Die Erlösungstat Christi wird von manchen als Befreiung erlebt. Verschiedene Einsenderinnen und Einsender vertrauen auf Gottes Führung im Wirken des Heiligen Geistes. Für einige ist die Liebe Gottes zu den Menschen die Grundlage dafür, dass sie sich verändern und in Liebe auf andere Menschen zugehen und anderen Mächten (Mammon/Geld) widerstehen können – gemäss dem Vorbild Jesu Christi.

Der grösste Teil der hier zu betrachtenden Eingaben spricht explizit oder implizit von Nächstenliebe, die zum Christsein unabdingbar dazugehört. In einigen Antworten von Kindern sind Beispiele zu finden, wie sie jeman-

dem geholfen haben. Der Einsatz für die Armen und Ausgestossenen wird hier als wesentlich angesprochen, und zwar sowohl auf persönlicher als auch auf politischer Ebene.

Weiter wird von den Christen und Christinnen ein sorgfältiger Umgang mit der ganzen Schöpfung verlangt. Sie sollen wache Menschen sein, die ihr eigenes Verhalten, besonders das Konsumverhalten, hinterfragen. Einzelne verweisen auf die Kraft gelebter Gewaltfreiheit. Als weiterer Aspekt des Christseins wird die **Gemeinschaft** erwähnt.

Zum christlichen Leben gehört für einige das Zeuge-Sein für Gottes Wirklichkeit. Dies geschehe durch kohärentes Leben des Glaubens im Alltag. Im Verhältnis zur Wirtschaft wird festgestellt, dass Christinnen und Christen Berührungspunkte haben, was ihren Einfluss in diesem Bereich vermindere. Betont wird, dass es ihre Aufgabe sei, christliche Werte in die politische Diskussion einzubringen und darüber hinaus auch um realistische Lösungen mit zu ringen. Es wird eine Werteveränderung verlangt, die wieder den Menschen in das Zentrum rückt; die Wirtschaft solle ihm dienen. Das spirituelle Bedürfnis der Menschen soll mehr Gewicht erhalten als das materielle. – Im Verhältnis zu anderen Glaubensformen wird hie und da Offenheit in der Begegnung angemahnt.

## 1.2 Gebet

Die Frage 6 in der Diskussionsgrundlage ist dem **Gebet** gewidmet.<sup>1</sup> Rund 270 Eingaben haben darauf reagiert, weitere knapp 80 sind sonst auf das Gebet eingegangen. Viele dieser Eingaben betonen, dass das Gebet und der Einsatz für eine gerechtere Welt zusammengehören. Sie erinnern an das Motto *«ora et labora»* (bete und arbeite), das in der christlichen Tradition fest verwurzelt ist. Dabei werden verschiedene Aspekte erwähnt: Die Menschen schöpfen im Gebet Kraft, Mut und Zuversicht, um sich gegen Widerstände für eine gerechtere Welt einzusetzen. Durch das Gebet erkennen sie sich selber und die Welt besser. Es hilft ihnen, eine Situation realistischer zu sehen und das Notwendige zu tun. Damit wird das Gebet für sie zur Orientierungshilfe. Im Gebet öffnen sich die Menschen für Gott und das Wirken des Heiligen Geistes. Unter dessen Wirkung handeln die Menschen nach Gottes Willen, also im Sinne der Gerechtigkeit. Im Gebet wird neben der Beziehung zu Gott

<sup>1</sup> «Wie lassen sich Ihrer Erfahrung nach das Gebet und der Einsatz für eine gerechtere Welt in Einklang bringen?»

auch die Verbundenheit mit anderen Menschen gestärkt. Das gemeinsame Gebet kann zu Solidarität und gemeinsamem Handeln führen. Im Gleichgewicht von Gebet und Handeln ist nach Meinung der Einsenderinnen und Einsender wichtig, dass die Aktion nicht überhand nimmt und umgekehrt das Gebet nicht losgelöst vom Handeln weltfremd wird. In einzelnen Eingaben wird folgende Anweisung zitiert und als Massstab geltend gemacht: «Bete, als ob alles von Gott – arbeite, als ob alles von dir abhängen würde».

Einige Antworten legen das Gewicht vor allem auf die Praxis des Betens. Es wird auf die Gebetsnot unserer Zeit und auf die Wichtigkeit des täglichen Betens der Einzelnen und der kirchlichen Gremien hingewiesen. Die Hilfe in den menschlichen Nöten wird Gott zugeschrieben, darum sei es unabdingbar, die Verbundenheit mit ihm immer wieder zu suchen. Im Gebet finde der Mensch Nahrung für die Seele und die Liebe wachse in ihm. An den Kirchen sei es, zu Gebet und Meditation zu ermuntern und dafür auch neue Formen zu finden. Dem Gebet wird eine Kraft zugeschrieben, die Menschen verändern und heilen kann. In diesem Zusammenhang ist die Fürbitte zu erwähnen. Vor allem für Menschen zu beten, die Verantwortung tragen, oder für die, welche in Not sind, aber auch für die Welt als ganze, ist einigen TeilnehmerInnen an der Ökumenischen Konsultation ein Anliegen. Hier wird auf die religiösen Gemeinschaften hingewiesen, die oft für den Dienst der Fürbitte angefragt werden. Auf diesem Hintergrund wird das Gebet auch als Einsatz für eine gerechtere Welt gesehen.

Andere Eingaben legen das Gewicht mehr auf das Handeln. Sie betonen, dass das Gebet kein Ersatz sei für das Handeln. Es könne diesem im Wege stehen, indem es weltfremd mache. Christinnen und Christen sollen den Einsatz für eine gerechte Welt vor allem konkret vorleben, auch im Alltag. Solches Handeln wird in einigen Textausschnitten als Gebet verstanden. Für einzelne EingaberInnen liegen Gebet und konkretes Handeln auf völlig verschiedenen Ebenen. Sie sehen im Gebet eine persönliche Stütze des Menschen, aber keine Kraft, die das Weltgeschehen verändern kann. Oder das Gebet wird als Delegation an eine irrealen Instanz und damit als sinnlos betrachtet, der Mensch müsse die Verantwortung selber übernehmen.

In der französischen Fassung der Diskussionsgrundlage wird – anders als in der deutschen – danach gefragt, wie das «Unser Vater» (nicht das Gebet allgemein) und der Einsatz für eine gerechtere Welt miteinander in

Verbindung gebracht werden können. Daher sind einige Äusserungen explizit zum «**Vater Unser**» zu finden. Für viele ist dieses Gebet ein guter Leitfaden, um den christlichen Glauben im Alltag zu leben, und damit auch, um sich für eine gerechtere Welt einzusetzen. Als kollektives und universelles Gebet verbinde es die Christinnen und Christen mit anderen Gläubigen und helfe so, Schranken zu überwinden. Es formuliere die Abhängigkeit des Menschen von Gott und die Hoffnung, die darin liege. Eine Schwierigkeit wird darin gesehen, dass dieses Gebet oft automatisch gesprochen werde, wobei jemand aber annimmt, dass es auch dadurch Wirkung auf den Menschen haben kann. Einige Eingaben betonen, dass das «Vater Unser» die Beziehung des Menschen zu Gott betreffe; es sei nicht auf die wirtschaftliche Ebene umsetzbar. In der Auslegung der Diskussionsgrundlage wird die spirituelle Dimension von einigen vermisst; andere empfinden es als unangebracht, die Bitten des «Unser Vater» zu bestimmten systembezogenen Forderungen zur degradieren: Gott und nicht der Mensch sollte im Zentrum stehen.

*Unser Vater / Vater Unser im Himmel:* In dieser Anrede kommt für viele die Zusammengehörigkeit zum Ausdruck. Die Menschen seien Kinder des selben Vaters. Das verpflichte sie, sich um ihre Geschwister zu kümmern und ihnen als gleichwertigen Menschen zu begegnen. Die Beziehung zu Gott als Vater wird als Privileg gesehen. Sie macht Gottes Liebe zu den Menschen deutlich und relativiert alle anderen Ansprüche des Lebens. Mit dem *Kommen des Reiches Gottes* wird in den Stellungnahmen Gerechtigkeit und Frieden verbunden. Und es wird betont, dass die Menschen sich dafür einsetzen sollen, soweit dies möglich sei. Wenn der Mensch nach *Gottes Wille* handle, führe das zu einer gerechteren Welt, da es nach einigen Eingaben Gottes Wille sei, dass die ganze Welt in Würde leben könne. In der *Bitte um das tägliche Brot* wird einerseits die Abhängigkeit vom Schöpfer – und damit der Geschenkcharakter des (auch geistlich) Lebensnotwendigen – empfunden, und andererseits wird daraus der Auftrag abgeleitet, selber beizutragen, dass anderen das tägliche Brot nicht fehlt. Einige betonen, dass bei der *Vergebung der Schuld* nicht der Erlass von Geldschulden gemeint sei, sondern eine Befreiung auf geistlicher Ebene. Andere begrüßen das Engagement für den Schuldenerlass für hoch verschuldete Länder im Jahre 2000. In der Vergebung wird eine befreiende Kraft gesehen. In der Konfrontation mit dem *Bösen* wird die Beziehung zu Gott als Hilfe erlebt, um widerstehen zu können. Indem *die Macht bei Gott* gesehen wird, weisen die Betenden, so einige Stimmen, auf die Transzendenz hin; so geben sie ein Gegengewicht zur Welt.

Einige Einsenderinnen und Einsender, z. B. religiös neutrale Organisationen, haben zur Frage des Gebets explizit keine Stellung nehmen wollen

### 1.3 Bibel

Da in der Diskussionsgrundlage in Frage 5 nach der Bedeutung der **Bibel** für das Zusammenleben in den Kirchen und in der Gesellschaft gefragt wurde,<sup>2</sup> kamen dazu relativ viele Rückmeldungen (rund 360). Sie stehen in der Spannung, dass sie der Bibel in dieser Hinsicht gar keine («Sie ist veraltet») bis eine sehr grosse Bedeutung beimessen.

Viele finden in der Bibel ethische Richtlinien. Speziell erwähnt werden oft die Zehn Gebote, die «Goldene Regel» und die Bergpredigt mit dem doppelten Liebesgebot. Die Bibel ist die Grundlage, um urteilen und entsprechend handeln zu können. Sie enthält zwar keine Rezepte für die moderne Gesellschaft, aber Leitlinien. Die biblischen Werte werden von einigen als Grundlage für einen tragfähigen Gesellschaftsvertrag gesehen. Die Kirche sollte selber nach den biblischen Werten leben und diese in die soziale, politische und wirtschaftliche Diskussion einbringen. Der Wirtschaft aber kann keine biblische Gerechtigkeit aufgezwungen werden. Dies wird betont in den vereinzelt Reaktionen auf die Gedanken der Diskussionsgrundlage zum Gleichnis der Arbeiter im Weinberg (Mt 20,1–16). Die meisten sehen in diesem Gleichnis ein Bild für Gottes Gerechtigkeit, die nicht von den Menschen auf die irdische Wirklichkeit übertragbar sei. Die Gedanken zum Gleichnis vom grossen Festmahl (Lk 14,16–24) werden hingegen eher positiv aufgenommen, indem der gemeinschaftliche Aspekt bekräftigt wird.

Eine weitere Bedeutung wird der Bibel als Grundlage unserer Kultur zugeschrieben. Verschiedene Gedanken werden zum Umgang mit der Bibel geäußert. Aus der Feststellung, dass viele Menschen weit entfernt sind von der Bibel, kommt der mehrfache Wunsch nach zeitgemässer Auslegung (z. B. nicht länger aus der Sicht des Patriarchats). Dabei sollte darauf geachtet werden, dass Spezifisches nicht durch Anpassung verloren geht und die Bibel nicht zu fremden Zwecken missbraucht wird. Tägliches und gemeinsames Lesen wird empfohlen. Dies kann dazu beitragen, dass sich ihr Inhalt eher erschliesst. Um dies zu erreichen, wird auch die symbolische Leseweise oder das Lesen mit dem Herzen in den Blick gebracht. Erwähnt wird, dass die Bibel im Vergleich zur Tradition mehr Gewicht

<sup>2</sup> «Welche Bedeutung hat für Sie die Bibel für das Zusammenleben in den Kirchen und in der Gesellschaft?»

erhalten sollte. Doch auch ihre dunklen Seiten müssen aufgearbeitet werden. Viele betonen die Bedeutung der Bibel als Fundament des christlichen Lebens. Mit ihrer Hilfe finden die Gläubigen Zuversicht und Vertrauen, Stärke und die Kraft, in der Nachfolge Jesu zu sein. Sie zeigt den Weg zu Gott und hilft, sich für Gottes Leiten zu öffnen. Sie wird als lebendiges Wort erlebt, das den Menschen, die Gesellschaft und die Kirchen verändern kann und einen befreiten Umgang miteinander ermöglicht.

#### 1.4 Reich Gottes

Mit dem Begriff **Reich Gottes** kommt die Zukunft der Welt in den Blick. Knapp 100 Eingaben sind darauf näher eingegangen. In Bezug auf die Gedanken in der Diskussionsgrundlage sind es vorwiegend kritische Stimmen. Der Begriff hätte ihrer Meinung nach für Kirchenfremde besser erklärt werden sollen oder ist sogar für heute untauglich, weil er die Naherwartung der damaligen Zeit ausdrücke.

Vor allem wird betont, dass das Reich Gottes nicht von dieser Welt sei. In der Diskussionsgrundlage werde zu materialistisch davon gesprochen, ohne Berücksichtigung der spirituellen Dimension. Als eine auf das Ende der Zeit ausgerichtete (eschatologische) Grösse spricht es ihrer Meinung nach von der Wiederkunft Christi am Ende der Welt: Es sei Gottes Sache, sein Reich herbeizuführen, nicht die der Menschen. Den Begriff für die Errichtung eines neuen Gesellschaftsvertrages beizuziehen, wird darum als problematisch empfunden.

Für Christinnen und Christen gilt es, auf das Reich Gottes zu warten und es anzunehmen, sich aber auch darauf auszurichten und so nach dessen Wertmassstäben zu handeln. Christinnen und Christen sollen vom Reich Gottes und von seinem Kommen Zeugnis geben. Einige Eingaben weisen auf die Spannung des «Schon – noch nicht» der Gegenwart des Gottesreiches hin (Lk 17,21). Mit Christus sei es angebrochen, aber noch nicht vollendet. Es ist wie ein Same gegenwärtig (Mk 4,26–32) und Grund der Hoffnung. Einige Eingaben begrüssen den Ansatz der Diskussionsgrundlage. Es wird betont, dass das Reich Gottes nicht im fernen Jenseits zu suchen sei, sondern dass es darum gehe, dieses hier zu verwirklichen. Mit dem Einsatz für eine gerechtere Welt kann daran mitgebaut werden, im Wissen darum, dass Gott es vollenden wird.

Auch der Begriff der **Reich-Gottes-Verträglichkeit** wurde von rund 50 Eingaben aufgenommen. Und wieder finden sich Ablehnung und Zustim-

mung zu den Gedanken der Diskussionsgrundlage: Ablehnung, weil nach einigen die Welt nicht ohne Überforderung an himmlischen Kategorien gemessen werden kann. Sie ist nie perfekt, weil die Sünde zum Menschsein gehört. Zustimmung erfolgt von anderen, weil damit die Gerechtigkeit als Massstab für die Gesellschaft in den Blick kommt.

## 2 Der Auftrag der Kirche

### 2.1 Einführung

Die Textauszüge zum Stichwort Kirche – rund zwei Drittel der gut tausend Einsenderinnen und Einsender<sup>3</sup> haben sich dazu in ungefähr 1500 Textabschnitten geäussert – weisen vielfältige Formen auf: Sie reichen von knapp formulierten Überzeugungen bis hin zu umfangreichen Abhandlungen. Die sprachliche Gestaltung der Beiträge reicht von erzählender Sprache bis zu normativen Formulierungen. Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Vielfalt der Äusserungen zu den Aufgaben der Kirche deutlich zu machen.

*«Genauer gefasst denken wir, dass die Kirchen aufgerufen sind, ‚neue Menschen‘ zu bilden, d. h. Personen, welche von neuem lernen zu lieben, welche fähig sind, den Druck des Materialismus und des Individualismus abzulehnen, welche bereit sind zum Teilen, zur Kreativität (auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich), zur Einheit. Konkret bedeutet dies, unserer Meinung nach, die Soziallehre und Sozialethik der Kirchen bekannter zu machen im Volk Gottes, in den Pfarreien und Gemeinschaften, den Gruppen und kirchlichen Vereinigungen. Das bedingt, dass die Kirchen in ihren nationalen und lokalen Institutionen (Bund, Diözesen, Pfarreien, Gemeinschaften, Gruppen, Bewegungen, etc.) ein starkes Zeugnis konkreten Engagements zu Gunsten der Ärmsten geben sollen, vermittels Unterstützung einer Kultur des Masses, der Gleichheit und des Teilens.»*

Abgesehen von jenen Personen, die die gesellschaftlich-politische Aufgabe der Kirche fundamental in Frage stellen – einige haben dies auch in Form von Zeitungsartikeln getan –, haben wohl alle Einsenderinnen und Einsender mindestens implizit Erwartungen an die Kirche: Was sie als Reaktion auf die Ökumenische Konsultation zum Ausdruck bringen, sollen die Kirchen in die öffentliche Debatte einbringen. Wenn sie nicht überzeugt wären, dass die Kirchen dies tun, hätten sie sich nicht an der Konsultation beteiligt. Wenn die Äusserungen zum Stichwort Kirche aufgear-

<sup>3</sup> Dabei antwortet etwa die Hälfte auf Frage 4 der Diskussionsgrundlage: «Was ist Ihrer Meinung nach der Auftrag der Kirchen angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz?».

beitet werden, geht es darum zu zeigen, welche Aufgaben der Kirche in der Gesellschaft ausdrücklich zugeordnet werden. Was die Einsenderinnen und Einsender zur Gestaltung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft vorschlagen, wird jeweils in den einschlägigen Kapiteln dargestellt.

Um die Äusserungen zu den Aufgaben der Kirche zu ordnen, wird im Folgenden der Begriff «Leitvorstellung des kirchlichen Auftrags» verwendet. In einem grossen Teil der Bemerkungen kommt ein Anspruch an die Kirche zum Ausdruck: Sie soll diese oder jene Aufgabe wahrnehmen. Die Frage, die für die Auswertung zum Stichwort Kirche von zentralem Interesse ist, kann so formuliert werden: Welcher Gesichtspunkt prägt die Erwartungen oder leitet das Denken der Personen und Gruppen an, die an der Konsultation teilgenommen haben? Die im Folgenden entwickelten Leitvorstellungen weisen auf Schwerpunkte in den Äusserungen hin. Eine scharfe Trennung zwischen den Leitvorstellungen ist nicht möglich; sie wäre den vorliegenden Texten nicht angemessen – angesichts der offenen Fragestellung der Konsultation war diese Problematik zu erwarten. Eine erste Identifikation einer Leitvorstellung war meist ohne grössere Schwierigkeit möglich. Ein grösserer Interpretationsspielraum wurde beansprucht, wenn es darum ging zu beurteilen, ob die Elemente einer zweiten oder weiteren Leitvorstellung deutlich genug waren, um den Textabschnitt nochmals zuzuordnen.

Am Schluss des Kapitels stehen Bemerkungen, die die Darstellung der kirchlichen Leitvorstellungen ergänzen: Es geht um Äusserungen zur Glaubwürdigkeit der Kirche und um die Kirche als Organisation.

## 2.2 Leitvorstellungen des kirchlichen Auftrags

### a) Leitvorstellung «Die Kirche konzentriert sich auf ihren religiösen Auftrag»

Diese Leitvorstellung vom Auftrag der Kirche zeichnet sich dadurch aus, dass die religiösen Funktionen (Verkündigung, Religionsunterricht, Rituale) massgebend sind. Als weiteres Merkmal gehört konstitutiv ein «Zwei-Welten-Denken» zu dieser Leitvorstellung: Die Kirche steht der Gesellschaft gegenüber. Die nach innen gerichteten Funktionen der Kirche haben mit der Gesellschaft nur indirekt zu tun.

Es lassen sich – obwohl die zahlenmässige Grundlage schmal ist – noch Varianten unterscheiden: In einer ersten Variante wird die Aufgabe der Kirche ausdrücklich von Politik getrennt. Eine zweite Variante dieser Leit-

vorstellung ist geprägt durch einen Automatismus: «Alle Probleme wären gelöst, wenn mehr Menschen glauben würden.»

*«Wir erwarten von unseren Priestern und Pfarrern, dass sie uns bei der Suche nach dem Sinn des Lebens auf spirituellem Weg helfen. Das ist ihre einzige Aufgabe. Sie sollen uns zudem ein gutes Beispiel geben, wie Kaplan Koch oder andere, die sich als Individuen einsetzen und es auf sich nehmen, ihren Besitz zu teilen (manche setzen sogar ihr Leben ein). ... Die Kirchen setzen sich zu sehr auf der politischen Ebene ein, das ist nicht ihre Aufgabe.»*

### b) Leitvorstellung «Die Kirche nimmt ihren religiösen Auftrag wahr und leistet damit einen Beitrag an die Gesellschaft»

Zu dieser Leitvorstellung werden Aussagen gerechnet, die den Aufgabenbereich der Kirche im Innern ähnlich beschreiben wie die Leitvorstellung (a), jedoch das Verhältnis zur Gesellschaft weniger genau definieren. Die deutliche Trennung von Kirche und Gesellschaft ist in diesen Aussagen nicht vorhanden. Es ist jedoch zu vermuten, dass ein grosser Teil der Einsenderinnen und Einsender implizit einen Zusammenhang mit der sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz herstellt: Immerhin werden die Überlegungen im Rahmen der Konsultation vorgelegt. Zudem werden teilweise von den gleichen Einsenderinnen und Einsendern der Kirche weitere Aufgaben zugeschrieben, ohne diese jedoch mit den religiösen Funktionen direkt zu verbinden. Wo dies der Fall ist, werden die Äusserungen der Leitvorstellung (c) zugeordnet.

*«Heute weiss ich, dass mir die Kirche trotz aller Missstände eine Art Heimat bedeutet.»*

Viele traditionsgeprägte Formulierungen sind in den Texten zum Stichwort Kirche zu finden, am häufigsten folgende Ausdrücke: Lebenssinn oder Sinn vermitteln, Hoffnung wecken oder stärken, das Evangelium verkündigen, die Geböte Gottes bezeugen.

*«Schliesslich müssen sich die Kirchen selber grundsätzliche Fragen stellen. Unbestreitbar sind auch im Religiösen Defizite auszumachen: die Zeit scheint beherrscht von Sektenbildungen und Fundamentalismen. Ein Teil der gesellschaftlichen Orientierungskrise ist hier zu orten.»*

### c) Leitvorstellung «Das gesellschaftliche Engagement der Kirche ist eine Folge der religiösen Praxis»

Diese Leitvorstellung vom Auftrag der Kirche ist dadurch gekennzeichnet, dass das Engagement für die Gesellschaft eine Folge aus dem religiösen Leben (eine Frucht des Glaubens) darstellt.

*[Frage 6: Wie lassen sich Ihrer Erfahrung nach das Gebet und der Einsatz für eine gerechtere Welt in Einklang bringen?] «Beide gehören sehr eng zusammen. Ohne Gebet und innere Ausrichtung auf das Kommen des Reiches Gottes wären heute Resignation oder Rückzug auf das innere Leben unvermeidbar. Das ‚Erfahrbarmachen‘ des Reiches Gottes ist eine Frucht des Glaubens, verlangt aber gleichzeitig Offenheit gegenüber Anders- und Ungläubigen. Die Kirchen müssen leben können in der Spannung zwischen Verinnerlichung und sichtbarer Aktivität im Widerstand gegen menschenfeindliche Erscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir werden uns demnächst mit der Frage auseinandersetzen, wie Dorothee Sölle diesen Gegensatz oder diese Ergänzung erklärt: Mystik und Widerstand.»*

Massgebend für Leitvorstellung (c) ist – im Unterschied zu Leitvorstellung (b) –, dass die religiösen Funktionen der Kirche ausdrücklich auf den Auftrag der Kirche in der Gesellschaft bezogen werden: Der gesellschaftliche Auftrag der Kirche wurzelt im religiösen Auftrag.

d) Leitvorstellung «Die Kirche leistet einen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte»

Die Leitvorstellung (d) ist dadurch geprägt, dass sie das Verhältnis des kirchlichen Auftrags zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung thematisiert. Prozesshafte Aspekte stehen im Vordergrund; die Kirche soll sich an der Organisation der öffentlichen Debatte beteiligen. Wenn die Einsenderinnen und Einsender Inhalte der öffentlichen Debatte (Grundwerte) thematisieren, werden die Äusserungen der Leitvorstellung (e) zugeteilt. Die für die Bestimmung der beiden Leitvorstellungen vorausgesetzte Trennung zwischen sachlich-ethischer Auseinandersetzung auf der einen und um Einfluss ringende Lobbyarbeit auf der anderen Seite ist relativ. Hier wird das Gewicht auf Äusserungen gelegt, die dadurch gekennzeichnet sind, dass das Ringen um das bessere Argument im Vordergrund steht.

Die Äusserungen, die dieser Leitvorstellung entsprechen, kreisen um drei Schwerpunkte.

- Einige Einsenderinnen und Einsender danken für den Anstoss, den die Konsultation gegeben hat. In ihren Augen ist die Konsultation eine wichtige Gelegenheit, sich zu Fragen der Zukunft äussern zu können.

*«In den letzten Monaten ist, dank der ökumenischen Konsultation ‚Welche Zukunft wollen wir?‘, in der Kirche vermehrt die Politik und unsere gemeinsame Zukunft in Wirtschaft und Sozialem zum Gesprächsthema geworden. Wir sind froh, dass wir in den Kirchen diese Aufforderung bekommen haben, und hoffen auf viel Mut von Seiten der Kirchenleitungen, mit diesem Vorhaben klar weiterzufahren.»*

- Weiter sind Äusserungen zu finden, die die Kirchen direkt auffordern, öffentliche Debatten zu organisieren oder sich an solchen zu beteiligen. Als deren Ziel werden Förderung der Toleranz, der Gesprächskultur und des gesellschaftlichen Konsenses genannt. Besondere Bedeutung gewinnen die von der Kirche organisierten Debatten in den Augen einiger Einsenderinnen und Einsender dann, wenn sie überkonfessionell organisiert oder wenn mehrere Religionsgemeinschaften beteiligt sind.

*[Frage 4: Was ist Ihrer Meinung nach der Auftrag der Kirchen angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz?] «Im Sinne einer gemeinsamen, öffentlichen, auf Wahrheit bedachten Auseinandersetzung als gutes Beispiel weitergehen. ... Die Auseinandersetzung muss auch andere Religionen und Kulturen und alle Altersgruppen mit einbeziehen.»*

- Einige Stellungnahmen gehen einen Schritt weiter in Richtung thematische Arbeit, ohne allerdings inhaltliche Aussagen zu machen: Gefordert werden Stellungnahmen der Kirchen, Beiträge zur Bewusstseinsbildung oder Studien zu gesellschaftlich wichtigen Themen wie zum Beispiel Bodenfrage, Geld und Zins, Gentechnik, Spitzenmedizin.

*«Wir anerkennen die Arbeit, die durch das Institut für Sozialethik der evangelischen Kirchen und durch Justitia et Pax der katholischen Kirche geleistet wird. Wir wünschen uns jedoch, dass die Stellungnahmen, die die Person betreffen (Menschenrechte, Bioethik, Arbeit usw.) in der Öffentlichkeit besser bekannt gemacht werden, damit im Hinblick auf einen neuen Gesellschaftsvertrag ein gemeinsames Wertebewusstsein entstehen kann. Die Kirchen sollten die Mittel bereitstellen, um Informationen und Stellungnahmen zu verbreiten.»*

e) Leitvorstellung «Die Kirche setzt sich für Grundwerte ein»

Zu dieser Leitvorstellung vom kirchlichen Auftrag passen Äusserungen, die von der Kirche einen Einsatz für Grundwerte verlangen. Auffallend ist, dass die Grundwerte meistens genannt werden, ohne dass die Einsenderin oder der Einsender präzisiert, was darunter zu verstehen ist – mit wenigen Ausnahmen wie: «wenn jemand gezwungen ist, in grosser Armut zu leben, ist seine Würde verletzt». Vereinzelt wird sogar nur der Einsatz für Grundwerte allgemein gefordert.

*«Meines Erachtens ist es Aufgabe der Kirche, Ethik in die Politik einzubringen. Nicht ihre Aufgabe ist es aber, tagespolitische Fragen entscheiden zu wollen.»*

Im Wesentlichen werden folgende Grundwerte genannt: Einsatz für Benachteiligte, Würde bzw. Menschenwürde, Liebe, Toleranz bzw. kultu-

relle Vielfalt, Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit, Humane Schweiz, Wohl der Welt, Frieden.

f) *Leitvorstellung «Die Kirche motiviert die BürgerInnen zu gesellschaftlichem Engagement»*

Diese Leitvorstellung ist dadurch charakterisiert, dass die Vermittlung zwischen der Botschaft der Kirche und der Gesellschaft via Einzelpersonen konzipiert wird. Die Kirchen leisten einen indirekten Beitrag an die Gestaltung der Gesellschaft. Aus den eingesandten Stellungnahmen lässt sich die so definierte Leitvorstellung in verschiedenen Varianten herausarbeiten.

- Eine erste Variante: Die Kirchen sollen sich dafür einsetzen, dass die Menschen überhaupt bereit sind, eine ethische Grundhaltung einzunehmen.

*«Primär sollen die Kirchen dafür sorgen, dass jedermann, ob reich oder arm, seine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnimmt.»*

- Eine zweite Variante besteht darin, dass der Auftrag der Kirche gegenüber Gesellschaft und Politik auf diesen Kanal beschränkt wird: Die Kirche als Organisation soll sich nicht in das gesellschaftliche und politische Geschehen einmischen.
- Eine dritte Variante dieser Leitvorstellung konzentriert sich zwar auch auf die Bürgerinnen und Bürger, aber nicht in einem ausschliesslichen Sinn; die Unterstützung aller Personen in ihrer Verantwortung als Staats- und Gesellschaftsangehörige wird als privilegierter Weg betrachtet, um die Anliegen der Kirche in die Gesellschaft im umfassenden Sinn hineinzutragen. Die Kirche soll, gemäss dieser Leitvorstellung, sowohl zur Motivation der BürgerInnen beitragen als auch Kompetenzen vermitteln.

*«Diese Erziehungsarbeit könnte die grosse Aufgabe der christlichen Kirchen sein. Diese Aufgabe wahrzunehmen ist möglich und wünschbar, weil die Kirchen nicht mit der Macht des Geldes verbunden sind und ihre Autorität in der spirituellen Welt gründet. Die christlichen Kirchen verfügen über die notwendigen Grundlagen um die innere Entwicklung des Menschen anzuleiten. Sie sind an der Reihe!»*

- In einer vierten Variante dieser Leitvorstellung wird das Schwergewicht auf die VerantwortungsträgerInnen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft konzentriert. Die Kirche soll sich in erster Linie an diese Personen wenden, wenn sie ihre gesellschaftlichen Anliegen umsetzen will.

g) *Leitvorstellung «Die Kirche handelt politisch»*

Mit dieser Leitvorstellung ist implizit oder explizit die Überzeugung verbunden, dass sich die Kirche – analog zu Parteien und Verbänden (NGO) – für politische Lösungen einsetzt. Diese Leitvorstellung ist insbesondere von solchen Leitvorstellungen abzugrenzen, die das Verhältnis des kirchlichen Auftrags zur gesellschaftlichen Debatte thematisieren. Bei der Abgrenzung der Leitvorstellungen geht es darum, argumentative Beiträge zur Meinungsbildung einerseits und Lobbyarbeit zur Durchsetzung eines bestimmten Anliegens andererseits zu unterscheiden: Im einen Fall werden Standpunkte diskutiert und entwickelt (Leitvorstellungen d bis f), im anderen Fall werden Standpunkte vertreten im Sinn vom Lobbyarbeit.

Es gibt Äusserungen, die dieser Leitvorstellung zugeordnet werden können, ohne dass inhaltliche Forderungen genannt werden. Gemeint sind Textbeiträge, die festhalten: «Die Kirche soll sich einmischen».

Reaktionen auf die Konsultation, die die Kirche zu Stellungnahmen – Stellungnahmen verstanden als Darstellung von Argumenten – auffordern, werden zur Leitvorstellung (d) «Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte» gerechnet, wenn es keine Anzeichen gibt, dass der Autor oder die Autorin den Schwerpunkt der Stellungnahme auf Beeinflussung der öffentlichen Meinung legen wollte.

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten lassen sich die geäusserten Forderungen nach den in der Diskussionsgrundlage angesprochenen Teilverträgen (Wirtschaft, Soziales, Demokratie, Umwelt, Welt, Kultur) ordnen. Das Hauptgewicht liegt auf dem Sozial- und dem Wirtschaftsvertrag, zu den übrigen Teilverträgen sind die Äusserungen viel seltener. Im Zusammenhang mit dem Sozialvertrag wird – abgesehen von den benachteiligten Personen, die häufig genannt werden (vgl. Abschnitt 2.4) – von der Kirche der Einsatz zu Gunsten der Familie sowie das Engagement in der Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik verlangt. Im Bereich Wirtschaftsvertrag ist die Mitbeteiligung am Kampf gegen Arbeitslosigkeit zahlenmässig erwähnenswert. Weitere Aspekte werden nur vereinzelt genannt. Zum Kulturvertrag können einige wenige Bemerkungen zur Bildungspolitik gezählt werden: Sie konzentrieren sich auf die Bildung, die nach Auffassung der Personen, die sich dazu geäussert haben, gesichert werden muss. Im Bereich Umweltvertrag konzentrieren sich die wenigen Aussagen auf den Schutz der Ressourcen.

Die Abgrenzung dieser Leitvorstellung gegenüber der Leitvorstellung (e) «Die Kirche setzt sich für Grundwerte ein» wird so vorgenommen, dass diejenigen Werte, die mehr als einen Teilvertrag betreffen, unter den Grundwerten genannt werden, diejenigen Forderungen, die einem Teilvertrag zugeordnet werden können, zur Leitvorstellung (g) gezählt werden. Dennoch bleibt Interpretationsspielraum. Dies zeigt sich zum Beispiel am Begriff der Nachhaltigkeit: Manchmal wird er umfassend verstanden (damit gehört die Äusserung zur Leitvorstellung e), manchmal enger auf Umwelt und Ressourcen bezogen (und ist dem Umweltvertrag und somit der Leitvorstellung g zuzuordnen).

*h) Leitvorstellung «Die Kirche engagiert sich gesellschaftlich-praktisch»*

Diese Leitvorstellung lässt sich aus den Stellungnahmen in zwei Varianten herausarbeiten: Die erste Variante konzentriert sich auf die handelnde Ortsgemeinde. Sie soll sich für die Schwachen einsetzen und mit Benachteiligten Gemeinschaft pflegen. Seltener wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinden Hilfe zur Selbsthilfe anbieten oder aufsuchende Sozialarbeit einrichten sollen.

*«Die Schwachen nützen nur ungern die für sie geschaffenen, unpersönlichen und computerisierten Administrationen. Die wirklich Armen sind allein durch persönliche Kontakte zu erfassen, was kaum vom Staat erfolgt, umso mehr die Kirchenarbeit beträfe.»*

Die zweite Variante dieser Leitvorstellung unterstützt generell die Tätigkeit der Hilfswerke.

## 2.3 Ergänzungen

Die oben entwickelte Darstellung orientiert sich am Auftrag der Kirche. Von den Einsenderinnen und Einsendern werden weitere Aspekte genannt, die nicht in den gewählten Raster passen. Es sind Bemerkungen zur Art und Weise des «kirchlichen Funktionierens»: Sie betreffen einerseits die Kirche und ihre Zukunft und andererseits ihre Glaubwürdigkeit. Schliesslich soll noch ein kleiner Abschnitt zur katholischen Soziallehre angefügt werden, die in den Stellungnahmen ebenfalls angesprochen wird.

### 2.3.1 Die Kirche und ihre Zukunft

Wenn der Auftrag der Kirche thematisiert wird, sind nur selten genauere Hinweise zu finden, wer die Kirche ist. Hin und wieder sind die Kirchen-

leitungen gemeint, manchmal die Gemeinschaft der Gläubigen, es kann auch von christlichen Verantwortungsträgern in der Gesellschaft die Rede sein.

Über die Zukunft der Kirche als Organisation sind wenig Äusserungen anzutreffen. Vereinzelt wird darauf hingewiesen, dass die Kirche die Jugend im christlichen Glauben unterweisen soll.

### 2.3.2 Glaubwürdigkeit der Kirche

Von mittlerer (bis geringer) Häufigkeit sind die Bemerkungen zu und Hinweise auf die Glaubwürdigkeit der Kirche: Die Einsenderinnen und Einsender fordern die Kirchen auf, nach ihren eigenen Grundsätzen zu handeln. Thematische Schwerpunkte lassen sich kaum ausfindig machen.

*«Glaubwürdiger als Forderungen an die Adresse anderer wäre es unserer Ansicht nach, die Kirchen würden selber als ‚Betriebe‘ mit gutem Beispiel vorangehen – das heisst:*

*Die Kirchen als Arbeitgeber sorgen auf allen Ebenen für:*

- *familiengerechte Arbeitsbedingungen für ihre eigenen MitarbeiterInnen, Männer und Frauen, d. h. grundsätzliche Aufteilung von Vollämtern auf mind. 2 Personen*
- *Übergang zu Teilzeitarbeit als Voraussetzung für die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit*
- *lineare Arbeitszeitreduktion statt Entlassungen bei Abnahme von (Pfarr-) Stellen*
- *Quotenregelungen auf allen Ebenen (auch in Kaderstellungen)*
- *Anrechnung von Familienphasen als Dienstjahre für weibliche Mitarbeiterinnen (Sozialarbeiterinnen, Katechetinnen, Pfarrerinnen u. a.)*
- *Ausweis der in ‚Freiwilligenarbeit‘ erworbenen Qualifikationen*
- *Rentenwirksamkeit von unbezahlter ‚Freiwilligenarbeit‘*

*Wir erwarten von den Kirchen und insbesondere von den für die Konsultation verantwortlichen Instituten, dass sie den Massstab der ‚Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung‘ an ihre eigenen Betriebe anlegen, die daraus sich ergebenden Massnahmen in die Tat umsetzen und der Öffentlichkeit darüber im Rahmen der Konsultation Rechenschaft geben.»*

### 2.3.3 Katholische Soziallehre

In 60 Textauszügen wird die katholische Soziallehre erwähnt. Die Anzahl der Einsendungen von christlichen Organisationen und aus dem italienischen Sprachraum liegen hier über dem Durchschnitt. Einige vermissen es, dass sie in der Diskussionsgrundlage nicht erwähnt wird, während andere



es begrüßen, dass die Konsultation sich im Sinne der katholischen Soziallehre z. B. für die verschiedenen Grundwerte stark macht. In den Eingaben wird auf verschiedene Enzykliken verwiesen, welche der katholischen Soziallehre zugrunde liegen. Betont wird vor allem auch das Prinzip der Subsidiarität, das den Einzelnen, der Familie, der Gemeinde so viel Verantwortung wie möglich und soviel Hilfe durch den Staat wie nötig geben will.

## 2.4 Zusammenfassung

Zahlenmässige Angaben zu den einzelnen Leitvorstellungen erscheinen in den meisten Fällen als nicht sinnvoll. Ein Versuch, Schwerpunkte in den Äusserungen zu den Aufgaben der Kirche zu identifizieren, soll trotzdem unternommen werden:

Das Thema «Benachteiligte» dominiert in den Bemerkungen zur Aufgabe der Kirche. In einem grossen Teil der Formulierungen wird der Einsatz für Benachteiligte als Grundhaltung zum Ausdruck gebracht. In einigen Texten wird präziser festgehalten, wer zu den Benachteiligten gehört; verwendet werden sowohl biblische (Witwen und Waisen) als auch zeitgenössische Begriffe (Arbeitslose, AusländerInnen). Der Eindruck, dass das Thema der benachteiligten Menschen das wichtigste ist, wird dadurch verstärkt, dass die Grundwerte Solidarität und Gerechtigkeit im Verhältnis zu anderen Grundwerten ebenfalls sehr häufig genannt werden. Das Thema «Benachteiligte» wird aber nicht nur unter dem Aspekt der Grundwerte behandelt. Unter den politischen Forderungen taucht ein weiterer Aspekt auf: Der Einsatz der Kirche zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit. Schliesslich werden die Kirchgemeinden angesprochen: Sie sollen Benachteiligte in ihre Gemeinschaft aufnehmen oder, mit einer anderen Formulierung, sie sollen aufsuchende Sozialarbeit einrichten.

Der zweitwichtigste Aspekt in den Textausschnitten ist der Einsatz der Kirche für eine ethische Grundhaltung beziehungsweise für Grundwerte. Genau auf diese Fragen des gesellschaftlichen Seins zielte die Ökumenische Konsultation: auf die Grundlagen der Politik.

Oft werden konkrete Einzelforderungen für die Bereiche Gesellschaft und Politik aufgestellt, ohne dass sich deutliche thematische Schwerpunkte ergeben. Viele Forderungen werden nur vereinzelt genannt.

Sowohl kritische Stimmen, die den Einsatz der Kirche in gesellschaftlichen Belangen grundsätzlich in Frage stellen (Leitvorstellung a), als auch Stim-

men, die einen engen Zusammenhang zwischen dem Innenleben der Kirche und dem gesellschaftlichen Engagement herstellen (Leitvorstellung c), sind eher selten.

Bemerkungen zum Kulturvertrag und zum Weltvertrag sind ebenfalls selten anzutreffen, solche zum Umweltvertrag nicht viel häufiger.

Äusserungen zur Glaubwürdigkeit der Kirche kommen in mittlerer Häufigkeit vor; diejenigen Personen, die sich äussern, tun dies jedoch öfters in ziemlich deutlicher Art und Weise: Sie fordern mehr Glaubwürdigkeit von der Kirche.

## r Konsultation

Zum Schluss soll noch ein Überblick geboten werden über die Äusserungen, die sich direkt auf die Durchführung der Ökumenischen Konsultation beziehen. Es sind das Reaktionen auf die Diskussionsgrundlage (Abschnitt 1) und Erwartungen an das abschliessende Wort der Kirchen (Abschnitt 3). Ebenso wichtig ist aber ein – wenigstens kurzer – Blick auf Projekte, die im Zusammenhang oder im Umfeld der Ökumenischen Konsultation entstanden sind bzw. als Beitrag zur Gestaltung der Zukunft gesehen werden (Abschnitt 2).

### 1 Reaktionen auf die Diskussionsgrundlage

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf knapp 1000 Textauszüge, welche sich auf die gesamte Diskussionsgrundlage oder auf bestimmte Stellen beziehen. Darunter finden sich einige, welche als direkte Antwort, manchmal auch Entgegnung formuliert sind. Der Ton variiert zwischen wohlwollend und negativ-kritisch.

Innerhalb der Reaktionen kann grob unterschieden werden zwischen allgemeinen Bemerkungen, die auf die gesamte Diskussionsgrundlage bezogen und häufig allgemein gehalten sind, Aussagen zu den verschiedenen Teilen und Feststellungen von fehlenden oder ungenügend berücksichtigten Themen oder Aspekten.

#### 1.1 Allgemeine Bemerkungen

Viele Einsender und Einsenderinnen äussern sich positiv zur Diskussionsgrundlage, sei es, dass sie diese als anregend oder als geeignete Arbeitsgrundlage bezeichnen, sei es, dass sie sich im positiven Sinn allgemein auf ihren Inhalt oder speziell auf ihre Stossrichtung beziehen. Demgegenüber kritisieren andere die Diskussionsgrundlage als schwer verständlich oder elitär, (in wenigen Fällen) wegen der theologischen Sprache, welche nicht mehr von allen geteilt und verstanden werde, oder wegen der unscharfen Begrifflichkeit. Recht stark (von der Zahl her vergleichbar mit den allgemeinen positiven Äusserungen) ist die Kritik am Inhalt der Diskussionsgrundlage, die als ideologisch, voreingenommen oder einseitig aufgefasst wird. So wird ihr beispielsweise Nähe zu sozialistischem

Gedankengut oder eine negative Wertung der Wirtschaft vorgeworfen. Einseitigkeit konstatiert man z. B. in Bezug auf die Gewichtung von sozialen und wirtschaftlichen Fragen, sodass hin und wieder auch der Vorwurf auftaucht, sie sei zu materialistisch. Gelegentlich wird sie als ausgrenzend empfunden. Während die einen die in der Diskussionsgrundlage dargelegten Aussichten auf Gegenwart und Zukunft als zu pessimistisch erachten, erinnert die Diskussionsgrundlage andere an eigene Erfahrungen oder stellt ein hoffnungsvolles Zeichen dar.

Die Einschätzung des Beitrages der Diskussionsgrundlage zur Lösung der Zukunftsfragen fällt ebenso kontrovers aus. Auf der einen Seite sieht man in ihr einen «wichtigen und wertvollen Beitrag zur Klärung der Zukunftsfragen unserer Gesellschaft» und auf der anderen Seite ein «Konglomerat von unrealen Vorschlägen».

Hin und wieder merken EinsenderInnen an, der Text der Diskussionsgrundlage habe spürbar verschiedene Verfasser und sei nicht aus einem Guss; die einzelnen Teile passten inhaltlich nicht bruchlos zueinander. Einzelne Stimmen begrüßen es, dass sich die Kirchen zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen Gedanken machen bzw. in dieser Hinsicht Verantwortung übernehmen. Auch das ökumenische Vorgehen wird zwischendurch positiv vermerkt. In verschiedener Weise wird die Umsetzung von Einsichten und Vorschlägen angesprochen, sei es, dass auf schon bestehende «Papiere» hingewiesen wird, die eigentlich noch der Verwirklichung bedürfen, sei es, dass der Wunsch oder die Forderung nach Umsetzung formuliert wird, wobei sich dies oft auch auf das in Aussicht gestellte Wort der Kirchen bezieht.

## 1.2 Aussagen zu den verschiedenen Teilen der Diskussionsgrundlage

### • *Zu den Rahmengeschichten*

Im Vergleich zu den Reaktionen auf die anderen Teile der Diskussionsgrundlage gibt es nur wenige Bemerkungen zu den Rahmengeschichten. Unter diesen finden sich wiederum nur wenige, welche aus eigener Erfahrung positiv auf sie ansprechen. Vereinzelt erhält die Illustration mittels anschaulicher Beispiele Zustimmung. Massiver ist hingegen die Kritik an den Geschichten. Sie bezieht sich einerseits auf die Auswahl der Personen und Situationen und andererseits auf die darin zum Ausdruck gebrachte Haltung. Hinsichtlich Auswahl wird bemängelt, dass sie nur eine bestimm-

te Schicht berücksichtige und in Bezug auf die Geschlechter, das Lebensalter und den Tätigkeitsbereich unausgewogen bzw. generell nicht repräsentativ sei. Verschiedene Eingaben betrachten die Geschichten als Einzelschicksale. Die Stimmung, die sie verbreiten, wird als zu pessimistisch beurteilt, was zudem für eine Problemlösung eher hinderlich sei. Die dargestellten Personen erscheinen als zu wenig flexibel und risikobereit, zu sehr am Bestehenden festhaltend oder eine Anspruchsmentalität ausdrückend, wo doch im Blick auf die Bewältigung der Zukunft Anpassung oder eine Rückbesinnung auf Tugenden nötig wäre. Ebenfalls aus eigener Erfahrung könnten Lebensgeschichten aufgeführt werden, in denen die Betroffenen ihren Weg gefunden haben. In dieser Hinsicht vermögen aber auch die Geschichten am Schluss der Diskussionsgrundlage nicht zu überzeugen.

### • *Zur Einschätzung der gegenwärtigen Situation (1. Teil der Diskussionsgrundlage)*

Der erste Teil der Diskussionsgrundlage, welcher einen Vorschlag vorlegt, wie unsere soziale Lebenswelt verstanden werden könnte, erhält vergleichsweise wenig Zustimmung, welche ausserdem mehr allgemein gehalten ist, indem etwa gesagt wird, hier werde eine realistische Einschätzung der Situation geboten oder eigene Erfahrung würde bestätigt. Weitaus grösser ist die Zahl der Antworten, welche die Darlegung in verschiedener Hinsicht kritisieren. Allgemein wird etwa bemängelt, die Analyse sei zu wenig fundiert, bleibe auf die soziale Lebenswelt beschränkt, habe einseitig nur die wirtschaftliche Entwicklung im Blick, welche zudem anders interpretierbar sei. Mehrere Eingaben weisen darauf hin, dass eine geschlechtergerechte Analyse fehlt, was dazu führt, dass z. B. die Leistungen der Frauen und ihre Situation, besonders wenn sie von Armut betroffen sind, ausgeblendet werden. Speziell angesprochen und korrigiert werden etwa Aussagen der Diskussionsgrundlage zur Globalisierung, zur Frage nach der Ursache der Arbeitslosigkeit, zur Bewertung des Wirtschaftswachstums, zum Sozialabbau und zum Begriff von Armut. Aus einem anderen Verständnis von Markt und Marktwirtschaft heraus werden die genannten Aspekte tendenziell in ein anderes Licht gerückt (z. B. die Globalisierung) oder gar ganz zurückgewiesen (z. B. die Kritik der Diskussionsgrundlage am Wirtschaftswachstum).

Uneinigkeit herrscht auch in Bezug auf den alten Gesellschaftsvertrag. Die einen sehen ihn bereits in der Bundesverfassung verwirklicht, gemäss anderen existierte er gar nie, wieder andere weisen eindringlich auf seine

Mängel hin (vgl. im Kapitel *Staat* Abschnitt 2). Gelegentlich wird das Konzept des Gesellschaftsvertrages als solches abgelehnt, weil es zu ideologisch, mit Blick auf den *Contrat social* von Jean-Jacques Rousseau zu totalitär sei.

Provoziert hat die Diskussionsgrundlage mit ihrer Rede von den aufgezogenen Normen und den Mythen. Ziemlich einhellig wird diese Vorstellung mit verschiedenen Argumenten zurückgewiesen.

Die in den Stellungnahmen geäusserten Meinungen über die Ursachen für die schwierige soziale und wirtschaftliche Situation bleiben kontrovers; die einen orten die Gründe mehr im materiellen Bereich (z. B. die Globalisierung mit ihren Folgen für den Arbeitsmarkt), die anderen rücken geistige und einstellungsmässige Aspekte in den Vordergrund (z. B. mangelnde Wertgebundenheit oder Profitorientierung).

*«Nein, das grundlegende Problem der heutigen Schweiz ist nicht materieller Natur, wie Sie es suggerieren, sondern geistiger Art!»*

*«Meiner Meinung nach legt die Schlussfolgerung im ersten Teil auf zufriedenstellende Weise die grossen aktuellen Probleme im wirtschaftlichen und sozialen Bereich dar.»*

- *Zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation im Licht des christlichen Glaubens (2. Teil der Diskussionsgrundlage)*

Die auf der Bibel und ihrer Interpretation basierenden Überlegungen erfahren Zustimmung wie auch (teilweise vehementen) Widerspruch. Einerseits werden ein christlich fundiertes Gesellschaftsverständnis begrüsst und die Stossrichtung bejaht, namentlich die Vorstellung einer Gesellschaft, die niemanden ausschliesst, wobei gerade hier die Kirchen selber im Hinblick auf ihre eigene Praxis gemahnt werden. Andererseits gibt es grundsätzliche Einwände. Die biblisch-theologischen Überlegungen erscheinen beispielsweise als zu stark aufs Materielle ausgerichtet, oder man fürchtet Totalitarismus bei der Verwirklichung der Vision einer Tischgemeinschaft ohne Ausschluss. Zudem werden Lücken ausgemacht. So vermisst man die Erwähnung der Zehn Gebote und – mehr auf katholischer Seite – das Heranziehen der Katholischen Soziallehre (vgl. im Kapitel *Kirche* Abschnitt 2.3.3). Umstritten ist, ob die Kirchen überhaupt einen eigenen Beitrag zur politischen Debatte leisten sollen. Wo der Beitrag der Kirchen zum gesellschaftlichen Dialog bejaht wird, werden die Kirchen aufgefordert, ihre Räume dafür zu öffnen und mit echter eigener Dialogbereitschaft mitzumachen, was auch mit neuen Möglichkeiten der Partizipation in den Kirchen selber verbunden sein müsste.

Auswahl und Interpretation der Gleichnisse vom grossen Festmahl (Lk 14,16–24) und von den Arbeitern im Weinberg (Mt 20,1–16) haben Anstoss erregt. So wurde etwa die Frage gestellt, weswegen das Gleichnis vom anvertrauten Geld (Mt 25,14–30 und Lk 19,11–27) nicht herangezogen wurde. Auch werden in den Gleichnissen andere Aussagen gesehen (z. B. auf das Himmelreich bezogen) und insofern ein Zusammenhang mit wirtschaftlichen oder sozialen Aspekten verneint. Grundsätzlicher Art sind die Überlegungen zur Übertragbarkeit biblischer Leitlinien ins heutige Leben. Schon die Diskussionsgrundlage weist darauf hin, dass biblische Maximen nicht einfach in die heutige Zeit und Situation übertragbar seien. Angesichts dessen erscheint es nun als fragwürdig, wenn in der Diskussionsgrundlage ein Widerspruch zwischen Bibel und Marktwirtschaft ausgemacht wird. Andere Eingaben halten die Pointe des Gleichnisses von den Arbeitern im Weinberg, wie sie die Diskussionsgrundlage sieht, nämlich die Bedürfnisgerechtigkeit als höhere Form der Gerechtigkeit, für schlicht nicht praktikabel. Inmitten der Meinungen zur Relevanz der Bibel für die heutige Zeit sticht der Hinweis auf den Jakobusbrief hervor, der als Sozialkritik an Kirche und Gesellschaft gelesen wurde.

Verschiedene Einsender und Einsenderinnen finden in der von der Diskussionsgrundlage vorgelegten Vorstellung des Reiches Gottes einen positiven Ansatzpunkt oder eine Motivation für das eigene Handeln als Christ oder Christin in dieser Welt (z. T. durchaus im Bewusstsein, dass das Reich Gottes wohl angebrochen, aber gleichzeitig noch ausstehend ist). Andere erachten sie als nicht umsetzbar, schon auf individueller Ebene seien die Kriterien der Reich-Gottes-Verträglichkeit nicht einlösbar. Erst recht erwächst Widerstand, wo die Ausführungen der Diskussionsgrundlage dahingehend gelesen wurden, das Reich Gottes sei auch politisch zu verwirklichen.

*«Aber die Vorstellung ist unerträglich, das Reich Gottes sei auf politischem Weg als staatliche Zwangsordnung zu etablieren.»*

Fremd erscheint zudem, das Reich Gottes als Massstab für unsere heutige Gesellschaft zu nehmen. In grundsätzlicher Hinsicht wird die Begrifflichkeit von «Reich Gottes» oder «Reich-Gottes-Verträglichkeit» und deren inhaltliche Interpretation kritisiert. So sieht man in Werten, in der christlichen Ethik oder im biblischen Bild der Menschenwürde einen geeigneteren Ansatzpunkt. Bezüglich inhaltlicher Vorstellung wird darauf verwiesen, dass das Reich Gottes nicht von dieser Welt sei, etwas Spirituelles darstel-

le, sich nicht auf soziale Gerechtigkeit reduzieren lasse oder dass ihm in der Diskussionsgrundlage die prophetische Dimension fehle.

*«Die nachösterliche Christologie versteht unter dem Begriff ‚Gottes Reich‘ keineswegs etwas Politisches, sondern etwas Spirituelles und vertraut nur durch das Spirituelle hindurch auf die Erneuerung politischen Handelns der Gläubigen, nicht der Kirchen!»*

Auch in Bezug auf die Interpretation des Vater Unser zeigen sich ähnliche Meinungsverschiedenheiten. Der Tendenz nach kreisen sie um die Verknüpfung des Unser Vater mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Von den einen wird ein solcher Zusammenhang befürwortet, vereinzelt sogar eine Akzentuierung angeregt, während andere dies als dem Gebet nicht angemessen und insofern teilweise als Instrumentalisierung erachten, konkret z. B. in der Frage des Schuldenerlasses oder der Bewertung des Leistungsprinzips. Einzelne Eingaben äussern sich zur spirituellen Dimension. Einerseits wird diesbezüglich ein Mangel, andererseits eine Verbindung von Ethik und persönlicher Spiritualität festgestellt.

*«In den Gemeinden muss vielerorts noch besser begriffen werden, dass das biblisch/spirituelle und das gesellschaftlich/wirtschaftliche Denken zueinander im Bezug stehen.»*

- *Zum Vorschlag eines neuen Gesellschaftsvertrages (3. Teil der Diskussionsgrundlage)*

Die Reaktionen auf die in der Diskussionsgrundlage präsentierte Idee eines neuen «Gesellschaftsvertrages» zeigen, dass diese als eher problematisch aufgefasst wird. Vor allem die Begrifflichkeit bereitet Schwierigkeiten, sie ist unklar, gar missverständlich oder zumindest schwer begreifbar, weswegen vereinzelt vorgeschlagen wird, das Gemeinte anders zu umschreiben, z. B. mit «gesellschaftlichem Grundkonsens». Neben Stimmen, die den neuen Gesellschaftsvertrag inhaltlich ablehnen, gibt es solche, welche aufgrund der allgemeinen Formulierungen die Spannungen erst in der noch ausstehenden Anwendung sehen. Gewisse Eingaben hätten sich in diesem 3. Teil konkrete Umsetzungsvorschläge gewünscht, z. B. Ideen fürs Teilen. Einige Einsender und Einsenderinnen, darunter einige Organisationen und Institutionen von Frauen, kritisieren den fehlenden Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit im Gesellschaftsvertrag und in den Teilverträgen. Vermisst wird ebenfalls eine verstärkte weltweite Perspektive. Daneben wird auch auf Spannungen hingewiesen, die unter den einzelnen Teilverträgen und Grundwerten bestehen, in der Diskussionsgrundlage aber nicht bedacht werden.

Beim «Wirtschaftsvertrag» wird vor allem auf den Aspekt der Regulierung und «Zivilisierung des Wettbewerbs»<sup>1</sup> eingegangen. Abgesehen davon, dass letzteres als nicht klar umrissen erscheint, wird auf die schon bestehende Einbindung der Wirtschaft durch politisch gesetzte Rahmenbedingungen hingewiesen. Neue Regulierungen sind nicht wünschenswert, zumal unklar ist, woran genau gedacht ist. Andere bejahen eine Stärkung der Politik gegenüber der Wirtschaft bis hin zu klaren ordnungspolitischen Vorgaben.

Hinsichtlich des «Sozialvertrages» werden die in der Diskussionsgrundlage gemachten Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Finanzierung der Sozialwerke und des Staates angesprochen und dazu teilweise eigene Vorschläge vorgelegt. Kontrovers wird beurteilt, ob Erwerbsarbeit für alle realisierbar ist. Während dies auf der einen Seite verneint und statt dessen empfohlen wird, für Frauen das Muttersein wieder attraktiver zu machen, handelt es sich auf der anderen Seite klar um eine Frage des politischen Willens. Auch zur Frage der Weitergabe der Produktivitätssteigerung in Form von Arbeitszeitverkürzungen und bezüglich der Aufwertung von nicht bezahlter Arbeit gibt es verschiedene Ansichten. Bei letzterer reichen sie von der Ablehnung einer Bezahlung bis zur Forderung, die Umverteilung von bezahlter und nicht bezahlter Arbeit sei grundsätzlich, d. h. geschlechtergerecht, anzugehen – etwas, was die Diskussionsgrundlage gerade in den Augen von einigen Frauenorganisationen und -institutionen schuldig geblieben ist. Das Anliegen nachhaltiger Finanzierung von Sozialwerken und Staat wird verschiedentlich aufgenommen und dabei hie und da der Vorschlag einer Besteuerung von Finanztransaktionen (so genannte *Tobin-Tax*) unterstützt; man spricht sich ebenfalls dafür aus, die Idee eines Grundeinkommens weiter zu diskutieren.

Im Hinblick auf den «Demokratievertrag» werden in den wenigen dazu vorhandenen Stellungnahmen verschiedene Gesichtspunkte angesprochen. Deshalb sei hier lediglich die Meinung herausgegriffen, in der Diskussionsgrundlage hätte auf die staatsbürgerliche Pflicht verwiesen bzw. hätten die Bürgerinnen und Bürger zu politischem Engagement ermuntert werden sollen.

Beim «Umweltvertrag» wird eine Ausrichtung auf Nachhaltigkeit befürwortet, allerdings in unterschiedlichem Ausmass.

<sup>1</sup> Ein Ausdruck, der in der Diskussionsgrundlage (S. 25) bei der Vorstellung des Wirtschaftsvertrages gebraucht wird.

Kontroverse Meinungen riefen die Ausführungen zum «Weltvertrag» hervor. So hätte nach der Meinung der einen beispielsweise klarer für einen Beitritt zur UNO und zur EU plädiert werden sollen, während andere diesen Institutionen weit skeptischer gegenüberstehen (vgl. im Kapitel *Staat* Abschnitt 5.3.2). Eine Globalisierung der Sozialpolitik findet sowohl Zustimmung als auch Ablehnung, zudem wird an der Durchsetzbarkeit gezweifelt.

Der «Kulturvertrag» regte zum Nachdenken über die eigenen Traditionen an, deren Pflege als wichtig erachtet wird. Hinsichtlich multikultureller Gesellschaft werden die Ausführungen als zu wenig durchdacht beurteilt, von anderen aber als gute Grundlage für deren Verwirklichung angesehen.

Die Kriterien für einen neuen Gesellschaftsvertrag werden mehrheitlich unterstützt. Dass der heikle Punkt aber in der Umsetzung liegt, wird verschiedentlich angesprochen. Vermisst wird der Aspekt der Generationenverträglichkeit.

Mehrheitlich wird die Überzeugung geteilt, dass es Werte als Grundlage der Gesellschaft braucht. Allerdings wird hier verschiedentlich auf Lücken hingewiesen. So ist beispielsweise unverständlich, dass in der Diskussionsgrundlage die Subsidiarität und die Familie nicht genannt werden. Auch andere Werte sollten einbezogen werden; Erwähnung finden die Gleichstellung der Geschlechter und Gleichwertigkeit aller Menschen, die Menschenwürde, Ehrlichkeit und viele andere mehr.

Bei den fünf in der Diskussionsgrundlage genannten Grundwerten forderten die Gedanken zur Gerechtigkeit und Solidarität (im Vergleich zu Freiheit und Verantwortung, Mitbestimmung und Nachhaltigkeit) am meisten heraus. Vehementen Widerspruch gibt es dort, wo die Ausführungen zur Gerechtigkeit diese mit Gleichheit in Verbindung bringen; in Bezug auf soziale Gerechtigkeit wird «Gleichmacherei» abgelehnt, weil die dazu erforderliche (noch grössere) Umverteilung abgelehnt wird.

*«Die soziale Gerechtigkeit in Ihrem Entwurf führt dagegen schnell in den Umverteilungsstaat. Er verschweigt auch, dass die AHV und das Steuersystem bereits heute bedeutsame Solidaritäts- und Umverteilungskomponenten aufweisen.»*

Der Grundwert Solidarität wird aus verschiedenen Gründen abgelehnt, z. B. weil sie nicht staatlich zu erzwingen sei. Auf der anderen Seite wird Solidarität zustimmend aufgegriffen und vereinzelt auf eine weltweite

Perspektive oder im Hinblick auf eine multikulturelle Gesellschaft hin betont.

### 1.3 Fehlende oder ungenügend berücksichtigte Themen und Aspekte

Am meisten wird ein Fehlen oder ungenügende Berücksichtigung bei folgenden Themen genannt: Umwelt, Familie, Frauen und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Auch die Jugend und die älteren Generationen hätten (stärker) einbezogen werden sollen. Zu kurz kamen weiter der Aspekt der Bildung, die individualethische Perspektive, die weltweite und entwicklungspolitische Perspektive, der Aspekt einer friedlichen Zukunft und die Menschenrechte und Menschenpflichten. Gewisse Eingaben vermischen eine angemessene Würdigung der Bauern und Unternehmer. Einzelnen Einsendern und Einsenderinnen kommt die spirituelle Dimension oder das spezifisch Christliche zu kurz, darunter auch die Frage der Weitergabe christlicher Grundwerte in der heutigen schnelllebigen Zeit. Andere hätten sich konkrete Vorschläge bzw. Ideen für Massnahmen gewünscht. In diese Richtung geht die Aussage, es fehle die Nennung positiver Ansätze und damit Anerkennung von Leistungen für die Allgemeinheit, was wiederum einen stärkenden und motivierenden Effekt hätte haben können.

### 1.4 Ausklang

Verschiedentlich fordern Einsender und Einsenderinnen zu einer Umsetzung der Einsichten und Ideen auf, manchmal schliessen sie sich dabei selber mit ein. Auch in der Diskussionsgrundlage wird ein Streben nach Veränderung spürbar, welches aber Widerstand hervorrief, weil es mehr als Zwang und die Einführung eines neuen Gesellschaftsvertrages als nicht erstrebenswert empfunden wurde. In grundsätzlicher Hinsicht ist die Mahnung unüberhörbar, nicht einfach alles selber machen zu wollen.

*«Müssen, dürfen wir so verkrampt und verbissen die angestrebte Verständigung erzwingen, in der Meinung, alles müsste von uns erreicht, geschaffen werden, koste es, was es wolle? Trauen wir unserem Herrn denn nicht zu, dass er das Gelingen schenken, dass er eingreifen könnte, um unserem unvollkommenen Stückwerk zu helfen? Sollten wir nicht bei unserm fehlerhaften Tun hoffen und erwarten, dass Christus da und dort schon jetzt ein Stücklein seines Reiches sichtbar werden lässt und uns im Warten und Seh-*

nen auf die endgültige Ankunft seines Reiches bestärkt? Selbstverständlich darf uns unser Harren und Hoffen auf die Wiederkunft Christi nicht von unseren Anstrengungen dispensieren.»

## 2 Vom Wort zur Tat: Projekte im Umfeld der Ökumenischen Konsultation als Beitrag zur Gestaltung der Zukunft

Die Fragen um die Zukunft regten manche Gruppen und Einzelpersonen nicht nur zur Reflexion, sondern auch zur Aktion an, dies im Rahmen der Konsultation oder schon früher. So wurden auf der Koordinationsstelle der Ökumenischen Konsultation zahlreiche Projekte oder Projektideen gemeldet. Im folgenden soll eine systematisierte Übersicht versucht werden; die Bandbreite der eingesandten Projektbeschreibungen, -skizzen und -ideen ist gross.

Eine zentrale Unterscheidung trennt diejenigen Projekte, die im Rahmen des Konsultationsprozesses entstanden bzw. beabsichtigt sind, von denen, die unabhängig von der Konsultation, oft auch früher als diese, lanciert wurden. Letztere sind z. T. von bekannten und/oder breit abgestützten religiösen und nicht religiösen Organisationen oder Stiftungen getragen. Im Zusammenhang mit dem Projekt der «lokalen Zukunftsräte» beispielsweise ist die *Stiftung Zukunftsrat* zu nennen; das Projekt «*Wirtschaft in Gemeinschaft*» wurde von der *internationalen Fokolarbewegung* initiiert; und «*Planet 21*», ein Projekt zur lokalen Agenda 21, wird von der *Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz SGU* getragen.

Zum Teil existieren diese grossen zukunftsweisenden Projekte schon mehrere Jahre (dasjenige der Fokolarbewegung z. B. seit 1991) bzw. bereits sehr lange (wie z. B. das *Einsatzprogramm für Jugendliche*, heute getragen von *IPPI: Integration of Private and Public Interest*, das bereits 1976 ins Leben gerufen wurde), andere wie dasjenige der lokalen Zukunftsräte sind zur Zeit im Aufbau.

Die explizit im Zusammenhang mit der Konsultation stehenden Projekte kennzeichnen sich mehrheitlich dadurch, dass sie erst als Ideen oder Projektskizzen existieren (siehe Abschnitt 2.4) und von kleineren Arbeitsgruppen bzw. auf Pfarreibasis initiiert wurden. Die Inhalte dieser Vorhaben sind zwar meistens vergleichbar oder weisen untereinander zumindest Berührungspunkte auf, werden aber je nach lokalen oder regionalen Erfordernissen verschieden umgesetzt: In *Kyburg* und in *Siggenthal* beispielsweise sind *Gesprächskreise* vorgesehen, um *bestimmte aktuelle politi-*

*sche und wirtschaftliche Themen* zu diskutieren. Die Gemeinde *Worb* ihrerseits strebt eine *Wertediskussion* an, wählt dafür aber in Abweichung zu den vorher genannten Gemeinden eine eher dezentrale Vorgehensweise, indem sie die Diskussion dahin tragen will, wo sich eine bestimmte «Zielgruppe» befindet, d. h. im vorliegenden Fall in den Handwerker- und Gewerbeverband und in die Schule. Dritte, Gruppen oder Einzelpersonen, überlegen, wie sie ihre Überzeugungen und Zukunftswünsche in konkretes soziales Handeln übersetzen können. In diesem Zusammenhang sei als Beispiel die *Pfarrei Bulle* erwähnt, welche *sozial motivierte Projekte* wie «*soupes populaires*» oder ein «*soziales Hilfsnetz*» erwägt.

### 2.1 Kurz-, mittel- und langfristige (Lebens-) Projekte

Gegenüber Projekten in Form von punktuellen Veranstaltungen oder Handlungen zeichnet sich eine Gruppe von Projekten ab, die einen kürzeren oder längeren, sogar lebenslangen beruflichen und persönlichen Einsatz von Menschen im Auge hat. So erreichten uns Berichte von *Lebensgemeinschaften* wie z. B. der *Ökumenischen Gemeinschaft in Beinwil*, die auch und vor allem für Gäste offen sind, und der *Lebensgemeinschaft im Nidelbad*, getragen vom *Schweizerischen Diakonieverein*.

Ein zeitlich mittelfristiger Einsatz schlägt die *Initiativgruppe «sälbverständlich»* mit dem so genannten «*Gemeinschaftsdienst*» vor, in welchem junge Menschen «während einer bestimmten Zeit ihres Lebens einen sinnvollen Dienst an der Gemeinschaft» leisten sollen und dabei für sich selber wichtige Erfahrungen sammeln könnten.

Ein Ort zum Mitleben in begrenzten kurzen, aber nicht weniger intensiven Zeiteinheiten ist schliesslich der *Treffpunkt Stutzegg* in Luzern, der sich als «Gasthaus besonderer Art» verstanden wissen will. Hier finden Menschen in jeder Lebenslage einen Ort, an dem sie willkommen sind.

### 2.2 Neuer Wein in alte Schläuche: neue, originelle Zugänge zu Gegenwarts- und Zukunftsfragen

Zahlreiche Projekte, die bei der Konsultation eingereicht wurden, zeichnen sich durch eine neuartige Originalität aus, mit der sie Gegenwarts- und Zukunftsprobleme angehen. Exemplarisch erwähnt sei hier das *Luzerner Tauschnetz*, in dem Leistungen nicht gegen Geld, sondern über eine Gegenleistung erhältlich sind; damit soll ein alternatives Wirtschaften eingeführt werden.

Die 1998 an der *kirchlichen Tagsatzung des Bistum Basels* entstandene Idee, Unternehmungen auszuzeichnen, welche ökologisch und sozial verantwortlich wirtschaften, verfolgt, wenn auch auf ganz andere Weise, ein ähnliches Ziel, wie das vorher genannte Projekt, nämlich Leute für wirtschaftliche Alternativen buchstäblich zu gewinnen.

Ein neuartiger Vorstoss in den öffentlichen Raum wird in Luzern mit dem *Sozialkiosk* versucht: In neuem Gewand sollen bestehende soziale Hilfen und Einrichtungen unmittelbarer zu den Menschen gelangen, und dies an Orten, die vorwiegend funktionalen Charakter haben und deshalb Anonymität ausstrahlen.

### 2.3 Arbeitsmaterialien

Eine kleine Gruppe von Projekten ordnen wir der Kategorie «Arbeitsmaterialien» zu. Es sind methodisch-didaktische und inhaltliche Vorschläge, wie mit Zukunftsthemen in Gruppen gearbeitet werden könnte; namentlich handelt es sich um Materialien für die Jugendarbeit und den Religionsunterricht. Als Beispiel angeführt sei die *Unterrichtsreihe für den Konfirmandenunterricht*, die ein Pfarrer in Baselland erarbeitet hat.

### 2.4 Projektideen

Eigens erwähnt werden sollen Ideen zur Zukunftsgestaltung, die auf der Koordinationsstelle zusammengekommen sind. Das in ihnen enthaltene Potential verdient, geprüft und wenn möglich ausgeschöpft zu werden. Beispiele sind die *Idee «Gemeinschaftsdienst»* der *Initiativgruppe «selbverständlich»* und diejenige einer Einzelperson aus Genf, eine *Stiftung zur Förderung von Grundwerten* ins Leben zu rufen. Zahlreiche weitere Ideen sind in verschiedenen Stellungnahmen zur Konsultation enthalten.

Hinweise und Kontaktadressen zu den hier erwähnten und zu weiteren Projekten sind auf der gleichzeitig mit dem Auswertungsbericht publizierten CD-ROM der Konsultation enthalten.

## 3 Bemerkungen zum Wort der Kirchen

Insgesamt finden sich in rund 200 Eingaben Erwartungen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ökumenischen Konsultation an das Schlussdokument, das vorläufig so genannte «Wort der Kirchen», äussern. Das wichtigste Ergebnis bezüglich Schlussdokument ist der Wunsch einiger Einsenderinnen und Einsender nach klaren politischen Forderungen. Das Schlussdokument soll Denkanstösse vermitteln und Handlungsoptionen eröffnen. Sehr selten werden konkrete Forderungen seitens der Kirchen betont in Frage gestellt. Einige wenige Stellungnahmen verlangen, dass das Schlusswort ausdrücklich christlich argumentiert und einen stärkeren Bezug zu Tradition oder Liturgie herstellt.

Das Modell «Gesellschaftsvertrag» wird mehrmals kritisiert; als Alternative wird vorgeschlagen, von Charta oder Thesenreihe zu sprechen. Einige Stellungnahmen verlangen ein gegenüber der Wirtschaft weniger polemisch formuliertes Dokument. Das Wort der Kirchen soll zudem vor der Publikation Fachleuten vorgelegt werden. Es soll, wie verschiedene Stellungnahmen betonen, «besser abgestützt» werden.

Es werden Themen genannt, die zusätzlich zu den in der Diskussionsgrundlage behandelten Aspekten der sozialen und wirtschaftlichen Zukunft angesprochen werden sollen. Mehrfach erwähnt wird die Gleichberechtigung der Frau, das Leitbild «Nachhaltige Schweiz», das Eintreten der Kirchen für Grundwerte, die Entfaltung einer globalen Sicht der Probleme.



## Organisation und Verantwortlichkeiten der Ökumenischen Konsultation

### Präsidium

#### **Amédée Grab**

Bischof von Chur, Präsident der Schweizer Bischofskonferenz, Freiburg

#### **Peter Henrici**

Weihbischof des Bistums Chur, Generalvikar für die Kantone Zürich und Glarus, Zürich

#### **Rosmarie Dormann**

Nationalrätin, Rothenburg/Luzern

#### **Thomas Wipf**

Pfarrer, Präsident des Rates des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Bern

#### **Claudia Schoch**

Dr. iur., Herrliberg

#### **Marco Pedroli**

Pfarrer, Bern

### Projektleitung

#### **Jean-Claude Huot**

Sekretär der Schweizerischen Nationalkommission Justitia et Pax, Bern

#### **Hans Ulrich Germann**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Sozialethik des SEK, Bern

#### **Béatrice Bowald** und **Sonja Kaufmann**

Koordinationsstelle der Ökumenischen Konsultation

## Verantwortung für den Auswertungsbericht

Der Auswertungsbericht wird vom Präsidium der Ökumenischen Konsultation herausgegeben. Für den Inhalt sind folgende Mitglieder der Auswertungsgruppe verantwortlich:

- **Françoise Boillat-Gauthier**, Mitglied der Schweizerischen Nationalkommission Justitia et Pax und des Vorstandes der Schweizer Sektion von Amnesty International, Delémont
- **Sybille Borner**, Naturwissenschaftlerin, Winterthur
- **Béatrice Bowald**, Theologin und Koordinatorin der Ökumenischen Konsultation, Kriens
- **Thomas Englberger**, Theologe, Soziologe und Mitarbeiter des Schweizerischen Pastoralsoziologischen Institutes, St. Gallen
- **Hans Ulrich Germann**, Pfr. Dr. theol., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialethik des SEK und Ko-Projektleiter der Ökumenischen Konsultation, Frutigen
- **Christian Kissling**, Dr. theol., Sekretär der Schweizerischen Nationalkommission Justitia et Pax, Bern
- **René Knüsel**, dr ès sc. pol., Professor an der Universität Lausanne und an der Ecole supérieure de travail social de Fribourg, St-Sulpice VD
- **Walter Lüssi**, Pfarrer für Menschen mit einer geistigen Behinderung und Verlagsleiter, Glarus
- **Gudrun Schlenk-Niederbäumer**, Theologin VDM und theologische Mitarbeiterin im Haus der Stille und Besinnung in Kappel, Kappel a. A.
- **Nanette Wälti**, Studentin der Sozialwissenschaften, Bern

*Welche Zukunft wollen wir?* Der vorliegende Auswertungsbericht der «Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz» vermittelt einen Eindruck davon, was Menschen in unserem Land über Gegenwart und Zukunft denken, welche Werte sie verteidigen und was sie verändern möchten. Der Auswertungsbericht dient auch als Grundlage für die Erarbeitung des Wortes der Kirchen, das 2001 die Konsultation abschliessen soll.